

Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands, der Stukkaturen und verwandten Berufsgenossen,

sowie der

Zentral-Frankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkaturen Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 1 (ohne Westgeld),
bei Ausfertigung unter Kreuzschild M. 1,40.

Herausgeber: Johann Stanting,
verantwortlicher Redakteur: Heinrich Bachofen, Böle in Hamburg.
Redaktion und Expedition:
Hamburg-St. Georg, Bremerstraße 11, 1. Etage.

Anzeigen
für die viergeschossige Petzitzsche oder deren Raum 80 A.
Poststättl. Nr. 3264.

Inhalt: Die Revision der Unfallversicherung. Aus dem Reichstage. — Nunzhau. Der vierte Verbandsstag der Maurerarbeiter Dresdner. — Baugewerbliches. — Lohnbewegungen und Streiks. — Aus unserer Bewegung. — Literarisches. — Wettestämmen.

Die Revision der Unfallversicherung.

Dem Reichstage ist der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Änderung der Unfallversicherungsgesetze, eingegangen. Es handelt sich um vier solcher Gesetze, nämlich:

I. Gewerbe-Unfallversicherungsgesetz;

II. Unfallversicherungsgesetz für Land- und Forstwirtschaft;

III. Bau-Unfallversicherungsgesetz;

IV. See-Unfallversicherungsgesetz.

Der Entwurf knüpft an die in den Vorjahren im Reichstage bzw. in den Reichstagskommisionen gefassten Vorarbeiten an, in der Erwartung, damit die Verständigung wesentlich zu erleichtern.

In der Begründung wird bemerklich, daß die verbündeten Regierungen die schon öfter erwogene Verschmelzung der verschiedenen Zweige der Arbeiterversicherung (Kramens, Unfall- und Sozialversicherung) zwar im Grundsatz als wünschenswert erachten, jedoch noch keine Grundlagen dafür aufzustellen vermoht haben. Es erscheint ratsam, diese Frage einstweilen auf sich beruhen zu lassen und sich darauf zu beschränken, in jedem Versicherungszweig die erkannten Mängel und Nüsse abzutun.

Der Entwurf sieht zunächst eine Erweiterung der Unfallversicherung vor. In erster Linie kommen die zu einem Theile mit Bauten befassten Betriebe der Tischler, Maler, Klempner, Glaser etc. in Betracht. Nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen ist in solchen Geschäften nur ein Theil der Betriebsfähigkeit versichert, ein anderer Theil hingegen nicht versichert. Häufig ist sogar in diesen Betrieben ein und derselbe Arbeiter für einen Theil seiner gewerblichen Tätigkeit (bei Bauten) versichert, für einen anderen Theil (bei der Dienstadt) ebenfalls gesetzlichem Werkstattarbeitschein) hingegen nicht. Diese Reichslage hat für alle Betriebsarten, insbesondere für die Arbeiter, sehr mißliche Folgen. Der Arbeiter ist nicht sichergestellt und langwierige Streitigkeiten über die Entschädigungspflicht sind unvermeidlich. Ein Theil der versicherten Bauarbeit, wie namentlich die Vorbereitung der für Bauzwecke dienenden Säfte, pflegt sich bekanntlich in der Werkstatt zu vollziehen. Es kann also leicht vorkommen, daß ein Arbeiter, ohne seinen Arbeitsplatz in der Werkstatt zu verlassen, im Laufe eines Tages wiederholt in die Unfallversicherung eintritt und aus derselben wieder ausscheidet. Oft muß befußt Entscheidung der Entschädigungsfrage untersucht werden, ob ein in dem Augenblick des Unfalls von dem Gesellen bearbeitetes Werkstück für Bauten oder für andere Zwecke bestimmt war.

Jahre hindurch ist, besonders seitens der Sozialdemokratie, im Reichstage auf die Befürchtung dieses Missstandes vergeblich hingewirkt worden. Jetzt endlich soll die notwendige Revision eintreten. Der Entwurf enthält die Bestimmung, daß die Gewerbebetriebe, welche sich überhaupt auf Bauarbeiten erstreden, in ihrem ganzen Umfange der Unfallversicherung unterstellt werden, so daß dieselbe auf sämmtliche im Betriebe beschäftigten Arbeiter und Betriebsbeamte, auch wenn sie persönlich nicht bei den Arbeiten für Bauten beschäftigt werden, Anwendung finden soll.

Ferner sollen auch solche Schlossereien, die nicht für Bauten arbeiten, sondern beispielsweise die Anfertigung von Geldschmälen, Gartenmöbeln etc. nicht fabrikmäßig betreiben, ferner in die Unfallversicherung einbezogen werden. Ebenso der gesamte Gewerbebetrieb der Schmiede, der Färberpuder, der Fleischwaren- und der Brauerei; endlich der gewerbsmäßige Bagerbetrieb und die mit einem Handelsgewerbe verbundenen Lager- und Fuhrwerks- und Holzfällungsbetriebe.

Der Verlegung der aus dem Arbeitsverhältnisse sich ergebenden gewerblichen Tätigkeit in einen versicherten und einen nicht versicherten Theil will der Entwurf wenigstens insofern, als eine unbekannte Person in beiden Theilen des Betriebes beschäftigt wird, durch die Bestimmung ein Ende machen, daß die Unfallversicherung sich auf alle anderen Dienste erstreckt, zu denen eine Person, die überhaupt in die Unfallversicherung fällt, neben ihrer übrigen versicherten Beschäftigung von ihrem Arbeitgeber oder von dessen Beauftragten herangezogen wird.

Den versicherungspflichtigen Betriebsbeamten im Sinne des Gesetzes werden gleichgestellt Werkmeister und Techniker.

Auch aus dem Umstande, daß die in gewerblichen und anderen Betrieben beschäftigten Arbeiter von ihren Arbeitgebern vielleicht auch zu häuslichen und sonstigen privaten Dienstleistungen herangezogen werden, z. B. der für den Gewerbebetrieb angemessene Maurer, Blumermann, Tischler oder sonstige Handwerker zu Arbeiten in der Familienvorwohnung des Geschäftseitlers, der für das Geschäft geholfen ist, zu Spazierfahrten etc., ist diese Bestimmung berechtigt. Nicht selten auch, besonders in kleinen Betrieben, pflegt das Hausgesinde im Betriebe mit häufig zu sein. Alle diese Personen sind nur gegen bestrengte Unfälle versichert, die ihnen im gewerblichen Betriebe des Arbeitgebers zustossen. Da soll nun die von der Arbeiterschaft und der Sozialdemokratie ebenfalls schon so oft geforderte Bestimmung Platz greifen, daß die Versicherung sich erstreckt auf häusliche und andere Dienste, zu denen versicherte Personen neben der Beschäftigung im Betriebe von ihren Arbeitgebern oder von deren Beauftragten herangezogen werden.

Sehr wichtig erscheint auch wegen der hohen Unfallgefahr die Ausdehnung der Unfallversicherung auf die derselben bisher noch nicht unterworfenen Zweige der Seefahrt; und auf den Kleinbetrieb der Seefahrt mit Segelfahrzeugen von nicht mehr als 50 cbm Bruttoraumgehalt.

Eine weitere Ausdehnung der Unfallversicherung erachten die verbündeten Regierungen als „im Allgemeinen einzuweisen nicht durchführbar“. Es sollen also nach wie vor Handwerk und Kleingewerbe, sowie häusliche Dienstboten von der Unfallversicherung ausgeschlossen bleiben. Wieder einmal bleibt man bei der Revision auf halbem Wege stehen. Und weshalb? Da die verbündeten Regierungen meinen, die kleinen Betriebsunternehmer seien vielleicht nicht im Stande, die aus der Versicherung für sie erwartenden Arbeiten (Rohmachwerke, Melbungen etc.) zu leisten; die Beitragslast würde für sie eine zu hohe sein, wenn nicht die größeren Betriebe diese Lasten allein tragen sollten; der kleine Betriebsunternehmer würde in der berufsgenossenschaftlichen Verwaltung neben den Unternehmen der Großbetriebe nicht ausreichend zur Geltung kommen etc.

Diese Gründe sind, wie wir früher schon hier dargelegt haben, völlig haltlos. Offenbar will man mit Aufrechterhaltung des Ausschlusses der Handwerks- und Kleingewerblichen Betriebe von der Unfallversicherung nur der sogenannten „Mittelstandspolitik“ gewisser Parteien Rechnung tragen. Durchführen läßt sich die Einbeziehung dieser Betriebe sowie der häuslichen Dienstboten so gut wie die aller anderen Betriebe. Und zudem ist, doch nicht zu leugnen, daß für die Arbeiter im Handwerk und im Kleingewerbe, sowie für die häuslichen Dienstboten ein ganz erhebliche Unfallgefahr besteht. In den kleineren Betrieben ist diese Gefahr vielfach weit erheblicher, als in den großen; sie in die Unfallversicherung einzubeziehen, wird man sich früher oder später doch entschließen müssen, genau so, wie man zu den selbstgerungen und den jetzt vorgeschlagenen Erweiterungen geneigt gewesen ist.

Der Reichstag soll ermächtigt werden, unter Zustimmung des Bundesrates mit den Regierungen solcher Staaten, die für Arbeiter und Betriebsbeamte eine der deutschen Unfallversicherung entsprechende Fürsorge durchgeführt haben, Gegenseitigkeitsabkommen zu schließen, durch welche die Anwendung des Gesetzes

1. auf Betriebe im Innlande, welche Bestandtheile eines ausländischen Betriebes darstellen, ausgeschlossen;

2. auf Betriebe im Auslande, welche Bestandtheile eines versicherungspflichtigen inländischen Betriebes darstellen, erstreckt wird.

Durch Statut soll die Versicherungspflicht ausgedehnt werden können auf Betriebsunternehmer, deren Jahresarbeitsverdienst zweitausend Mark nicht übersteigt, oder welche nicht regelmäßig mehr als zwei Hörnerbeiter beschäftigen.

Alle die im Vorstehenden mitgezählten Änderungen sind auch in das Bau-Unfallversicherungsgesetz aufgenommen. Die grundlegende Bestimmung dieses Gesetzes im § 1 soll folgende Fassung erhalten:

„Arbeiter, welche bei der Ausführung von Bauarbeiten beschäftigt und nicht auf Grund des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes oder des Unfallversicherungsgesetzes für Land- und Forstwirtschaft gegen Unfall versichert sind, werden gegen die Folgen der bei den Bauarbeiten sich ereignenden Unfälle nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Gesetzes versichert.“

Für das Regelbauwesen hat folgender zu § 2 des § 4 des bestehenden Gesetzes vorgeschlagene Zusatz Bedeutung: „Die Landeszentralverbände sind berechtigt, mehrere Kommunalverbände oder andere öffentliche Korporationen zum Zwecke der gemeinsamen Durchführung der Unfallversicherung bei den von ihnen als Unternehmer ausgeführten Bauarbeiten zu einem Verbande zu vereinigen.“ Es soll damit der einzelne Kommunalverband der „zuweilen lästig empfindenden“ Notwendigkeit überwunden werden, bei selbstständiger Durchführung der Unfallversicherung für seine Regiedauten eine eigene Ruffichtsbehörde errichten zu müssen.

Was die Erweiterung der Leistungen, welche die Berufsgenossenschaften den Unschädigungsbedürftigen zu gewähren haben, betrifft, so steht der Entwurf unter dem Gesichtspunkte, „einige Löden aufzufüllen“, zunächst vor, daß der Bezug der Rente unter Umständen schon vor dem Beginn der vierzehnten Woche nach dem Unfall eintreten soll, nämlich dann, wenn der aus der Krankenversicherung erwachsene Anspruch auf Krankengeld vorher fortfällt, aber bei dem Verleihen noch eine die Gewährung der Unfallrente rechtfertigende Beschämung der Gewerbsfähigkeit vorliegt.

Den im Jahre 1897 von der Reichstagskommission gefassten Beschlüssen, betreffend Umgestaltung der Fürsorge für die Verletzten während der ersten dreizehn Wochen nach Eintritt des Unfalls, wird in der Vorlage nicht Folge gegeben. Die Kurenzeit soll in der seitherigen Gestaltung bestehen bleiben, den Krankenkassen die aus dieser Einrichtung für sie resultirende ungeheure Last nicht abgenommen werden. Obwohl die gesetzliche Unfallversicherung lediglich auf Anerkennung der Haftpflicht der Unternehmer beruht, sollen die Krankenkassen der Arbeiter nach wie vor einsehen für die durch Unfälle Verletzten während der ersten 18 Wochen.

Der Entwurf sieht weiter eine Bestimmung vor, wonach der Vorstand der Berufsgenossenschaft die Theilrente bis zum Beirat der Vollrente vorübergehend erhöhen kann, so lange der Verletzte infolge des Unfalls tatsächlich und unberuhigt arbeitslos ist. Es ist eine Befugnis, die der Berufsgenossenschaft hier eingeräumt wird; verpflichtet zu solcher Erhöhung der Rente ist sie nicht, so daß also dem Verletzen kein Rechtsanspruch darauf zuliegt. Mit großer Entschiedenheit ist zu fordern, daß den Berufsgenossenschaften die Pflicht auferlegt wird, so zu verfahren, wie hier als in ihrem Belieben stehend vorgesehen wird. Es ist sehr bedenkllich, die Entscheidung dieser

Frage vom „Wohlwollen“ der Versicherungsschäfsten abhängig zu machen. Ganz ohne Zweifel hat der Verleger rechtlich den Anspruch auf Entschädigung für den Fall, daß er infolge des Unfalls ohne seine Schuld arbeitslos wird.

Seither wurde der Verleger infolge von Streitigkeiten darüber, welche Gewerkschaft die Entschädigung zu gewähren hat, oft ohne die gesetzliche Untersuchung gelassen, so er nicht gar infolge widersprechender Entscheidungen in dem von verschiedenen Versicherungsamt verhandelten Anspruch gänzlich leer ausging. Der Entwurf gibt einige Bestimmungen, welche diese Ungerechtigkeit verhindern sollen. Auch soll der Verleger dagegen geschützt werden, daß durch Einreihung von Rechtsmitteln bei unzuständigen Behörden er sein Recht verloren geht.

Bei Beurteilung der Miete für Hinterbliebene solcher Geldstetem, die wegen eines früher eintretenen Unfalls nur noch wenig verdienten können, soll die ältere Unfallrente dem Jahresarbeitsverdienst des Geldstetem hinzugerechnet und infolgedessen der Entschädigung ein höherer Arbeitsverdienst zu Grunde gelegt werden.

Die Hinterbliebenrente der Kinder soll durchweg auf den bisher nur für Vater und Mutterlose Waisen vorgehegenden Satz erhöht und sie kann in besonderen Fällen auch dann gezahlt werden, wenn der Vater noch lebt, oder der Unterhalt des Kindes tatsächlich ganz von der durch Unfall gestohlenen Mutter bestreitet ist, ebenso wenn der Unfall eine alleinstehende weibliche Person betroffen hat und diese mit Hinterlassung von Kindern stirbt.

Gibt eine verheiratete Frau, die den Lebensunterhalt ihrer Familie wegen Erwerbsmängel des Mannes ganz oder überwiegend bestreiten hat, so sollen bis zum Ablauf der Arbeitsfähigkeit erhalten: Der Vater und jedes hinterbliebene Kind zum zurückerlegten stichtzehnten Lebensjahr zwanzig Prozent des Arbeitsverdienstes.

Der Kreis der entshädigungsberechtigten Hinterbliebenen soll auf die von den Geldstetem unterhaltenen elternlosen und heimsuchenden Enkel desselben ausgehendt werden und die Voraussetzungen für den Rentenanspruch von Verwandten aufstelzen der Eltern (Ascendenten) sollen einige Erleichterungen erfahren.

Die Renteen aller der Hinterbliebenen zusammen (einschließlich der Witwen und der Kinder) sollen insgesamt 80 Prozent des Arbeitsverdienstes nicht überschreiten dürfen.

Nicht unbedenklich erscheinen uns folgende Vorschläge: Wenn „beglaubigte Annahme“ vorhanden ist, daß der Rentenempfänger bei Durchführung eines Heilsverfahrens eine Erhöhung seiner Erwerbsfähigkeit erlangen werde, so soll die Versicherungsschäfste festgestellt sein, zu gleiem Zweck hergezett ein neues Heilsverfahren einzutreten zu lassen. Folgt sich der Verleger solchen Maßnahmen nicht „ohne gesetzlichen oder sonst willigen Grund“, so kann ihm der Schadensfach ganz oder teilweise auf Zeit verordnen. Der Versicherungsschäfste vorstand soll weiter befugt sein, einem Rentenempfänger auf seinen Antrag an Stelle der Miete Aufnahme in ein Invalidenhaus zu, auf Kosten der Versicherungsschäfste zu gewähren. Über der Aufnahme soll dann auf ein Vierteljahr, und wenn er die Erfüllung nicht einen Monat vor Ablauf dieses Zeitraumes zurücknimmt, jedes Mal auf ein weiteres Vierteljahr an den Verleger der Miete gebunden sein.

Unfälle in fremden Betrieben soll die Versicherungsschäfste dann entshädigen, wenn sich diese Unfälle bei Betriebs-handlungen ereignen, zu welchen ein der Versicherungsschäfste angehöriger Betriebsunternehmer den Auftrag gegeben und für welche er die Schuld zu zahlen hat.

Die weiteren Vorschläge erstreben sich auf die Vereinigung bzw. die Entlastung der Versicherungsschäfsten-Beratung und des Reichsversicherungsamts. Es kommt besonders der Verlust im Weitreich der sogenannten „freiwilligen“ Einlegung der Rechtsmittel, d. h. der Anwendung des Rechtsmittels selbst, zu begegnen. Der Versicherungsbeamte soll den Betriebsleiter Kosten auferlegen dürfen, auch den Fall „freiwilliger Beurtheilung“ zu untersuchen, bezw. die Entschädigung des Schiedsgerichts zu ungünsten des Beschwerdeführers abzuändern.

Soviel dieser wie die meisten anderen Punkten werden noch einer besonderen Kritik zu unterziehen sein, die wir im Verlaufe der parlamentarischen Beratungen anstellen werden.

Aus dem Reichstage.

Berlin, 20. Januar.

Die zweite Beratung der Staatspositionen des Reichs am 20. Januar wurde in der Sitzung vom 16. Januar mit einer längeren Debatte zum Kapitel Reichsversicherungsmam zu Ende gebracht. Der Abgeordnete Stadthagen stellte kritische Bemerkungen an über die

Unfälle und deren Entschädigung.

Er führte aus, daß die seitig wachsende Zunahme der Unfälle eine Steigerung des Unternehmens-Gewinnes bedeute, weil die Verleger bezw. deren Hinterbliebene nicht vollen Ersatz des Schadens, sondern nur

eine sogenannte Rente erhalten. Das kapitalistische Ausbeutungsinteresse verlangt weit größere Opfer an Leben und Gesundheit als der Krieg. Seht, wo wir ein einheitliches bürgerliches Recht, das auch den Schadensfach in sich begreift, haben, sei es möglich, anzudenken, wie viele Millionen die Unternehmer dadurch gewinnen; daß nach dem Unfallversicherungsgesetz den Arbeitern ein Anspruch auf vollen Schadensfach nicht zustehe, daß sie vielmehr im günstigsten Fall, bei der sogenannten „Vollrente“, nur zwei Drittel ihres Schadens erjezt bekommen.

Die Gesamtkasse der gezahlten Renten betrug 1896 502 Millionen, im Jahre 1897 zu 572 Millionen und im Jahre 1898 zu 61 Millionen. Der Grund, den die Unternehmer haben, stellt sich genau mit der Hälfte der eben angeführten Ziffern. Das ist der Vorbehalt, den das Unternehmersumt hat gegenüber dem Fall, daß es sich handelt nicht um Arbeiter, sondern um andere Leute, vielleicht Zuschauer; denn diese würden nach Maßgabe des Bürgerlichen Gesetzbuches keine Entschädigung für den Schaden bekommen. Der Vorbehalt für die Unternehmer betrug also im Jahre 1896 circa 20 Millionen, 1897 circa 28 Millionen und im letzten Jahre 1898 circa 31 Millionen.

Ein zweiter Vorbehalt erwächst den Unternehmern dadurch, daß sie die Entschädigungen nicht von Anfang an zu zahlen haben, sondern erst nach 18 Wochen. Jedemal haben sie in den ersten vier Wochen überhaupt nichts zu zahlen und bis zu 18. Woche sehr wenig. Der Vorbehalt, der sich hieraus ergibt, beträgt für die Unternehmer im Jahre 1896 circa 21 Millionen, für 1897 circa 22 Millionen und für 1898 circa 24 Millionen. Dabei ist noch nicht berücksichtigt die Zahl derjenigen, die vor Ablauf der 18 Wochen wieder gesund werden. Berechnet man diese noch mit, so beträgt der Vorbehalt für die Unternehmer im Jahre 1896 circa 43 Millionen, 1897 circa 45 Millionen und 1898 circa 48 Millionen.

Der dritte Vorbehalt der Unternehmer besteht darin, daß der Kreis der zu erreichenden Hinterbliebenen der Verunglückten ein ganz erheblich geringerer ist, als nach Maßgabe der Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches. Die Witwen und Kinder erhalten niemals vollen Schadensfach, sondern im Höchstfall 60 Prozent der Vollrente. Dieser Vorbehalt beträgt 1896 zu 22 Millionen, 1897 zu 26 Millionen und 1898 zu 28 Millionen. Dabei ist noch nicht berücksichtigt die Zahl derjenigen, die vor Ablauf der 18 Wochen wieder gesund werden. Berechnet man diese noch mit, so beträgt der Vorbehalt für die Unternehmer im Jahre 1896 circa 48 Millionen, 1897 circa 50 Millionen und 1898 circa 52 Millionen.

Der vierte Vorbehalt der Unternehmer besteht darin, daß der Kreis der zu erreichenden Hinterbliebenen der Verunglückten ein ganz erheblich geringerer ist, als nach Maßgabe der Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches. Die Witwen und Kinder erhalten niemals vollen Schadensfach, sondern im Höchstfall 60 Prozent der Vollrente. Dieser Vorbehalt beträgt 1896 zu 22 Millionen, 1897 zu 26 Millionen und 1898 zu 28 Millionen. Dabei ist noch nicht berücksichtigt die Zahl derjenigen, die vor Ablauf der 18 Wochen wieder gesund werden. Berechnet man diese noch mit, so beträgt der Vorbehalt für die Unternehmer im Jahre 1896 circa 48 Millionen, 1897 circa 50 Millionen und 1898 circa 52 Millionen.

Der fünfte Vorbehalt der Unternehmer besteht darin, daß der Kreis der zu erreichenden Hinterbliebenen der Verunglückten ein ganz erheblich geringerer ist, als nach Maßgabe der Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches. Die Witwen und Kinder erhalten niemals vollen Schadensfach, sondern im Höchstfall 60 Prozent der Vollrente. Dieser Vorbehalt beträgt 1896 zu 22 Millionen, 1897 zu 26 Millionen und 1898 zu 28 Millionen. Dabei ist noch nicht berücksichtigt die Zahl derjenigen, die vor Ablauf der 18 Wochen wieder gesund werden. Berechnet man diese noch mit, so beträgt der Vorbehalt für die Unternehmer im Jahre 1896 circa 48 Millionen, 1897 circa 50 Millionen und 1898 circa 52 Millionen.

Der sechste Vorbehalt der Unternehmer besteht darin, daß der Kreis der zu erreichenden Hinterbliebenen der Verunglückten ein ganz erheblich geringerer ist, als nach Maßgabe der Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches. Die Witwen und Kinder erhalten niemals vollen Schadensfach, sondern im Höchstfall 60 Prozent der Vollrente. Dieser Vorbehalt beträgt 1896 zu 22 Millionen, 1897 zu 26 Millionen und 1898 zu 28 Millionen. Dabei ist noch nicht berücksichtigt die Zahl derjenigen, die vor Ablauf der 18 Wochen wieder gesund werden. Berechnet man diese noch mit, so beträgt der Vorbehalt für die Unternehmer im Jahre 1896 circa 48 Millionen, 1897 circa 50 Millionen und 1898 circa 52 Millionen.

Der siebte Vorbehalt der Unternehmer besteht darin, daß der Kreis der zu erreichenden Hinterbliebenen der Verunglückten ein ganz erheblich geringerer ist, als nach Maßgabe der Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches. Die Witwen und Kinder erhalten niemals vollen Schadensfach, sondern im Höchstfall 60 Prozent der Vollrente. Dieser Vorbehalt beträgt 1896 zu 22 Millionen, 1897 zu 26 Millionen und 1898 zu 28 Millionen. Dabei ist noch nicht berücksichtigt die Zahl derjenigen, die vor Ablauf der 18 Wochen wieder gesund werden. Berechnet man diese noch mit, so beträgt der Vorbehalt für die Unternehmer im Jahre 1896 circa 48 Millionen, 1897 circa 50 Millionen und 1898 circa 52 Millionen.

Der achte Vorbehalt der Unternehmer besteht darin, daß der Kreis der zu erreichenden Hinterbliebenen der Verunglückten ein ganz erheblich geringerer ist, als nach Maßgabe der Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches. Die Witwen und Kinder erhalten niemals vollen Schadensfach, sondern im Höchstfall 60 Prozent der Vollrente. Dieser Vorbehalt beträgt 1896 zu 22 Millionen, 1897 zu 26 Millionen und 1898 zu 28 Millionen. Dabei ist noch nicht berücksichtigt die Zahl derjenigen, die vor Ablauf der 18 Wochen wieder gesund werden. Berechnet man diese noch mit, so beträgt der Vorbehalt für die Unternehmer im Jahre 1896 circa 48 Millionen, 1897 circa 50 Millionen und 1898 circa 52 Millionen.

Der neunte Vorbehalt der Unternehmer besteht darin, daß der Kreis der zu erreichenden Hinterbliebenen der Verunglückten ein ganz erheblich geringerer ist, als nach Maßgabe der Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches. Die Witwen und Kinder erhalten niemals vollen Schadensfach, sondern im Höchstfall 60 Prozent der Vollrente. Dieser Vorbehalt beträgt 1896 zu 22 Millionen, 1897 zu 26 Millionen und 1898 zu 28 Millionen. Dabei ist noch nicht berücksichtigt die Zahl derjenigen, die vor Ablauf der 18 Wochen wieder gesund werden. Berechnet man diese noch mit, so beträgt der Vorbehalt für die Unternehmer im Jahre 1896 circa 48 Millionen, 1897 circa 50 Millionen und 1898 circa 52 Millionen.

Der zehnte Vorbehalt der Unternehmer besteht darin, daß der Kreis der zu erreichenden Hinterbliebenen der Verunglückten ein ganz erheblich geringerer ist, als nach Maßgabe der Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches. Die Witwen und Kinder erhalten niemals vollen Schadensfach, sondern im Höchstfall 60 Prozent der Vollrente. Dieser Vorbehalt beträgt 1896 zu 22 Millionen, 1897 zu 26 Millionen und 1898 zu 28 Millionen. Dabei ist noch nicht berücksichtigt die Zahl derjenigen, die vor Ablauf der 18 Wochen wieder gesund werden. Berechnet man diese noch mit, so beträgt der Vorbehalt für die Unternehmer im Jahre 1896 circa 48 Millionen, 1897 circa 50 Millionen und 1898 circa 52 Millionen.

Der elfte Vorbehalt der Unternehmer besteht darin, daß der Kreis der zu erreichenden Hinterbliebenen der Verunglückten ein ganz erheblich geringerer ist, als nach Maßgabe der Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches. Die Witwen und Kinder erhalten niemals vollen Schadensfach, sondern im Höchstfall 60 Prozent der Vollrente. Dieser Vorbehalt beträgt 1896 zu 22 Millionen, 1897 zu 26 Millionen und 1898 zu 28 Millionen. Dabei ist noch nicht berücksichtigt die Zahl derjenigen, die vor Ablauf der 18 Wochen wieder gesund werden. Berechnet man diese noch mit, so beträgt der Vorbehalt für die Unternehmer im Jahre 1896 circa 48 Millionen, 1897 circa 50 Millionen und 1898 circa 52 Millionen.

Der zwölften Vorbehalt der Unternehmer besteht darin, daß der Kreis der zu erreichenden Hinterbliebenen der Verunglückten ein ganz erheblich geringerer ist, als nach Maßgabe der Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches. Die Witwen und Kinder erhalten niemals vollen Schadensfach, sondern im Höchstfall 60 Prozent der Vollrente. Dieser Vorbehalt beträgt 1896 zu 22 Millionen, 1897 zu 26 Millionen und 1898 zu 28 Millionen. Dabei ist noch nicht berücksichtigt die Zahl derjenigen, die vor Ablauf der 18 Wochen wieder gesund werden. Berechnet man diese noch mit, so beträgt der Vorbehalt für die Unternehmer im Jahre 1896 circa 48 Millionen, 1897 circa 50 Millionen und 1898 circa 52 Millionen.

Der dreizehnten Vorbehalt der Unternehmer besteht darin, daß der Kreis der zu erreichenden Hinterbliebenen der Verunglückten ein ganz erheblich geringerer ist, als nach Maßgabe der Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches. Die Witwen und Kinder erhalten niemals vollen Schadensfach, sondern im Höchstfall 60 Prozent der Vollrente. Dieser Vorbehalt beträgt 1896 zu 22 Millionen, 1897 zu 26 Millionen und 1898 zu 28 Millionen. Dabei ist noch nicht berücksichtigt die Zahl derjenigen, die vor Ablauf der 18 Wochen wieder gesund werden. Berechnet man diese noch mit, so beträgt der Vorbehalt für die Unternehmer im Jahre 1896 circa 48 Millionen, 1897 circa 50 Millionen und 1898 circa 52 Millionen.

Der vierzehnten Vorbehalt der Unternehmer besteht darin, daß der Kreis der zu erreichenden Hinterbliebenen der Verunglückten ein ganz erheblich geringerer ist, als nach Maßgabe der Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches. Die Witwen und Kinder erhalten niemals vollen Schadensfach, sondern im Höchstfall 60 Prozent der Vollrente. Dieser Vorbehalt beträgt 1896 zu 22 Millionen, 1897 zu 26 Millionen und 1898 zu 28 Millionen. Dabei ist noch nicht berücksichtigt die Zahl derjenigen, die vor Ablauf der 18 Wochen wieder gesund werden. Berechnet man diese noch mit, so beträgt der Vorbehalt für die Unternehmer im Jahre 1896 circa 48 Millionen, 1897 circa 50 Millionen und 1898 circa 52 Millionen.

Der fünfzehnten Vorbehalt der Unternehmer besteht darin, daß der Kreis der zu erreichenden Hinterbliebenen der Verunglückten ein ganz erheblich geringerer ist, als nach Maßgabe der Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches. Die Witwen und Kinder erhalten niemals vollen Schadensfach, sondern im Höchstfall 60 Prozent der Vollrente. Dieser Vorbehalt beträgt 1896 zu 22 Millionen, 1897 zu 26 Millionen und 1898 zu 28 Millionen. Dabei ist noch nicht berücksichtigt die Zahl derjenigen, die vor Ablauf der 18 Wochen wieder gesund werden. Berechnet man diese noch mit, so beträgt der Vorbehalt für die Unternehmer im Jahre 1896 circa 48 Millionen, 1897 circa 50 Millionen und 1898 circa 52 Millionen.

Der sechzehnten Vorbehalt der Unternehmer besteht darin, daß der Kreis der zu erreichenden Hinterbliebenen der Verunglückten ein ganz erheblich geringerer ist, als nach Maßgabe der Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches. Die Witwen und Kinder erhalten niemals vollen Schadensfach, sondern im Höchstfall 60 Prozent der Vollrente. Dieser Vorbehalt beträgt 1896 zu 22 Millionen, 1897 zu 26 Millionen und 1898 zu 28 Millionen. Dabei ist noch nicht berücksichtigt die Zahl derjenigen, die vor Ablauf der 18 Wochen wieder gesund werden. Berechnet man diese noch mit, so beträgt der Vorbehalt für die Unternehmer im Jahre 1896 circa 48 Millionen, 1897 circa 50 Millionen und 1898 circa 52 Millionen.

Der siebzehnten Vorbehalt der Unternehmer besteht darin, daß der Kreis der zu erreichenden Hinterbliebenen der Verunglückten ein ganz erheblich geringerer ist, als nach Maßgabe der Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches. Die Witwen und Kinder erhalten niemals vollen Schadensfach, sondern im Höchstfall 60 Prozent der Vollrente. Dieser Vorbehalt beträgt 1896 zu 22 Millionen, 1897 zu 26 Millionen und 1898 zu 28 Millionen. Dabei ist noch nicht berücksichtigt die Zahl derjenigen, die vor Ablauf der 18 Wochen wieder gesund werden. Berechnet man diese noch mit, so beträgt der Vorbehalt für die Unternehmer im Jahre 1896 circa 48 Millionen, 1897 circa 50 Millionen und 1898 circa 52 Millionen.

Der achtzehnten Vorbehalt der Unternehmer besteht darin, daß der Kreis der zu erreichenden Hinterbliebenen der Verunglückten ein ganz erheblich geringerer ist, als nach Maßgabe der Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches. Die Witwen und Kinder erhalten niemals vollen Schadensfach, sondern im Höchstfall 60 Prozent der Vollrente. Dieser Vorbehalt beträgt 1896 zu 22 Millionen, 1897 zu 26 Millionen und 1898 zu 28 Millionen. Dabei ist noch nicht berücksichtigt die Zahl derjenigen, die vor Ablauf der 18 Wochen wieder gesund werden. Berechnet man diese noch mit, so beträgt der Vorbehalt für die Unternehmer im Jahre 1896 circa 48 Millionen, 1897 circa 50 Millionen und 1898 circa 52 Millionen.

Der neunzehnten Vorbehalt der Unternehmer besteht darin, daß der Kreis der zu erreichenden Hinterbliebenen der Verunglückten ein ganz erheblich geringerer ist, als nach Maßgabe der Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches. Die Witwen und Kinder erhalten niemals vollen Schadensfach, sondern im Höchstfall 60 Prozent der Vollrente. Dieser Vorbehalt beträgt 1896 zu 22 Millionen, 1897 zu 26 Millionen und 1898 zu 28 Millionen. Dabei ist noch nicht berücksichtigt die Zahl derjenigen, die vor Ablauf der 18 Wochen wieder gesund werden. Berechnet man diese noch mit, so beträgt der Vorbehalt für die Unternehmer im Jahre 1896 circa 48 Millionen, 1897 circa 50 Millionen und 1898 circa 52 Millionen.

Der zwanzigsten Vorbehalt der Unternehmer besteht darin, daß der Kreis der zu erreichenden Hinterbliebenen der Verunglückten ein ganz erheblich geringerer ist, als nach Maßgabe der Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches. Die Witwen und Kinder erhalten niemals vollen Schadensfach, sondern im Höchstfall 60 Prozent der Vollrente. Dieser Vorbehalt beträgt 1896 zu 22 Millionen, 1897 zu 26 Millionen und 1898 zu 28 Millionen. Dabei ist noch nicht berücksichtigt die Zahl derjenigen, die vor Ablauf der 18 Wochen wieder gesund werden. Berechnet man diese noch mit, so beträgt der Vorbehalt für die Unternehmer im Jahre 1896 circa 48 Millionen, 1897 circa 50 Millionen und 1898 circa 52 Millionen.

Der zwanzinften Vorbehalt der Unternehmer besteht darin, daß der Kreis der zu erreichenden Hinterbliebenen der Verunglückten ein ganz erheblich geringerer ist, als nach Maßgabe der Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches. Die Witwen und Kinder erhalten niemals vollen Schadensfach, sondern im Höchstfall 60 Prozent der Vollrente. Dieser Vorbehalt beträgt 1896 zu 22 Millionen, 1897 zu 26 Millionen und 1898 zu 28 Millionen. Dabei ist noch nicht berücksichtigt die Zahl derjenigen, die vor Ablauf der 18 Wochen wieder gesund werden. Berechnet man diese noch mit, so beträgt der Vorbehalt für die Unternehmer im Jahre 1896 circa 48 Millionen, 1897 circa 50 Millionen und 1898 circa 52 Millionen.

Der zwanzinften Vorbehalt der Unternehmer besteht darin, daß der Kreis der zu erreichenden Hinterbliebenen der Verunglückten ein ganz erheblich geringerer ist, als nach Maßgabe der Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches. Die Witwen und Kinder erhalten niemals vollen Schadensfach, sondern im Höchstfall 60 Prozent der Vollrente. Dieser Vorbehalt beträgt 1896 zu 22 Millionen, 1897 zu 26 Millionen und 1898 zu 28 Millionen. Dabei ist noch nicht berücksichtigt die Zahl derjenigen, die vor Ablauf der 18 Wochen wieder gesund werden. Berechnet man diese noch mit, so beträgt der Vorbehalt für die Unternehmer im Jahre 1896 circa 48 Millionen, 1897 circa 50 Millionen und 1898 circa 52 Millionen.

Der zwanzinften Vorbehalt der Unternehmer besteht darin, daß der Kreis der zu erreichenden Hinterbliebenen der Verunglückten ein ganz erheblich geringerer ist, als nach Maßgabe der Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches. Die Witwen und Kinder erhalten niemals vollen Schadensfach, sondern im Höchstfall 60 Prozent der Vollrente. Dieser Vorbehalt beträgt 1896 zu 22 Millionen, 1897 zu 26 Millionen und 1898 zu 28 Millionen. Dabei ist noch nicht berücksichtigt die Zahl derjenigen, die vor Ablauf der 18 Wochen wieder gesund werden. Berechnet man diese noch mit, so beträgt der Vorbehalt für die Unternehmer im Jahre 1896 circa 48 Millionen, 1897 circa 50 Millionen und 1898 circa 52 Millionen.

Der zwanzinften Vorbehalt der Unternehmer besteht darin, daß der Kreis der zu erreichenden Hinterbliebenen der Verunglückten ein ganz erheblich geringerer ist, als nach Maßgabe der Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches. Die Witwen und Kinder erhalten niemals vollen Schadensfach, sondern im Höchstfall 60 Prozent der Vollrente. Dieser Vorbehalt beträgt 1896 zu 22 Millionen, 1897 zu 26 Millionen und 1898 zu 28 Millionen. Dabei ist noch nicht berücksichtigt die Zahl derjenigen, die vor Ablauf der 18 Wochen wieder gesund werden. Berechnet man diese noch mit, so beträgt der Vorbehalt für die Unternehmer im Jahre 1896 circa 48 Millionen, 1897 circa 50 Millionen und 1898 circa 52 Millionen.

Der zwanzinften Vorbehalt der Unternehmer besteht darin, daß der Kreis der zu erreichenden Hinterbliebenen der Verunglückten ein ganz erheblich geringerer ist, als nach Maßgabe der Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches. Die Witwen und Kinder erhalten niemals vollen Schadensfach, sondern im Höchstfall 60 Prozent der Vollrente. Dieser Vorbehalt beträgt 1896 zu 22 Millionen, 1897 zu 26 Millionen und 1898 zu 28 Millionen. Dabei ist noch nicht berücksichtigt die Zahl derjenigen, die vor Ablauf der 18 Wochen wieder gesund werden. Berechnet man diese noch mit, so beträgt der Vorbehalt für die Unternehmer im Jahre 1896 circa 48 Millionen, 1897 circa 50 Millionen und 1898 circa 52 Millionen.

Der zwanzinften Vorbehalt der Unternehmer besteht darin, daß der Kreis der zu erreichenden Hinterbliebenen der Verunglückten ein ganz erheblich geringerer ist, als nach Maßgabe der Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches. Die Witwen und Kinder erhalten niemals vollen Schadensfach, sondern im Höchstfall 60 Prozent der Vollrente. Dieser Vorbehalt beträgt 1896 zu 22 Millionen, 1897 zu 26 Millionen und 1898 zu 28 Millionen. Dabei ist noch nicht berücksichtigt die Zahl derjenigen, die vor Ablauf der 18 Wochen wieder gesund werden. Berechnet man diese noch mit, so beträgt der Vorbehalt für die Unternehmer im Jahre 1896 circa 48 Millionen, 1897 circa 50 Millionen und 1898 circa 52 Millionen.

Der zwanzinften Vorbehalt der Unternehmer besteht darin, daß der Kreis der zu erreichenden Hinterbliebenen der Verunglückten ein ganz erheblich geringerer ist, als nach Maßgabe der Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches. Die Witwen und Kinder erhalten niemals vollen Schadensfach, sondern im Höchstfall 60 Prozent der Vollrente. Dieser Vorbehalt beträgt 1896 zu 22 Millionen, 1897 zu 26 Millionen und 1898 zu 28 Millionen. Dabei ist noch nicht berücksichtigt die Zahl derjenigen, die vor Ablauf der 18 Wochen wieder gesund werden. Berechnet man diese noch mit, so beträgt der Vorbehalt für die Unternehmer im Jahre 1896 circa 48 Millionen, 1897 circa 50 Millionen und 1898 circa 52 Millionen.

Der zwanzinften Vorbehalt der Unternehmer besteht darin, daß der Kreis der zu erreichenden Hinterbliebenen der Verunglückten ein ganz erheblich geringerer ist, als nach Maßgabe der Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches. Die Witwen und Kinder erhalten niemals vollen Schadensfach, sondern im Höchstfall 60 Prozent der Vollrente. Dieser Vorbehalt beträgt 1896 zu 22 Millionen, 1897 zu 26 Millionen und 1898 zu 28 Millionen. Dabei ist noch nicht berücksichtigt die Zahl derjenigen, die vor Ablauf der 18 Wochen wieder gesund werden. Berechnet man diese noch mit, so beträgt der Vorbehalt für die Unternehmer im Jahre 1896 circa 48 Millionen, 1897 circa 50 Millionen und 1898 circa 52 Millionen.

Der zwanzinften Vorbehalt der Unternehmer besteht darin, daß der Kreis der zu erreichenden Hinterbliebenen der Verunglückten ein ganz erheblich geringerer ist, als nach Maßgabe der Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches. Die Witwen und Kinder erhalten niemals vollen Schadensfach, sondern im Höchstfall 60 Prozent der Vollrente. Dieser Vorbehalt beträgt 1896 zu 22 Millionen, 1897 zu 26 Millionen und 1898 zu 28 Millionen. Dabei ist noch nicht berücksichtigt die Zahl derjenigen, die vor Ablauf der 18 Wochen wieder gesund werden. Berechnet man diese noch mit, so beträgt der Vorbehalt für die Unternehmer im Jahre 1896 circa 48 Millionen, 1897 circa 50 Millionen und 1898 circa 52 Millionen.

Der zwanzinften Vorbehalt der Unternehmer besteht darin, daß der Kreis der zu erreichenden Hinterbliebenen der Verunglückten ein ganz erheblich geringerer ist, als nach Maßgabe der Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches. Die Witwen und Kinder erhalten niemals vollen Schadensfach, sondern im Höchstfall 60 Prozent der Vollrente. Dieser Vorbehalt beträgt 1896 zu 22 Millionen, 1897 zu 26 Millionen und 1898 zu 28 Millionen. Dabei ist noch nicht berücksichtigt die Zahl derjenigen, die vor Ablauf der 18 Wochen wieder gesund werden. Berechnet man diese noch mit, so beträgt der Vorbehalt für die Unternehmer im Jahre 1896 circa 48 Millionen, 1897 circa 50 Millionen und 1898 circa 52 Millionen.

Der zwanzinften Vorbehalt der Unternehmer besteht darin, daß der Kreis der zu erreichenden Hinterbliebenen der Verunglückten ein ganz erheblich geringerer ist, als nach Maßgabe der Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches. Die Witwen und Kinder erhalten niemals vollen Schadensfach, sondern im Höchstfall 60 Prozent der Vollrente. Dieser Vorbehalt beträgt 1896 zu 22 Millionen, 1897 zu 26 Millionen und 1898 zu 28 Millionen. Dabei ist noch nicht berücksichtigt die Zahl derjenigen, die vor Ablauf der 18 Wochen wieder gesund werden. Berechnet man diese noch mit, so beträgt der Vorbehalt für die Unternehmer im Jahre 1896 circa 48 Millionen, 1897 circa 50 Millionen und 1898 circa 52 Millionen.

Der zwanzinften Vorbehalt der Unternehmer besteht darin, daß der Kreis der zu erreichenden Hinterbliebenen der Verunglückten ein ganz erheblich geringerer ist, als nach Maßgabe der Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches. Die Witwen und Kinder erhalten niemals vollen Schadensfach, sondern im Höchstfall 60 Prozent der Vollrente. Dieser Vorbehalt beträgt 1896 zu 22 Millionen, 1897 zu 26 Millionen und 1898 zu 28 Millionen. Dabei ist noch nicht berücksichtigt die Zahl derjenigen, die vor Ablauf der 18 Wochen wieder gesund werden. Berechnet man diese noch mit, so beträgt der Vorbehalt für die Unternehmer im Jahre 1896 circa 48 Millionen, 1897 circa 50 Millionen und 1898 circa 52 Millionen.

Der zwanzinften Vorbehalt der Unternehmer besteht darin, daß der Kreis der zu erreichenden Hinterbliebenen der Verunglückten ein ganz erheblich geringerer ist, als nach Maßgabe der Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches. Die Witwen und Kinder erhalten niemals vollen Schadensfach, sondern im Höchstfall 60 Prozent der Vollrente. Dieser Vorbehalt beträgt 1896 zu 22 Millionen, 1897 zu 26 Millionen und 1898 zu 28 Millionen. Dabei ist noch nicht berücksichtigt die Zahl derjenigen, die vor Ablauf der 18 Wochen wieder gesund werden. Berechnet man diese noch mit, so beträgt der Vorbehalt für die Unternehmer im Jahre 1896 circa 48 Millionen, 1897 circa 50 Millionen und 1898 circa 52 Millionen.

Der zwanzinften Vorbehalt der Unternehmer besteht darin, daß der Kreis der zu erreichenden Hinterbliebenen der Verunglückten ein ganz erheblich geringerer ist, als nach Maßgabe der Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches. Die Witwen und Kinder erhalten niemals vollen Schadensfach, sondern im Höchstfall 60 Prozent der Vollrente. Dieser Vorbehalt beträgt 1896 zu 22 Millionen, 1897 zu 26 Millionen und 1898 zu 28 Millionen. Dabei ist noch nicht berücksichtigt die Zahl derjenigen, die vor Ablauf der 18 Wochen wieder gesund werden. Berechnet man diese noch mit, so beträgt der Vorbehalt für die Unternehmer im Jahre 1896 circa 48 Millionen, 1897 circa 50 Millionen und 1898 circa 52 Millionen.

Der zwanzinften Vorbehalt der Unternehmer besteht darin, daß der Kreis der zu erreichenden Hinterbliebenen der Verunglückten ein ganz erheblich geringerer ist, als nach Maßgabe der Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches. Die Witwen und Kinder erhalten niemals vollen Schadensfach, sondern im Höchstfall 60 Prozent der Vollrente. Dieser Vorbehalt beträgt 1896 zu 22 Millionen, 1897 zu 26 Millionen und 1898 zu 28 Millionen. Dabei ist noch nicht berücksichtigt die Zahl derjenigen, die vor Ablauf der 18 Wochen wieder gesund werden. Berechnet man diese noch mit, so beträgt der Vorbehalt für die Unternehmer im Jahre 1896 circa 48 Millionen, 1897 circa 50 Millionen und 1898 circa 52 Millionen.

Der zwanzinften Vorbehalt der Unternehmer besteht darin, daß der Kreis der zu erreichenden Hinterbliebenen der Verunglückten ein ganz erheblich geringerer ist, als nach Maßgabe der Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches. Die Witwen und Kinder erhalten niemals vollen Schadensfach, sondern im Höchstfall 60 Prozent der Vollrente. Dieser Vorbehalt beträgt 1896 zu 22 Millionen, 1897 zu 26 Millionen und 1898 zu 28 Millionen.

Seiner schulmäßigen Begriffe entledigt und in das Deutlich des gewöhnlichen Lebens überseht, heißt dieser Satz: Der Arbeiter hat nicht darauf zu rechnen, durch eine gewaltsame, pöhlische Umwälzung der heute herrschenden Wirtschaftsordnung sein Ideal erreichen zu können; vielmehr muß er sich darauf einzurichten, auf dem Boden der heutigen Gesellschaft, d. h. innerhalb des durch die Privatunternehmung beherrschten Wirtschaftslebens seine Stellung immer mehr zu verbessern, bis er innerhalb der Produktion (Gewerkschaft) und der Konsumtion (Genossenschaft) dem Unternehmer gleichmächtig gegenüberstehe. Das bedeutet grundsätzliche Anerkennung des Kapitalismus als des gemeinsamen Podens, von dem aus man weiter arbeiten kann. Dann aber muß man auch im politischen Leben dasselbe vertreten, was man in gewerkschaftlichen Kampfe für richtig hält. Die politische Theorie des Marxismus muß ebenso fallen, wie seine wirtschaftliche Theorie gefallen ist. Hier fehlt auch den Gewerkschaften des "Grundstein" heute noch die Konsequenz.

Die "Sifse" gelangt hier zu recht abschönen Schlüssen, indem sie der durchaus nicht zweifelhaften Tendenz der Ausführungen unseres Mitarbeiters einige Gewalt anholt. Selbstverständlich erwarten wir von einer gewaltsamen, pöhlischen Umwälzung nichts für die Arbeit. Ja, wir haben nie ein Gefühl daraus gemacht, daß wir solch eine Umwälzung für ganz ausgelöschen halten. Selbstverständlich muß — was auch der extreme Marxismus nicht in Abrede stellt — der Arbeiter sich bemühen, auf dem Boden der bestehenden Wirtschaftsordnung seine Lage stets zu verbessern. Dagegen dienen sowohl die gewerkschaftliche als die politische Koalition und Aktion der Arbeiter. Aber anzunehmen, daß das Ziel dieser Aktion sei, den Arbeiter auf dem Boden der Genossenschaft dem Unternehmer gleichmäßig gegenüberstehen zu lassen, d. h. ihm wirtschaftlich so stark zu machen, daß er mit dem Unternehmertum konkurriren kann — davon sind wir weit entfernt. Der "Grundstein" wird ja ausdrücklich und ganz unzweckmäßig davon gesprochen, daß an die der privatkapitalistischen Wirtschaft mit Entwicklungsgesetzen Nothwendigkeit die sozialistische Wirtschaftsordnung treten müsse. Die Ordnung aber schlägt einen privatkapitalistischen Unternehmertum völlig aus. "Um so weniger kann bei uns einer grundsätzlichen Anerkennung des Kapitalismus die Sache sein, d. h. von einer Anerkennung in dem Sinne, daß er neben oder gegenüber der der 'schulmäßigen' Arbeiterklasse bestehen bleibt. Anerkennung des Kapitalismus beschönigt sich lediglich daran, daß wir mit ihm als mit einer nicht willkürlichen geschaffenen, sondern ein Ergebnis der Entwicklung darstellenden Thatsache rechnen. Es steht auf seinem Erzeugnissen, die Vorstufe der sozialistischen Wirtschaftsordnung; diese wird die praktische Konsequenz des Kapitalismus sein. Wir glauben, daß in vollster Deutlichkeit, in sichtbarster Weise zum Ausdruck gebracht zu haben.

Damit erledigt sich ein Eingehen auf die Schlüsse der "Sifse", und zwar um so mehr, als es durchaus irrgäbt, anzunehmen, die Sozialdemokratie verfolge im politischen Leben das, was sie im gewerkschaftlichen Kampfe für richtig hält.

Mit welchen Mitteln für den Deutschen Arbeitsgeberbund für das "Baugewerbe" agiert wird, zeigt ein Bericht aus Berlin, wonach die vorläufige Baugewerbslösung beschlossen hat, alle Mitglieder zu verpflichten, dem "Arbeitsgeberbund" beizutreten. Gleicher Abschluß sind nun mehrere Mitglieder der Union nicht nachgekommen, weshalb ihnen von der Annahme der Ausschüsse angekündigt wurde. Das Vorhaben der Annahme ist vollständig ungeschicklich, und wenn die ausgeschlossenen Personen beim Magistrat erheben, so werden die Schriftmacher mit ihren Widerworten hineinfallen.

* **Beteiligter Unternehmer.** Es ist hinlanglich bekannt, daß die Unternehmer sich um die Pflichten, die ihnen die Sozialgesetzgebung auferlegt, bemühten zu erfüllen. Die Ortskrankenkassen, zu welchen die Unternehmer ein Drittel der Beiträge laut Gesetz zahlen müssen, willen davon ein Vieh zu fangen. Aber auch die Berggenossenschaften von diesen Gouvernern im Prac- und Glac betrieben. Nicht schreibst du folgende Klage der Rheinisch-Westfälischen Baugewerksverfügung öffentlich? Unter den Hunderten von Unternehmern, die jährlich wegen spätlicher, falscher oder ganz unterlassener Lohnabgabe bestraft werden müssen, ist ein Fall besonders bemerkenswert. Eine rheinisch-westfälische Baufirma hatte in den Jahren 1895, 1896 und 1897 insgesamt M. 41 700 zu wenig an Lohnsumme der Berufsgenossenschaften gezahlt. Als sie diebstahl in drei Fällen mit der höchsten zulässigen Strafe von je M. 500 bestraft wurde, hatte die Firma noch den Mut, dagegen Rechtszug einzulegen, die aber das Höchstversicherungssamt zurückwarf. Das M. R. A. legt, es handele sich um "abschließende Hinterziehung"; wäre es wirklich befriedigend, dann aber "außerordentlich grob". Es ist also nicht genug, daß die rheinisch-westfälischen Bauarbeiter die höchsten Unfallsätze haben, ihre eventuelle Rente wird ihnen auch noch durch Hinterziehung der Versicherungsunion gekürzt. Soß nötig ist eine gründliche Revision des Unfallgesetzes, damit die Arbeiter mehr Einfluß auf die Ausgestaltung der Entschädigungen erhalten.

* **Ein Mittel zur Streitkostenförderung.** In dem diesbezüglichen Artikel in Nr. 2 unseres Blattes haben wir angekündigt, daß zur Unterstützung des Kreisföder. Arbeitsförderung aus der Hauptstelle des Textilarbeiter-Berbands ein Beitrag von etwa M. 75 000 gestossen sei. Wie wir nun aus der Abrechnung des Textilarbeiter-Berbands ersehen, ist die Summe über bedeutend niedriger gewesen. Nicht ist, daß durch Vermittelung der Hauptstelle des Textilarbeiter-Berbands M. 88 650 nach Kreisföder geflossen wurden, davon entzammen aber M. 27 101,08 den Kassen anderer Zentralverbände, M. 23 941,96 sammelten Gewerkschaftsräte und M. 408,01 wurden dem Verband von sonstigen Vereinen übermittelt. Von den M. 88 650 hat der Textilarbeiter-Berband also aus eigener Kraft nur M. 87 200 aufgebracht. Gegenüber den M. 5000 des Niederrhein. Weberverbandes innerhalb noch ein Kapital, gegenüber der verbrauchten Summe von M. 250 000 ein verschwindendes Nichts!

* **Die Lage des Arbeitsmarktes** wies nach der Berliner Salzmärschzeitung: "Der Arbeitsmarkt" in Folge des Großwetters in der zweiten Hälfte des Dezembers zog einen gewissen Erholungsaufgang auf. Zunächst trat in Baugewerbe sowie in den verbrauchten Saisons ein und lädt sofort auch einen Aufschlag auf, alle mit

ihm zusammenhängenden Gewerbezweige, wie Zementindustrie und Ziegel, aus. Einige Tage litt auch der Bergbau und die Eisenindustrie unter dem Wagnemangel, zahlreiche Schichten mußten ausfallen. Deswegen setzte die lebhafte Beschäftigung zu Anfang des Jahres wieder ein. Auch die Textilindustrie zeigt ein Bild eifriger Tätigkeit. In der allgemeinen Prospersität hat das Weihnachtsgeschäft diesmal eine Ausdehnung gehabt, wie in keinem der letzten Jahre. Alle französischen verfügbaren Kräfte wurden vom Handelsgewerbe als Verkäufer, Abschreiber, Pader in Anspruch genommen. Daraus ist auch die erhebliche Erleichterung des Arbeitsmarktes zu erklären, wie sie in den Berichten der öffentlichen Arbeitsnachweise an die genannte Beihilfe zu entnehmen ist. Auf 100 offene Stellen entfielen im Dezember nur 127,8 gegen 184,2 Stellensuchende im Vorjahr.

Der vierte Verbandstag der Bauarbeiter Österreichs.

Wien, im Januar 1900.
Am 6. und 7. Januar waren in Wien die Vertreter der österreichischen Bauarbeiter-Organisation versammelt, um die dringend notwendige Neugründung der Vereinigung zu berathen und zu beschließen. Hauptthema der Verhandlungsgegenstand war: Organisation und Aktion.

Im österreichischen Bauarbeiterverbande, dem Maurer, Zimmerer, Bauhilfsarbeiter, Steinmeier und Stoffalteure angeschlossen, wurden bisher Monatssbeiträge von 55, 56 und 57 Heller (ungefähr = M.) geahndet. Trotzdem gehörten der Organisation nur einige Tausend Mitglieder an. Daraus ergibt sich von vornherein, daß die Organisation so fast völliger Bedeutungslosigkeit verblieben war. Der niedrige Beitrag erlaubte es nicht, die zu einer umfassenden und plausiblen Agitation notwendigen Stimmen aufzuwenden. In der Organisation von Lohnbewegungen konnte der Verband sich erst recht nicht bewegen, weil bei einem ernstlichen Auftand der Unternehmer die materiellen wie moralischen Mittel der Arbeiterorganisation sofort verfügen mußten. Die Erfahrung dieses Österreichslandes ist den Leuten unserer österreichischen Brudervereinigung freilich nicht oft jetzt heute und gestern gekommen; aber übertriebne Verstärkungen: bei einer Beitragserhöhung könnte von den wenigen Mitgliedern auch noch ein beträchtlicher Theil der Organisation den Rücken kehren, hielen, wie es ja auch in Deutschland bei vielen Organisationen der Fall gewesen und noch ist, von dem entscheidenden Schritt zurück. Endlich hat es der diesjährige Verbandstag gewagt. Und wir geben uns der freudigen Hoffnung hin, daß die Beitragserhöhung zu Nutz und Vornahme der österreichischen Bauarbeiterbewegung ausschlagen wird.

Der Vortrag für den Punkt: "Organisation und Agitation" ging mit den bisherigen Zuständen schwer in's Gericht. Wenn wir die Organisation verbessern wollen, müssen wir uns mit dem Gedanken einer grundsätzlichen Reform vertraut machen.

Vertrachten wir die Verhältnisse näher und blitzen wir auf das vergangene Jahr zurück, so müssen wir uns gestehen, daß die ganze Organisation und Agitation speziell in der letzten Zeit unter aller intensivsten Juarez bedarf. Wir wollen darum in Zukunft nach unserem Gewissen besser arbeiten, mehr selbst nach den Beschlüssen des Verbandstages sowohl für die Mitglieder, als auch als Gegengewicht gegenüber dem Indifferenzismus. Wir wollen uns an die Spize stellen, wir wollen diejenigen Männer sein, welche unsere Organisation auf eine höhere Stufe bringen werden.

Wir müssen uns gestehen, daß bei uns gar mancherlei Krebszünden deuten: daß in den Personalkontingenzen ist die teilweise schlechte Taktik, schlechte Führung, andererseits auch schlechter Willen; kurzum, alles Dieses anzunehmen gefordert, müssen wir uns gestehen, daß wir die schwere, aber hohe Pflicht haben, Wettesser zu leisten.

Wir müssen dazu in erster Linie einen ordentlichen Grundstein legen. Wohl werden viele von Ihnen sagen, der "Grundstein" ist bereits hier, es ist die jetzige Organisation. Das ist ja teilweise richtig. Doch haben Sie, des Dienstes schon gehört, wir leisten zu wenig; oder der Verbandsvorstand leistet zu wenig; ja, selbst die Parteileitung und die Gewerkschaftskommission sagten zu wiederholten Malen: "Die Bauarbeiter sind zu nichts zu gebrauchen."

Und wenn wir alle diese Vorwürfe hinnehmen müssen, fragen wir uns, woran denn eigentlich die Schuld liege.

Wir müssen, und das war bisher die Schuld, eine neue Taktik einzuführen. Es muß unseren Mitgliedern mehr geboten werden; es muß im Verband vereinten in er geboten werden; es muß ein ganz anderes, ein besseres Unternehmertum hergestellt werden. Glauben Sie mir, darunter haben die Bauarbeiter viel gelitten.

Wir waren es bis heute nicht im Stande, unsere Pflichten zu erfüllen, weil wir von einer alten abgedrosselten Organisationsform stehen und auch heute reiten wir, ich möchte sagen, die alten Antizipationsmuster, der in unserer Zeit nicht mehr paßt. Wir wissen, daß mit unserer Bauarbeiterföderation schlecht organisiert ist und müssen diese Eventualität daher in Rechnung ziehen, und darum ist es unsere Pflicht, Mittel zu suchen, die den lebensstabilen abzuhelfen. Dieses Mittel aber ist hauptsächlich die Agitation.

Man könnte fast sagen, daß in dem Momente, wo wir unsere Beiträge erhöhen werden, die Organisation in die Brüche gehen würde, und wenn wir auf die diesbezügliche Debatte des vergangenen Verbandstages zurückblicken, finden wir, daß über diesen Punkt sich damals fast in den Hörern gelegen sind.

Aber die ganze Organisation leidet schwer unter dem Geldmangel. Überall brauchen wir Geld, und wenn keines einfällt, kann der Verbandsvorstand nicht die nötige Agitation leiten und auch den Ansprüchen der Verbandsvereine nicht Rechnung tragen.

Bevollmächtigte — damals und zwar mit bedeutender Majorität, vom 1. April d. J. Wochenbeiträge einzuführen. Die Wochenbeiträge sind auf 20, 12 und 8 Heller bemessen worden. Der erste Beitragsstag gilt für Gesellen, der zweite für männliche erwachsene Handarbeiter und der niedrigste für Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter.

Weiter wurde die Notwendigkeit anerkannt, einen Sekretär einzustellen, der die notwendigen Arbeiten im Nebenamt nicht mehr geleistet werden können. Zum Punkt "Breite" lagen Anträge vor, das Verbandsorgan "Der Bauarbeiter" wöchentlich herauszugeben. Der Verbandstag glaubte jedoch, darauf

Voricht leisten zu müssen, hauptsächlich aus finanziellen Gründen. Der "Bauarbeiter" erscheint auch fernerhin alle 14 Tage in Wien. Deutlich darf wurde das Gebaren der Prager Kollegen kritisiert, soweit es sich um die Verwaltung des geschäftlichen Nachorgans "Stabebüro" handelt. Über den "Stabebüro" ist schon auf den früheren Verbandsstagen beschlossen worden, und war die Stimme, da die Ordnung weder in der Redaktion noch in der Administration eine bessere geworden, sehr gerecht. Diesbezüglich wurde folgende Resolution beschlossen:

"Wenn die Mitgliände beim 'Stabebüro' innerhalb dreier Monate nicht bebauen sind, ist er nach Wien zu verlegen, ebensofern die Prager Bürositz keinen Platz zu verlegen, ebensofern wo ein Preisblatt anzulegen ist."

Es soll dies der letzte Versuch sein, in Prag Ordnung zu schaffen.

Des Weiteren beschloß sich der Verbandstag mit dem "Bauarbeiterkongress". Hierbei mußte der Verbandstag auch Gelegenheit nehmen, gegen die Beschlüsse des vor einiger Zeit stattgefundenen "Baumettlerfestes", die auf eine Verschärfung der Arbeiterschutzgesetze hinzielten, ganz entschieden zu protestieren. Die Betriebsräte müssen der Ortsvereine sollen es sich nicht mehr angelegen sein lassen, alle Bauten zu kontrollieren; auch wurde es für wirtschaftswert erklärt, daß in den Genossenschaften Sanitätskurse eingeführt würden.

In den Vorstand des Verbandes wurden Angehörige aller größeren Bauwerke gewählt. Zum Obmann des Vorstandes wurde der Zimmerer Josef Wessely bestimmt, als Sekretär Steinmeier, als Redakteur und Redakteur des Nachorgans Maurer F. Nader. Der Sekretär und Redakteur werden bestellt und erhalten je 60 Kronen (M.) pro Woche.

Der Vertrag betrifft Erhöhung der Beiträge, wird in den Kreisen der Mitglieder wohl noch des älteren Unzufriedenheit herorrufen, aber auch dies wird vorbergehen. Wenn es am Herzen liegt, daß die Bewegung vorwärts gehen soll, der muss einsetzen, daß zum Kriegsführer — und ohne Krieg mit dem Unternehmertum ist ein Vorwärts für die Arbeiter unmöglich — nicht nur der gute Wille, sondern auch eine gut geführte Kriegsführung geht. Darum freilich hinein für die Organisation! Dann werden auch die österreichischen Bauarbeiter auf ihrem nächsten Verbandsstage Erfolge aufzuweisen haben.

Baugewerbliges.

* **Fähigkeit der Bauarbeit.** **Darmstadt.** An einem Neubau in der Irenestraße starzte am 19. d. M. Vorfalltag, ein Seltendau und das Kellergetöse ein. Von den in Keller eingeschlossenen beiden Männern kam der Eine mit einer leichten Wunde am Kopf davon, während der Andere, der Parlier Heinrich Höller aus Oberlaß, schwer verletzt wurde. **Markranstädt.** (El. Ver.) Am Mittwoch, 10. Januar, sitzt der Maurer Schröder am Postenbau des Unternehmers Melzer eine Etage hoch herauf. Er hat sich dadurch eine Verstaufung des Rückgrates und allem Kuscheln nach innere Verlegungen zugezogen, so daß er mittler Störbedrohung in seine Wohnung geschafft werden mußte. Das Unglück ist dadurch geschehen, daß der Vetter auf dem "Tau" oben gestanden hat. Der "Tau"boden hat nachgegeben und Schröder ist zusammen mit dem Vetter durch die Balken gerollt und auf der nächsten Postenlage liegen geblieben. — Der Vetter ist gerade für die Markranstädter Kollegen eine Warnung, daß sie alle Vorstabsregeln in Zukunft genau beachten, denn es ist durchaus nicht staatl. eine Vetter auf den "Tau"boden zu stellen.

* **Baugewerbfest.** Am Sonntag, den 14. Januar, fand in Berlin in Cohn's Festhallen die erste Konferenz von Vertretern der Bauarbeiterkundskommisionen der Provinz Brandenburg statt. 20 Orte waren vertreten.

Der Vertreter der Zentralkommission für Bauarbeiterkundskunde in Heidelberg berichtete, er hat sich dadurch eine Verstaufung des Rückgrates und allem Kuscheln nach innere Verlegungen zugezogen, so daß er mittler Störbedrohung in seine Wohnung geschafft werden mußte. Das Unglück ist dadurch geschehen, daß der Vetter auf dem "Tau" oben gestanden hat. Der "Tau"boden hat nachgegeben und Schröder ist zusammen mit dem Vetter durch die Balken gerollt und auf der nächsten Postenlage liegen geblieben. — Der Vetter ist gerade für die Markranstädter Kollegen eine Warnung, daß sie alle Vorstabsregeln in Zukunft genau beachten, denn es ist durchaus nicht staatl. eine Vetter auf den "Tau"boden zu stellen.

* **Baugewerbfest.** Am Sonntag, den 14. Januar, fand in Berlin in Cohn's Festhallen die erste Konferenz von Vertretern der Bauarbeiterkundskommisionen der Provinz Brandenburg statt. 20 Orte waren vertreten.

Der Vertreter der Zentralkommission für Bauarbeiterkundskunde in Heidelberg berichtete, er hat sich dadurch eine Verstaufung des Rückgrates und allem Kuscheln nach innere Verlegungen zugezogen, so daß er mittler Störbedrohung in seine Wohnung geschafft werden mußte. Das Unglück ist dadurch geschehen, daß der Vetter auf dem "Tau" oben gestanden hat. Der "Tau"boden hat nachgegeben und Schröder ist zusammen mit dem Vetter durch die Balken gerollt und auf der nächsten Postenlage liegen geblieben. — Der Vetter ist gerade für die Markranstädter Kollegen eine Warnung, daß sie alle Vorstabsregeln in Zukunft genau beachten, denn es ist durchaus nicht staatl. eine Vetter auf den "Tau"boden zu stellen.

* **Baugewerbfest.** Am Sonntag, den 14. Januar, fand in Berlin in Cohn's Festhallen die erste Konferenz von Vertretern der Bauarbeiterkundskommisionen der Provinz Brandenburg statt. 20 Orte waren vertreten.

Der Vertreter der Zentralkommission für Bauarbeiterkundskunde in Heidelberg berichtete, er hat sich dadurch eine Verstaufung des Rückgrates und allem Kuscheln nach innere Verlegungen zugezogen, so daß er mittler Störbedrohung in seine Wohnung geschafft werden mußte. Das Unglück ist dadurch geschehen, daß der Vetter auf dem "Tau" oben gestanden hat. Der "Tau"boden hat nachgegeben und Schröder ist zusammen mit dem Vetter durch die Balken gerollt und auf der nächsten Postenlage liegen geblieben. — Der Vetter ist gerade für die Markranstädter Kollegen eine Warnung, daß sie alle Vorstabsregeln in Zukunft genau beachten, denn es ist durchaus nicht staatl. eine Vetter auf den "Tau"boden zu stellen.

* **Baugewerbfest.** Am Sonntag, den 14. Januar, fand in Berlin in Cohn's Festhallen die erste Konferenz von Vertretern der Bauarbeiterkundskommisionen der Provinz Brandenburg statt. 20 Orte waren vertreten.

Der Vertreter der Zentralkommission für Bauarbeiterkundskunde in Heidelberg berichtete, er hat sich dadurch eine Verstaufung des Rückgrates und allem Kuscheln nach innere Verlegungen zugezogen, so daß er mittler Störbedrohung in seine Wohnung geschafft werden mußte. Das Unglück ist dadurch geschehen, daß der Vetter auf dem "Tau" oben gestanden hat. Der "Tau"boden hat nachgegeben und Schröder ist zusammen mit dem Vetter durch die Balken gerollt und auf der nächsten Postenlage liegen geblieben. — Der Vetter ist gerade für die Markranstädter Kollegen eine Warnung, daß sie alle Vorstabsregeln in Zukunft genau beachten, denn es ist durchaus nicht staatl. eine Vetter auf den "Tau"boden zu stellen.

* **Baugewerbfest.** Am Sonntag, den 14. Januar, fand in Berlin in Cohn's Festhallen die erste Konferenz von Vertretern der Bauarbeiterkundskommisionen der Provinz Brandenburg statt. 20 Orte waren vertreten.

Der Vertreter der Zentralkommission für Bauarbeiterkundskunde in Heidelberg berichtete, er hat sich dadurch eine Verstaufung des Rückgrates und allem Kuscheln nach innere Verlegungen zugezogen, so daß er mittler Störbedrohung in seine Wohnung geschafft werden mußte. Das Unglück ist dadurch geschehen, daß der Vetter auf dem "Tau" oben gestanden hat. Der "Tau"boden hat nachgegeben und Schröder ist zusammen mit dem Vetter durch die Balken gerollt und auf der nächsten Postenlage liegen geblieben. — Der Vetter ist gerade für die Markranstädter Kollegen eine Warnung, daß sie alle Vorstabsregeln in Zukunft genau beachten, denn es ist durchaus nicht staatl. eine Vetter auf den "Tau"boden zu stellen.

* **Baugewerbfest.** Am Sonntag, den 14. Januar, fand in Berlin in Cohn's Festhallen die erste Konferenz von Vertretern der Bauarbeiterkundskommisionen der Provinz Brandenburg statt. 20 Orte waren vertreten.

Der Vertreter der Zentralkommission für Bauarbeiterkundskunde in Heidelberg berichtete, er hat sich dadurch eine Verstaufung des Rückgrates und allem Kuscheln nach innere Verlegungen zugezogen, so daß er mittler Störbedrohung in seine Wohnung geschafft werden mußte. Das Unglück ist dadurch geschehen, daß der Vetter auf dem "Tau" oben gestanden hat. Der "Tau"boden hat nachgegeben und Schröder ist zusammen mit dem Vetter durch die Balken gerollt und auf der nächsten Postenlage liegen geblieben. — Der Vetter ist gerade für die Markranstädter Kollegen eine Warnung, daß sie alle Vorstabsregeln in Zukunft genau beachten, denn es ist durchaus nicht staatl. eine Vetter auf den "Tau"boden zu stellen.

* **Baugewerbfest.** Am Sonntag, den 14. Januar, fand in Berlin in Cohn's Festhallen die erste Konferenz von Vertretern der Bauarbeiterkundskommisionen der Provinz Brandenburg statt. 20 Orte waren vertreten.

Der Vertreter der Zentralkommission für Bauarbeiterkundskunde in Heidelberg berichtete, er hat sich dadurch eine Verstaufung des Rückgrates und allem Kuscheln nach innere Verlegungen zugezogen, so daß er mittler Störbedrohung in seine Wohnung geschafft werden mußte. Das Unglück ist dadurch geschehen, daß der Vetter auf dem "Tau" oben gestanden hat. Der "Tau"boden hat nachgegeben und Schröder ist zusammen mit dem Vetter durch die Balken gerollt und auf der nächsten Postenlage liegen geblieben. — Der Vetter ist gerade für die Markranstädter Kollegen eine Warnung, daß sie alle Vorstabsregeln in Zukunft genau beachten, denn es ist durchaus nicht staatl. eine Vetter auf den "Tau"boden zu stellen.

* **Baugewerbfest.** Am Sonntag, den 14. Januar, fand in Berlin in Cohn's Festhallen die erste Konferenz von Vertretern der Bauarbeiterkundskommisionen der Provinz Brandenburg statt. 20 Orte waren vertreten.

Der Vertreter der Zentralkommission für Bauarbeiterkundskunde in Heidelberg berichtete, er hat sich dadurch eine Verstaufung des Rückgrates und allem Kuscheln nach innere Verlegungen zugezogen, so daß er mittler Störbedrohung in seine Wohnung geschafft werden mußte. Das Unglück ist dadurch geschehen, daß der Vetter auf dem "Tau" oben gestanden hat. Der "Tau"boden hat nachgegeben und Schröder ist zusammen mit dem Vetter durch die Balken gerollt und auf der nächsten Postenlage liegen geblieben. — Der Vetter ist gerade für die Markranstädter Kollegen eine Warnung, daß sie alle Vorstabsregeln in Zukunft genau beachten, denn es ist durchaus nicht staatl. eine Vetter auf den "Tau"boden zu stellen.

* **Baugewerbfest.** Am Sonntag, den 14. Januar, fand in Berlin in Cohn's Festhallen die erste Konferenz von Vertretern der Bauarbeiterkundskommisionen der Provinz Brandenburg statt. 20 Orte waren vertreten.

Der Vertreter der Zentralkommission für Bauarbeiterkundskunde in Heidelberg berichtete, er hat sich dadurch eine Verstaufung des Rückgrates und allem Kuscheln nach innere Verlegungen zugezogen, so daß er mittler Störbedrohung in seine Wohnung geschafft werden mußte. Das Unglück ist dadurch geschehen, daß der Vetter auf dem "Tau" oben gestanden hat. Der "Tau"boden hat nachgegeben und Schröder ist zusammen mit dem Vetter durch die Balken gerollt und auf der nächsten Postenlage liegen geblieben. — Der Vetter ist gerade für die Markranstädter Kollegen eine Warnung, daß sie alle Vorstabsregeln in Zukunft genau beachten, denn es ist durchaus nicht staatl. eine Vetter auf den "Tau"boden zu stellen.

* **Baugewerbfest.** Am Sonntag, den 14. Januar, fand in Berlin in Cohn's Festhallen die erste Konferenz von Vertretern der Bauarbeiterkundskommisionen der Provinz Brandenburg statt. 20 Orte waren vertreten.

Der Vertreter der Zentralkommission für Bauarbeiterkundskunde in Heidelberg berichtete, er hat sich dadurch eine Verstaufung des Rückgrates und allem Kuscheln nach innere Verlegungen zugezogen, so daß er mittler Störbedrohung in seine Wohnung geschafft werden mußte. Das Unglück ist dadurch geschehen, daß der Vetter auf dem "Tau" oben gestanden hat. Der "Tau"boden hat nachgegeben und Schröder ist zusammen mit dem Vetter durch die Balken gerollt und auf der nächsten Postenlage liegen geblieben. — Der Vetter ist gerade für die Markranstädter Kollegen eine Warnung, daß sie alle Vorstabsregeln in Zukunft genau beachten, denn es ist durchaus nicht staatl. eine Vetter auf den "Tau"boden zu stellen.

* **Baugewerbfest.** Am Sonntag, den 14. Januar, fand in Berlin in Cohn's Festhallen die erste Konferenz von Vertretern der Bauarbeiterkundskommisionen der Provinz Brandenburg statt. 20 Orte waren vertreten.

Der Vertreter der Zentralkommission für Bauarbeiterkundskunde in Heidelberg berichtete, er hat sich dadurch eine Verstaufung des Rückgrates und allem Kuscheln nach innere Verlegungen zugezogen, so daß er mittler Störbedrohung in seine Wohnung geschafft werden mußte. Das Unglück ist dadurch geschehen, daß der Vetter auf dem "Tau" oben gestanden hat. Der "Tau"boden hat nachgegeben und Schröder ist zusammen mit dem Vetter durch die Balken gerollt und auf der nächsten Postenlage liegen geblieben. — Der Vetter ist gerade für die Markranstädter Kollegen eine Warnung, daß sie alle Vorstabsregeln in Zukunft genau beachten, denn es ist durchaus nicht staatl. eine Vetter auf den "Tau"boden zu stellen.

* **Baugewerbfest.** Am Sonntag, den 14. Januar, fand in Berlin in Cohn's Festhallen die erste Konferenz von Vertretern der Bauarbeiterkundskommisionen der Provinz Brandenburg statt. 20 Orte waren vertreten.

Der Vertreter der Zentralkommission für Bauarbeiterkundskunde in Heidelberg berichtete, er hat sich dadurch eine Verstaufung des Rückgrates und allem Kuscheln nach innere Verlegungen zugezogen, so daß er mittler Störbedrohung in seine Wohnung geschafft werden mußte. Das Unglück ist dadurch geschehen, daß der Vetter auf dem "Tau" oben gestanden hat. Der "Tau"boden hat nachgegeben und Schröder ist zusammen mit dem Vetter durch die Balken gerollt und auf der nächsten Postenlage liegen geblieben. — Der Vetter ist gerade für die Markranstädter Kollegen eine Warnung, daß sie alle Vorstabsregeln in Zukunft genau beachten, denn es ist durchaus nicht staatl. eine Vetter auf den "Tau"boden zu stellen.

* **Baugewerbfest.** Am Sonntag, den 14. Januar, fand in Berlin in Cohn's Festhallen die erste Konferenz von Vertretern der Bauarbeiterkundskommisionen der Provinz Brandenburg statt. 20 Orte waren vertreten.

Der Vertreter der Zentralkommission für Bauarbeiterkundskunde in Heidelberg berichtete, er hat sich dadurch eine Verstaufung des Rückgrates und allem Kuscheln nach innere Verlegungen zugezogen, so daß er mittler Störbedrohung in seine Wohnung geschafft werden mußte. Das Unglück ist dadurch geschehen, daß der Vetter auf dem "Tau" oben gestanden hat. Der "Tau"boden hat nachgegeben und Schröder ist zusammen mit dem Vetter durch die Balken gerollt und auf der nächsten Postenlage liegen geblieben. — Der Vetter ist gerade für die Markranstädter Kollegen eine Warnung, daß sie alle Vorstabsregeln in Zukunft genau beachten, denn es ist durchaus nicht staatl. eine Vetter auf den "Tau"boden zu stellen.

* **Baugewerbfest.** Am Sonntag, den 14. Januar, fand in Berlin in Cohn's Festhallen die erste Konferenz von Vertretern der Bauarbeiterkundskommisionen der Provinz Brandenburg statt. 20 Orte waren vertreten.

Der Vertreter der Zentralkommission für Bauarbeiterkundskunde in Heidelberg berichtete, er hat sich dadurch eine Verstaufung des Rückgrates und allem Kuscheln nach innere Verlegungen zugezogen, so daß er mittler Störbedrohung in seine Wohnung geschafft werden mußte. Das Unglück ist dadurch geschehen, daß der Vetter auf dem "Tau" oben gestanden hat. Der "Tau"boden hat nachgegeben und Schröder ist zusammen mit dem Vetter durch die Balken gerollt und auf der nächsten Postenlage liegen geblieben. — Der Vetter ist gerade für die Markranstädter Kollegen eine Warnung, daß sie alle Vorstabsregeln in Zukunft genau beachten, denn es ist durchaus nicht staatl. eine Vetter auf den "Tau"boden zu stellen.

* **Baugewerbfest.** Am Sonntag, den 14. Januar, fand in Berlin in Cohn's Festhallen die erste Konferenz von Vertretern der Bauarbeiterkundskommisionen der Provinz Brandenburg statt. 20 Orte waren vertreten.

Der Vertreter der Zentralkommission für Bauarbeiterkundskunde in Heidelberg berichtete, er hat sich dadurch eine Verstaufung des Rückgrates und allem Kuscheln nach innere Verlegungen zugezogen, so daß er mittler Störbedrohung in seine Wohnung geschafft werden mußte. Das Unglück ist dadurch geschehen, daß der Vetter auf dem "Tau" oben gestanden hat. Der "Tau"boden hat nachgegeben und Schröder ist zusammen mit dem Vetter durch die Balken gerollt und auf der nächsten Postenlage liegen geblieben. — Der Vetter ist gerade für die Markranstädter Kollegen eine Warnung, daß sie alle Vorstabsregeln in Zukunft genau beachten, denn es ist durchaus nicht staatl. eine Vetter auf den "Tau"boden zu stellen.

* **Baugewerbfest.** Am Sonntag, den 14. Januar, fand in Berlin in Cohn's Festhallen die erste Konferenz von Vertretern der Bauarbeiterkundskommisionen der Provinz Brandenburg statt. 20 Orte waren vertreten.

Der Vertreter der Zentralkommission für Bauarbeiterkundskunde in Heidelberg berichtete, er hat sich dadurch eine Verstaufung des Rückgrates und allem Kuscheln nach innere Verlegungen zugezogen, so daß er mittler Störbedrohung in seine Wohnung geschafft werden mußte. Das Unglück ist dadurch geschehen, daß der Vetter auf dem "Tau" oben gestanden hat. Der "Tau"boden hat nachgegeben und Schröder ist zusammen mit dem Vetter durch die Balken gerollt und auf der nächsten Postenlage liegen geblieben. — Der Vetter ist gerade für die Markranstädter Kollegen eine Warnung, daß sie alle Vorstabsregeln in Zukunft genau beachten, denn es ist durchaus nicht staatl. eine Vetter auf den "Tau"boden zu stellen.

* **Baugewerbfest.** Am Sonntag, den 14. Januar, fand in Berlin in Cohn's Festhallen die erste Konferenz von Vertretern der Bauarbeiterkundskommisionen der Provinz Brandenburg statt. 20 Orte waren vertreten.

Der Vertreter der Zentralkommission für Bauarbeiterkundskunde in Heidelberg berichtete, er hat sich dadurch eine Verstaufung des Rückgrates und allem Kuscheln nach innere Verlegungen zugezogen, so daß er mittler Störbedrohung in seine Wohnung geschafft werden mußte. Das Unglück ist dadurch geschehen, daß der Vetter auf dem "Tau" oben gestanden hat. Der "Tau"boden hat nachgegeben und Schröder ist zusammen mit dem Vetter

Kollegen, sämmtlich organisiert, am 10. Dezember v. J. zugereist und nahmen die Arbeit auf. Bis zum 15. d. M. wurde ihnen auch der versprochene Lohn ausgeschüttet. An diesem Tage wurde ihnen aber angekündigt, daß es nunmehr nur noch einen Lohn von 30—32 & pro Stunde gebe, wer darüber arbeiten wolle, könne es ihm anderenfalls aber gebe es keine Arbeit mehr für sie. Die italienischen Arbeitskräfte haben aber dieses kontraktivierte Angebot der Unternehmer nicht akzeptiert, sondern, weil sie von der Arbeit zurückgewiesen wurden, beim Amtsgericht die Klage auf Erfüllung der Vereinbarungen anhängig gemacht. In welch hohem Grade die wunderliche Ausdeutung sich mitunter bei dem Unternehmer zu entwenden vermag, beweist die Thatache, daß der Unternehmer Vorschrift für jede Menge "Schub" (Wortspiel) bis er den Arbeitern zahlte, einen Pfennig Zinsen verlangte; das sind auf das Jahr berechnet 62 p.M. Zinsen. (Ist denn da kein Staatsanwalt, der solchen Bluffangert das Handwerk legt? Die Red.) Mit der Unfallversicherung ist es in dem Betriebe dieser Unternehmung auch trübe bestellt. Es heißt zwar in den Unfallversicherungsvereinbarungen der Papierlichen Bauarbeits-Berufsgenossenschaft, daß dieselben an einer jeden Arbeiter zugänglichen Stelle ausgehängt werden sollen; aber darüber liegen sich die Herren Kippe und Wolter mit Eleganz hinweg: hübsch ist doch der Obers des Herrn Kippe und Genossen: "Wir wollen Herr, sein im eigenen Hause." Die Kollegen werden in ihrem eigenen Interesse gehalten, bei dieser Firma nicht in Arbeit zu treten.

Die Kollegen in Essen (Ruhr) haben den Unternehmern folgende Forderungen zugehen lassen:

1. Alle Stellen, die bisher üblichen elf- und zwölfstündigen Arbeitszeit eine solche von zehn Stunden, und zwar von 6 Uhr Morgens bis 7 Uhr Abends, inkl. kürzlicher Mittagspause, 12-stündiger Mittags- und schlüssiger Nachspause.

2. Gemeinsame Festsetzung der Arbeitsstunden und Pausen für die Zeit der kürzeren Tagesarbeiten.

3. Ein Mindestlohn von 50 &.

4. Abschaffung jeglicher Überarbeiten, sowie der Nacht- und Sonntagsarbeit, mit Ausnahme ganz dringender Fälle.

5. Für Überarbeiten in dringenden Fällen ein Lohnauschlag von 10 & pro Nacht, Wochentag und Sonntagsarbeit einen solchen von 20 & pro Stunde.

6. Abschaffung der Alttorarbeit.

7. a) der Lohn muß freitags bis zum Feierabend ausgeschüttet und darf nur ein Tagelohn zurückbehalten werden;

b) wöchentliche Ausszahlung auf der Baustelle.

8. Arbeitsschutz auf den Bauten:

a) gute, sachmäßige hergestellte Arbeitsgeräte, Schuhgeräte, Schuhplanten, Alles aus gutem Material;

b) nach Bereitung der Balkenlagen müssen dieselben sofort ausgestoßen resp. Schuhdecken eingeschnitten werden;

c) Aushängen der Unfallsicherungs-Vorschriften und strikte Befolgung derselben;

d) Beschaffung von weiter- und wasserfesten Baumaterialien, welche in der kalten Jahreszeit heizbar sind. In derselben dürfen Baumaterialien, auch Werkzeuge, nicht gelagert werden;

e) an jedem Neubau resp. Umbau muß ein der Sittlichkeit und Gehobtheit entsprechender Abort errichtet werden;

f) auf jedem Baustelle muß ein Verbandsraum mit den nötigsten Verbandsstoffen und Medikamenten, zur sofortigen Hilfeleistung bei eventuellen Unglücksfällen vorhanden sein,

9. Am Sonnabend um 6 Uhr Nachmittags und an den Tagen vor Ostern, Pfingsten und Weihnachten zwei Stunden früher Feierabend, ohne daß eine Kürzung des Lohnes eintritt.

10. Vollständige Ausschließung der Kündigung.

11. Abschließung eines corporativen Arbeitsvertrages zwischen Arbeitgebern und der Gesamtorganisation.

In Ausführung des Vorstehenden wurde eine Lohnkommission von fünf Mitgliedern gemacht, mit dem Auftrage, die aufgestellten Wünsche den Unternehmern zu übermitteln und mit ihnen in Unterhandlung zu treten. Über die geprägten Unterhandlungen hat die Kommission am 20. April den Maurern in den zu dem Zwecke einzuberuhenden Versammlungen Bericht zu erläutern. Sollte eine Unterhandlung bis dahin nicht stattgefunden haben und auch keine Erklärung seitens der Unternehmer erfolgt sein, dann wird angenommen, daß sie es abgelehnt haben, mit der Lohnkommission zu unterhandeln.

Aus Spremberg wird uns geschrieben: Es sind deutliche Anzeichen dafür, daß die Idee der Hauptbeheber im bauwirtschaftlichen Unternehmerthum, eine allgemeine Ausschließung der organisierten Arbeiter zu intentieren, auch ihre Schule macht. In der letzten Zeit konnte man im "Spremberger Anzeiger" ein Interview folgenden Inhalt lesen: "Maurer werden sofort für dauernde Beschäftigung geholt". Dieser Anzeige folgend, wandte sich ein hier ansässiger Kollege, Familienvater von sechs Kindern, an das Bureau des Innungsarbeitsausschusses, doch hier wurde ihm in cynischer Weise eröffnet, daß diese Annahme nicht für anstellige, sondern für fremde Maurer bestimmt sei. Die auswärtigen Kollegen wissen also jetzt, wie es hier aussieht. Wir erwarten, daß sie uns mit Zugzug verfehlten.

Aus unserer Bewegung.

Die Schriftführer werden ersucht, nur sames Papier zu benutzen und dieses nur auf einer Seite zu beschreiben. Wird ein großer Bogen Papier benötigt, so soll man ihn nicht bloss durchbrechen, sondern gleich anseitanderstreichen, weil sonst gewöhnlich über die Bruchstelle auf beiden Seiten hinweggeschrieben und dadurch eine nachherige Trennung unmöglich wird. Berichte, die dieser Vorschrift nicht entsprechen, werden in Zukunft nicht verhandelt.

Am 7. d. M. tagte in Bremen eine Konferenz der gleichnamigen Agitationskommissionsteile Begener. Es rührte aus: Seit der letzten Konferenz hat sich die Lage im Bezirk wenig geändert. Gegründet ist eine Zahnstelle in Barel. Außerdem wurden in Südstadt, Stettin, Wittmund, Bremen, Hagen und Bückeburg Filialen gegründet. Aufgelöst sind die Zahnstellen in Nordenburg und Döha. Die Berichterstattung ist eine bessere geworden, läßt aber noch viel zu wünschen übrig. Der Fragebogen, welchen wir verfaßt haben, ging uns von 22 Zahnstellen wieder zu. Aus den Antworten ging hervor, daß von

den 847 Maurern, welche an diesen Orten wohnen, 2157 organisiert sind. Es wurden 61 öffentliche Versammlungen abgehalten. In 10 Orten fand eine Lohnbewegung statt. Davon endeten 8 mit einem Sieg der Maurer, 4 gingen verloren. In 5 Orten steht eine Bewegung bevor. Zum Zwecke der besseren Agitation und zur Erprobung von Kosten haben wir eine Sitzung mit den Holzarbeitern gehabt, und werden wir, wenn die Konferenz ihre Zustimmung gibt, mit den Agitationskommissionen der Holzarbeiter und Metallarbeiter gemeinschaftlich arbeiten. Bei diesem Unternehmen unterbreiten wir Ihnen folgenden Antrag: "Die Agitationskommission wird beauftragt, sobald weiterhin Kommissionen der Holzarbeiter und Metallarbeiter in Verbindung zu stehen und gemeinschaftlich die kleinen entfernten liegenden Orte zu bearbeiten". (Der Antrag wurde in Punkt 4 angenommen.)

Der Kassenbericht ist folgender: Kassenbestand M. 81,88, eingeholt von den Beirätenmännern M. 89,10, Summa M. 150,98. Ausgabe: Feuerwehrmanns M. 12,90, Diäten M. 46,65, Fahrgeld M. 26,80, Porto und Schreibmaterial M. 10,50, nach Nordern zur Agitation M. 40, Summa M. 186,20. Demnach Kassenbestand M. 14,78.

Von der Kommission mußten auch mehrfach Nischen unternommen werden zwecks Revision und Auflösung in Kassenangelegenheiten. Die Kollegen müssen regelmäßig Bericht einsenden, denn nur dann kann von uns verlangt werden, daß auch wie im Bezirk ordnungsmäßig arbeiten.

In Punkt 2, "Bericht der Delegierten", nimmt Till-Bremervorhaben das Wort. Die dortige Zahnstelle hatte von der Lohnbewegung 185 Mitglieder, dieselben vermehrten sich sodann auf 375, wodurch jetzt noch 335 organisiert sind. Der Streit dauerte dort 9 Wochen, konnte aber trotzdem nicht vollständig gewonnen werden, da die Polizei die Streikleiter einfach über 4 Wochen in Haft nahm. Die Kollegen wurden freigesprochen. Wie die Polizei dort Vergehen sah, geht darüber hinaus vor, daß ein Kollege allein 7 Anklagen erhielt, wodurch eine noch unerledigte. Hierzu steht Bremervorhaben folgenden Antrag: "Die Agitationskommission ist verpflichtet, sobald ein Streifführer verhaftet wird, oder sobald es sonst nothwendig erscheint, einen Mann als Etat zu senden". Der Antrag findet Anerkennung.

Aus dem Berichten der übrigen Delegierten ist folgendes herborzuhaben: Die Zahnstelle Scharmbeck hat 60 Mitglieder, 12 sind nicht zu gewinnen, dieselben bestehen dort Land und halten eine Organisation für überflüssig. Wem er wird die Zahl 12 Mitglieder, 8 sind abgegangen. Es ist in Aussicht genommen, eine Lohnforderung zu stellen von M. 87,50. Ein Unternehmer zahlte bereits M. 4. Harburg zählt 271 Mitglieder. 39 Gesellen gehörten dem Gewerk an; dieselben arbeiten vielsach gegen den Verband und suchen sich im Vorjahr bei der Sparte über den Unternehmern Schröder als Streifrechte gebrauchen. Stade gehört gleichfalls in Lohnbewegung zu treten, um den Lohn von 40 auf 45 & zu bringen. Die Zahl der Mitglieder stieg von 22 auf 68. Arbeitsgelegenheit ist viel vorhanden. In Bremen wurde noch dreitägig Streit um den Lohn von 27 auf 30 & gebracht. Eine sehr schlechte Konjunktur herrschte in Witten a. d. R. Die Kollegen sind meistens geweckt, sich außerhalb Arbeit zu suchen, infolgedessen ist die Mitgliederzahl zurückgegangen. Für Bremen und Schleswig-Holstein und Hamburg stellt der gleiche Lohn und Arbeitsbedingungen wie für Bremen. Es sind dort fast alle Kollegen organisiert. In Delmenhorst gibt es neben dem Verband noch eine Lokalorganisation. Daß unorganisiert sind nur 7 Maurer. Der Lohn wurde durch Streit um 24 & erhöht auf 42 &. Eine Lohnzahlschule besteht in Stettin. In Oldenburg ist die Lohnzahlschule nicht sehr gut, infolgedessen die Mitgliederzahl abgenommen hat. Die meisten Kollegen wohnen 5—10 km außerhalb. In Barel herrscht unter den Kollegen großer Muß. Von 20 Maurern, die dort wohnen, sind 15 organisiert. Der Lohn ist von 35 auf 40 & gestiegen. Auch in Wilhelmshaven sind die Verhältnisse gute, aber 207 anwesende Maurer sind 288 Mitglieder des Verbandes. Eine Filiale besteht in Leverkusen. Eine Filiale in Ems zu gründen wurde nicht für nothwendig gehalten. Dort betreiben die Maurer auch Zimmerer, Tischler und Glaser. In Wilhelmshaven wurde durch Bausperre die achtjährige Lohnzahlschule durchgeführt. Bremen hat eine Zahnstelle des Zimmerer-Verbandes, worin auch die Maurer sind. Der Lohn beträgt bei 10½ Stunden M. 4. Die dortigen Maurer wünschen eine Filiale des Maurerverbandes zu gründen. In Heidelberg stieg die Zahl der Mitglieder von 11 auf 43. In Berlin steht es sehr schlecht aus. Arbeitsgelegenheit ist wenig vorhanden; die Mitgliederzahl ist von 75 auf 22 herabgegangen. Bremen führt schon seit Jahren einen Kleinkrieg durch Bausperre mit den Unternehmern. Es ist die Einrichtung einer ständigen Lohnkommission getroffen. Dieleiste wurde in 18 Filialen eingeschritten, wobei 17 gänzlich abgelaufen sind. Die Zahl der in Bremen anwesenden Maurer beträgt 76, davon sind 55 organisiert. Der Mininallohn beträgt 35 &. Eine Filiale besteht auf der Insel Föhr. Es wird jetzt versucht, auf Föhr eine Zahnstelle zu gründen. In Berlin wurde die zehnjährige Arbeitszeit durchgesetzt und der Lohn von 32 auf 34 & gebracht. Auch in Leverkusen ist eine Lohnzahlschule zu verzeichnen mit 2½ &. Es wird vor der dortigen Zahnstelle gewünscht, Filialen in Remscheid und Bielefeld zu errichten. Die Zahnstelle Bremen gäbe M. 87 ist gleichfalls wenig lebensfähig. Erträglicher ist auf Bremen zu berichten. Die Mitgliederzahl beträgt im Sommer 30 bis 35, im Winter 10 bis 12. 1898 wurde die zehnjährige Arbeitszeit eingehalten und der Lohn auf 37 & erhöht und im Vorjahr auf 40 &.

Zu Punkt 3, "Bericht Begener". Es liegt zunächst den Delegierten die Entwicklung des Verbandes klar und somit dem Deputat, daß durch das steile Anwachsen unserer Organisation die schäßliche der Unternehmer sehr unbehagen würde, und sie nun auf Mittel sammeln, den Verband zu schwächen, wenn nicht gar zu zerstören. Mit den kleinen Mitteln, Maßregelung einzelner Kollegen, schwarzen List u. s. v. könnten sie ihren Zweck nicht erreichen; deswegen verfügten sie es: Aussortierung im Großen vorzunehmen, so z. B. in Stuttgart, Magdeburg und Berlin. Wir wissen nun, daß es bis dato nichts genützt hat, sondern die Unternehmer setzt den Kürzeren gezogen haben. Jedoch sind die Herren immer noch nicht zufrieden. Dieses kommt vorerst natürlich infrage, als ein verdecktes Schriftstück veröffentlicht wurde, welches dahin lautete, daß die Unternehmer für das nächste Frühjahr eine Aussortierung sämtlicher im Bausatz tätiger Arbeiter planen, um so in kürzerer Zeit die

Kassen unserer Organisationen zu leeren und die Arbeiter durch Zügiger zu zwingen, sich den Anordnungen der Unternehmer zu unterwerfen. Redner resumiert kurz, daß es für die Arbeiter nur einen Weg gebe, derartigen Vorhaben zu begegnen. Nicht mit Gewalt können wir antworten, sondern unsere Aufgabe muß es sein, dafür zu sorgen, daß jeder Kollege der Organisation zugeführt wird, um sich dort zunächst durch Aussklärung aus den geistigen Gefilden zu lösen, und daß seinerseits Mitglieder begebracht werde, daß es regelmäßig keine Beiträge zum Verband und zur Streifzugszahle, denn nur dann, wenn jeder seine Pflicht tun kann, in ihrer Sphäre einzufließen, könnten wir der Zukunft ruhig entgegensehen. Redner empfiehlt dann folgende Resolution zur Annahme und hält die Delegierten, mit allen Kräften für die Verwirklichung derselben einzutreten:

Die Konferenz des Agitationsteils Bremen sieht nach den Ausführungen des Referenten ein, daß gegen die vom Unternehmerthum geplanten Maßnahmen nur mit ganz starker Agitation geantwortet werden kann. Nur wenn alle Maurer organisiert sind und jedes Mitglied des Verbandes seine Beiträge zum Verband und Streifzugszahle regelmäßig bezahlt, kann darauf gerechnet werden, daß die Ansprüche des Unternehmers zu nichts gemacht werden. Die Erwähnung dessen versprechen alle Delegierten in ihrer Sphäre dafür einzutreten, daß rege Agitation in diesem Sinne getrieben wird."

In der Diskussion beteiligt Wittke-Bremervorhaben das Statut des Arbeitgeberverbandes. Nach demselben gehören nicht nur die Unternehmer im Baugewerbe dazu, sondern auch die Lieferanten, sowie sämmtliche Unternehmer älterer Berufe, vom größten bis zum kleinsten, und es hält deshalb schwer, etwas zu erzielen. Unter Anderem wurde darauf hingewiesen, daß die Großkapitalisten die kleinen Unternehmer wohl in den Arbeitgeberverband aufnehmen, Lehrer aber wenig zu sagen haben. Dem Ausstritte stehen die größten Schwierigkeiten entgegen: Verlust der M. 200 Raufund, Verweigerung der Materiallieferungen u. s. v. Der Arbeitsnachweis liegt in den Händen der Unternehmer; an Stelle der schwarzen Listen werden die Nummern der Invalidenkonten benutzt. Das ist die schmiedigste Handlung, welche die Unternehmer gegen die Arbeiter ausüben. In ähnlichem Sinne sprachen sich die Kollegen von Bremen und Wilhelmshaven und Krämer-Schörburg aus. — Die Resolution wurde hierauf einstimmig angenommen.

Zum Punkt 4 der Tagesordnung kommt zunächst das Baudelegitenystem zur Sprache. Nachdem Steinhausen-Gärtel, Krause-Schörburg, Dietrich-Woltershausen, Wöbbel und Jäger-Bremen die Möglichkeit derselben hergehoben, wurde folgender Antrag einstimmig angenommen:

Die Konferenz ist nach Aufführung sämmtlicher Redner der Ansicht, daß das Baudelegitenystem dringend zu einführen ist. Zweck Bautenkontrolle wird von verschiedenen Rednern fälschlich als leichtsinnige Weise noch Leben und Gesundheit der Bauarbeiter gefährdet wird und folgende Resolution angenommen:

Die heutige Konferenz beschließt, babin zu wirken, daß unbedingt eine Kontrolle auf den Bauten stattfinden muß, und daß, wenn dieselbe zweckmäßig betrieben werden soll, vom Staate Kontrollen angestellt werden, die aus Arbeiterschlüssen zu entnehmen sind."

Weiter wird ein Antrag nach kurzer Debatte angenommen, daß zur nächsten Konferenz nur Delegierte zugelassen werden, die sich durch Mandat und Mitgliedsbuch legitimieren können.

Zum Schluß dankt der Vorsitzende Kollege Wegener den anwesenden Delegierten für die ruhigen und sachlichen Ausführungen und ermahnt dieselben, ironisch und fest an der Ausbreitung des Verbandes weiter zu arbeiten und dafür Sorge zu tragen, daß sämmtliche Beschlüsse zur Durchführung gelangen.

Damit schließt Redner die gut verlaufene Konferenz mit einem breitkreisigen Appell an den Centralverband der Maurer Deutschlands.

* * *

Im "Schwarzen Adler" zu Altenburg tagte am 7. Januar die regelmäßige Mitgliederversammlung. Die Abrechnung vom vierter Quartal wurde vor der Versammlung genehmigt. Im vergangenen Jahre wurden insgesamt vereinbart M. 4657,75, einschließlich M. 2489,64 für den Streifzugs, davon blieben am Orte ab 1088,71, wovon M. 731,74 verausgabt wurden. Es blieb also am Orte ein Kassenbestand von M. 765. Die Mitgliedschaft betrug am Schlusse des Jahres 1898 M. 28,80 zusammengebracht. Die Jahresabrechnung wurde ebenfalls genehmigt und darauf der Kassenfonds entlastet. Ein Antrag, den Kassenbestand am Orte der Hauptzelle zu überweisen, wurde abgelehnt, dagegen auf Antrag des Kollegen Börner beschlossen, dieses die Mitgliederzahlschule bestellt. In die Zahnstelle Bremen wurden 100 neue Mitglieder aufgenommen. Es ist die Zahl der Mitglieder von 11 auf 43. In Berlin steht es sehr schlecht aus. Arbeitsgelegenheit ist wenig vorhanden; die Mitgliederzahl ist von 75 auf 22 herabgegangen. Bremen führt schon seit Jahren einen Kleinkrieg durch Bausperre mit den Unternehmern. Es ist die Einrichtung einer ständigen Lohnkommission getroffen. Dieleiste wurde in 18 Filialen eingeschritten, wobei 17 gänzlich abgelaufen sind. Die Zahl der in Bremen anwesenden Maurer beträgt 76, davon sind 55 organisiert. Der Mininallohn beträgt 35 &. Eine Filiale besteht auf der Insel Föhr. Es wird jetzt versucht, auf Föhr eine Zahnstelle zu gründen. In Berlin wurde die zehnjährige Arbeitszeit durchgesetzt und der Lohn von 32 auf 34 & gebracht. Auch in Leverkusen ist eine Lohnzahlschule zu verzeichnen mit 2½ &. Es wird vor der dortigen Zahnstelle gewünscht, Filialen in Remscheid und Bielefeld zu errichten. Die Zahnstelle Bremen gäbe M. 87 ist gleichfalls wenig lebensfähig. Erträglicher ist auf Bremen zu berichten. Die Mitgliederzahl beträgt im Sommer 30 bis 35, im Winter 10 bis 12. 1898 wurde die zehnjährige Arbeitszeit eingehalten und der Lohn auf 37 & erhöht und im Vorjahr auf 40 &.

Zu Punkt 3, "Bericht Begener". Es liegt zunächst den Delegierten die Entwicklung des Verbandes klar und somit dem Deputat, daß durch das steile Anwachsen unserer Organisation die schäßliche der Unternehmer sehr unbehagen würde, und sie nun auf Mittel sammeln, den Verband zu schwächen, wenn nicht gar zu zerstören. Mit den kleinen Mitteln, Maßregelung einzelner Kollegen, schwarzen List u. s. v. könnten sie ihren Zweck nicht erreichen; deswegen verfügten sie es: Aussortierung im Großen vorzunehmen, so z. B. in Stuttgart, Magdeburg und Berlin. Wir wissen nun, daß es bis dato nichts genützt hat, sondern die Unternehmer setzt den Kürzeren gezogen haben. Jedoch sind die Herren immer noch nicht zufrieden. Dieses kommt vorerst natürlich infrage, als ein verdecktes Schriftstück veröffentlicht wurde, welches dahin lautete, daß die Unternehmer für das nächste Frühjahr eine Aussortierung sämtlicher im Bausatz tätiger Arbeiter planen, um so in kürzerer Zeit die

Zahlstelle Alsfeld hier am Dienstag, den 16. d. M., ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Im ersten Punkt der Tagesordnung wurde die Abrechnung vom vierter Quartal von dem Kassirer vorgelegt und für richtig befunden. Dem Kassirer wurde Entlastung erteilt. Im zweiten Punkt wurde die Neuwahl sämmtlicher Verwaltungsbeamten vorgenommen. Als Verwaltungsräte wurde Kollege Füller als Kassirer, zum Streifzugsstafette wurde Kollege Füller als Kassirer. Zum Kassenbestand am Orte der Hauptzelle wurde Kollege Füller als Kassirer bestimmt. Das diesjährige Winterbergsdorf soll am 4. Februar, Nachmittags 4 Uhr, im Gasthaus "Zum schwarzen Adler" stattfinden.

Am Sonntag, den 14. Januar, hielt die Zahnstelle Alsfeld ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Zum ersten Punkt wurde vom Kassirer die rebüdige Abrechnung vorgelegt und denselben Deputate erhielt. Die Kontrolle für die Aufnahme der Arbeitszahlschule übernahm Kollege Kampffmeyer. Bei der Wahl des örtlichen Verwaltung wurde Kollege Diefing zum Verwaltungsräte wiedergewählt und zum Kassirer Kollege M. d. c. e. gewählt. Zur Verschließung wurde die Lohnkommission, daß die Unternehmer die Forderung von 30 & Stundenlohn bis jetzt noch nicht erfüllt hätten. Es wurde einstimmig beschlossen, nicht erst vom April, sondern von da an, wo Kollegen im Maurerfach anfangen, zu arbeiten. Zum Schluss ermahnte die Verwaltung, die Arbeiter planen, um so in kürzerer Zeit die

strengere Kontrolle auf den Arbeitsstätten bezüglich der Streifsondenarten zu üben. Hierauf wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die Organisation geschlossen.

Die Bahnhofstelle Berlin IV, Bemitterer und verwandte Vertragsgenossen, hielt am 17. Januar ihre Mitgliederversammlung ab. Kollege Hölzle sprach über unser erstes in der Organisation verfasstes Jahr. Redner gab seinen Bedauern darüber Ausdruck, daß wir jetzt nur ungefähr 150 Mitglieder haben, während wir doch in der ersten Zeit unseres Bestehens rund 200 Mitglieder hätten. Die Rückgang soll uns aber nicht abschrecken, sondern ein Ansporn sein, nach Möglichkeit auf die Indifferenzen weiter einzutreten, dieselben aufzurütteln und aufzulösen, damit endlich einmal die Zeit kommt, daß die Bemitterer den Unternehmern zeigen können, wie sind nicht mehr genügt, uns auf jede Art und Weise treten zu lassen. In der Diskussion wurden die Ausführungen des Vorredners unterstützt. „Vertriebenes“ wurde vorgesetzten, im Februar eine außerordentliche Versammlung mit nachfolgendem gemeinsamen Beisammensein und Tanz zu veranstalten. Der Vorschlag wurde abgelehnt und ein Comité zur Arrangierung des Wöhlers gewählt; dann wurde von Heberlein der Antrag gestellt, ein anderes Versammlungslokal zu suchen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen und drei Kollegen gewählt, um dasselbe zu mieten. Hierauf wurde die Versammlung mit einem dreijährigen Hoch auf das Gedanken unserer Bahnhofstelle geschlossen.

Die Bahnhofstelle Blankenburg a. S. hielt am 6. Januar eine gut besuchte Versammlung ab. Der bisherige Bevollmächtigte, Kollege Winnig, gab einen kurzen Rückblick auf das vergangene Jahr. Mit der Eröffnung der Bahnhofstelle sei in das gewerbliche Leben frisches Blut gekommen. Die Bahnhofstelle habe einen wirtschaftlichen Kampf hinter sich, wie ihn Blankenburg in solcher Heftigkeit noch nicht gesehen. Dank der Opferwilligkeit und Leistungsfähigkeit der seitgefugten Zentralorganisation sei er mit sicherer Erfahrengkeit durchgeführt, daß er noch lange als warnendes Beispiel den Unternehmern vorwoben werde. Nach Beendigung des Streiks sei es seine, Redners, Aufgabe gewesen, die Organisation nach innen zu festigen. Seine Tätigkeit in der Lohnbewegung sowie seine Agitation für die Zentralorganisation hätten ihn zu sehr in die Öffentlichkeit gedrängt und so wäre er die Zielobjekte aller Angriffe gewesen. Diese Thatsachen machen es zu einem Alt-tatlichen Klugheit, einen Anderen, mehr neutralen, mit der Leitung der Bahnhofstelle zu betrauen. G. Hölzle und S. Winnig sind dagegen der Meinung, daß diese Ansiedlungen es den Kollegen geradezu zur Grenzsicht machen, um wieder auf diesen Posten zu berufen. Auf ihren Vorschlag wird Kollege S. Winnig durch Ablösung als erster Bevollmächtigter wieder gewählt. Als Kassier wird darauf Kollege Max Götsche mit allein einer Stimme gewählt. Unter „Gewerkschaftliches“ wird die Lohnfrage besprochen und beschlossen, hierzu eine außerordentliche Versammlung einzuberufen. Die Rechtschlagsangelegenheit von Städtern wird dabei geregelt, daß sie dem Hauptvorstande zur Entscheidung vorgelegt werden soll. Nach einigen unentschlossenen Erörterungen und einem kräftigen Schlusshand wird die Bevollmächtigten erfolgte Schluß der Versammlung.

Am Montag, den 1. Januar, hielt die Bahnhofstelle Dassow in Mecklenburg, im Rosale des Herrn Börsow eine gut besuchte Versammlung ab. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Wie verhalten wir uns zu den Lohnverhältnissen im Jahre 1900?“ wurde von einigen Kollegen dargelegt, daß eine Vorehröfung erfolgen müsse wegen der immer steigenden Steuern und Preisabgaben. Es wurde in Vorschlag gebracht, die Lohn um 2% pro Stunde zu erhöhen, also von 80 auf 82 & und die Forderung wegen der noch nicht fertig gestellten Bauten erst am 1. Juni in Kraft treten zu lassen. Dieser Vorschlag wurde von der Versammlung einstimmig angenommen. Sodann erfolgte die Neuwahl der Verwaltung. Es wurden gewählt: Soach im Zirkus als Bevollmächtigter und Sohann Höft als Kassier. Zu „Vertriebenes“ wurde namentlich auf die Eintrittsgelder in die Arbeitslosenstatistik Bücher hingewiesen. Weiter wurde beschlossen, einen Fragekasten und eine Glotze einzuführen.

Die Bahnhofstelle Deimhausen hielt am 14. d. M. ihre erste diesjährige Mitgliederversammlung ab. Zum ersten Punkt der Tagesordnung verlas der Kassier Conrad Gibhardt die Abrechnung vom vierten Quartal, welche von der Versammlung als richtig anerkannt wurde. Sodann fand die Wahl der örtlichen Verwaltung statt. Gewählt wurden Kollege Elias Müller als Bevollmächtigter, und Konrad Gibhardt als Kassier. Ferner beschloß die Versammlung, ein Frachtzuschlagsvergütung abzuhalten. Kollege Müller erwähnte die Kollegen, die Versammlungen regelmäßig zu besuchen und wichtig für den Verband zu agieren, damit wir eine vereinte Macht bilden gegen das Unternehmertum. Hierauf schloß der Vorstand die Versammlung.

Am Sonntag, den 14. Januar, fand in Dögeheim eine Mitgliederversammlung statt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung gab der Kassier den Jahresbericht vom 4. Quartal, sowie die Einnahmen und Ausgaben vom ganzen Jahre bekannt. Den Kassier wurde Decharge erhebt. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung fand die Wahl der örtlichen Verwaltung statt. Gewählt wurde Kollege Wilh. Leibholz als Bevollmächtigter, und Georg Höhne als Kassier. Ausgeschlossen wurden laut Statut Adolf Wagner, Adolf Schwab, Adolf und Aug. Helwig. Eingetreten sind im Laufe des Jahres 25, ausgetreten 6, beim Mittwoch eingetreten 15, bleibt Mitgliederstand am 14. Januar 1900 286.

Am Sonntag, den 14. d. M., fand in der Bahnhofstelle Falkensteiner i. B. eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Es wurde, da für dieses Jahr eine gute Kaufmarktluktu in Aussicht steht, beschlossen, den höchsten Unternehmern folgende Lohnforderung vorzulegen. Der Minimallohn beträgt 88 & pro Stunde, für zu machende Überarbeiten am Werk und Sonntagen sind 10 &, ebenfalls 20 & Aufschlag pro Stunde zu gewähren. Die Auszahlung ist derartig zu regeln, daß nicht, wie es bis jetzt Modus war, noch längere Zeit auf die Auszahlung gewartet werden muß. Dritt hierin steht Aenderung ein, dann soll die Zeit dafür als Arbeitsstunden in Anspruch gebracht werden. Diese Forderungen wurden sodann den Unternehmern übermittelt und ihnen eine 14-tägige Frist zur Beantwortung gegeben. Nachdem noch einige lokale Anlässe zur Sprache gebracht, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die internationale Arbeitersbewegung geschlossen.

Am Sonntag, den 7. Januar, fand in Gardelegen bei Göttingen Koch eine Mitgliederversammlung statt. Der Bevollmächtigte Kollege Biethge gab das Jahresbericht. Er sprach sein Bedauern darüber aus, daß die Mitgliederzahl immer noch nicht gestiegen, was aber wohl viel daran liege, daß niemals ein Votum zur Entlastung gefanden habe. Wenn es aber gelänge, ein Votum zu bekommen, dann wäre auch wohl von den Kollegen zu erwarten, dieses zu unterstützen. Ferner sei es unser Wunsch, die Kollegen in der Umgegend so viel wie möglich zu organisieren, denn die Meister hätten an der Stadtarbeit nicht genug und wenden sich nach außen um Arbeit. Diese Ausführungen fanden die Zustimmung der Kollegen. Es wurde zur Wahl der Verwaltung geschritten. Folgende Kollegen wurden gewählt: W. Biethge als Bevollmächtigter und H. Hirzmann als Kassier. Ferner wurde beschlossen, der Bemittlerkantinen „Grundstein“ beizutreten. Aufgenommen wurde ein Kollege. Mit einem kräftigen Hoch auf das Gedanken der Bahnhofstelle wurde die Versammlung geschlossen.

Die Bahnhofstelle Göttingen hielt am 18. Januar ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab, welche bedeutender Weise nur schwach besucht war. Bei der Neuwahl der örtlichen Verwaltung wurde Kollege E. Död als erster Bevollmächtigter und Kollege F. Fischer als erster Kassier gewählt. Im Punkt „Vertriebenes“ wurde das Verhalten mehrerer Kollegen auf dem Bau der Chemischen Fabrik gerichtet und beschlossen, dieselben zur Baushwerterverhandlung einzuladen. Zuletzt wurde ein Antrag, den arbeitslosen Bauschreibern M. 20 zugestimmt und dem Kassier M. 2 pro Quartal Entschädigung zu gewähren, einstimmig angenommen.

Die Bahnhofstelle Görlitz hielt am 14. Januar ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Als Bevollmächtigter wurde Kollege M. Berg einstimmig wiedergewählt. Kassier wurde Kollege Bauer. Kollege Seidel referierte über die Verbandskonferenz und wurde der Bericht von den Mitgliedern bestätigt. Genoss Marx hielt einen Vortrag über: „Zweck und Nutzen der Organisation“. Nachdem der Bevollmächtigte die Kollegen zur regen Agitation aufgefordert, wurde die Versammlung geschlossen.

Am 12. d. M. wurde in der Versammlung der Bahnhofstelle Gotha die Wahl der örtlichen Verwaltung vorgenommen. Es wurden die Kollegen Leube als Vorsitzender, Jakob Stellvertreter, Tempel Kassier, Friedrich Reh zweiter Kassier und Ernst Heyne als Schriftführer, sowie H. Ulrich, P. Menz, A. Kirch als Neuvoten gewählt. Eine längere Auseinandersetzung folgte bei der Bestimmung des Gebettsatzes für die Auslastung des „Grundsteins“ an die Mitglieder des Verbandes, die in der Stadt Gotha wohnen. Die Annahme, daß es möglich ist, für 5 & pro Monat und Mitglied in der Stadt den „Grundstein“ auszutragen, hat sich als unhaltbar herausgestellt, da die Mitglieder in allen Ecken, im Zentrum, im Osten und Westen, im Süden und Norden wohnen. Bei dieser Gelegenheit behauptete ein Mitglied aus Goldbach: „Ja, ja, bezahlt mir Ihr dummen Bauern!“ Aber einsichtsvolle Köpfe beschwerten: „Nicht so, wenn ein Amt zu vergeben ist, so sagen die Ortsbewohner um Gotha, das geht nicht, der Mann mag in der Stadt wohnen; aber den höheren, von der Organisation erwarteten Lohn einzufordern, das können sich zu Herzen nehmen möchten, daß Alle für Einen und Viele für Alle.“ „Einigkeit macht stark“ reiht beherzigenswertere Sprichwörter sind.

Am 14. Januar tagte im Sauermann-Lokale zu Großwig die regelmäßige Mitgliederversammlung. Der Kassier berief die Abrechnung vom 4. Quartal, die als richtig anerkannt wurde. Sodann wurde die Neuwahl der örtlichen Verwaltung vorgenommen. Gewählt wurden: Als Bevollmächtigter Gottlieb Siegler und als Kassier Dr. August Büss. Dann wurde noch der Antrag gestellt, daß jeder Kollege seine Streifsonderfahrt mitzubringen hat, um eine bessere Kontrolle in Bezug auf die Versammlungsbesuch zu haben. Der Antrag wurde angenommen. Darauf traten noch drei Kollegen dem Verband bei. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Die Bahnhofstelle Hammwest hielt am 14. Januar ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Der Vortrag derselben war, unter einem mäßigten. Der Bevollmächtigte legte den Kollegen an's Herz, sich im neuen Jahre besser und zahlreicher an der Organisation zu beteiligen, als im alten Jahre. Sodann wurde die Abrechnung vom 4. Quartal verlesen und für richtig befunden. Darauf wurde die Wahl der Verwaltung statt. Die höheren Kollegen wurden einstimmig wieder gewählt. Im dritten Punkt fand die Wahl der Verwaltung statt. Die höheren Kollegen wurden einstimmig wieder gewählt. Im dritten Punkt wurde das erste Stiftungsfest der hiesigen Bahnhofstelle auf den 18. Februar festgesetzt. Das Vergnügungscomité wurde mit den Vorarbeiten beauftragt.

Die Bahnhofstelle Helmstedt hielt am Sonntag, den 14. Januar, eine Generalversammlung ab. Der Kassier, Kollege A. Heine, berichtete über den Raffenstand des verhöhlten Jahres. Nach Beendigung des Vorträgen durch die Neujoren wurde dem Kassier Decharge erhebt. In die Abrechnung wurden wiederum als 1. Bevollmächtigter Kollege C. Deide, als 2. Kassier Kollege A. Heine. Die Verwaltung wurde mit der Arrangierung einer Hafttagssitzung betraut. Bei dem Punkt „Gesellenausbildung“ entpuppte sich eine lebhafte Debatte; als gründlich richtig wurde anerkannt, daß nur die Lohncommission der nachgebenden Faktor in der Verteilung von Arbeitsbedingungen sei. Der Sachlage entsprechend, läßt es sich zur Zeit aber nicht umsetzen, an der Wahl des Gesellenausschusses teilzunehmen. Dann wurde bestimmt, die Waldbewilligung recht zahlreich zu befreien, damit nur Verbandsmitglieder in den Amtsbau gewählt würden. — Die im Jahre 1899 aufgegebene Forderung nach 35 & Stundenlohn soll den Meistern in diesem Jahre nochmals unterbreitet werden. Als Kandidaten zu dem Gesellenausschuss wurden die Kollegen Th. Kühne und A. Kühl vorgeschlagen. Nach Regelung innerer interner Angelegenheiten schloß der Bevollmächtigte die Versammlung mit einem Hoch auf die Bahnhofstelle.

Die Bahnhofstelle Kiel hielt am Mittwoch, den 17. d. M., ihre Mitgliederversammlung ab. Zunächst verlas der Kassier die vierseitige Abrechnung. Die Einnahmen und Ausgabe für die Hauptstelle ergab M. 1104,05. Die Einnahmen und Ausgabe für den Streifsonderfahrt betrug M. 255,20. Die Kollegenschaft vereinbarte M. 747,55, die Ausgabe betrug M. 222,32, wodurch verblieb ein Kassenbestand von M. 515,23. Die Abrechnung wurde für richtig befunden und dem Kassier Decharge erhebt. Als erster Bevollmächtigter wurde Kollege Sommerfeld wieder gewählt und, als Kassier Kollege J. Sellmer.

Sodann wurden dem Kollegen Sommerfeld M. 10 bewilligt für die Ausgabe der Streifsonderfahrt. Ferner wurden die Kollegen, die noch im Besitz von Streifsonderfahrt sind, ermahnt, diese abzugeben oder das Geld dafür zu entrichten, wodrigfalls ihre Namen bekannt gegeben würden.

Am Sonntag, den 14. Januar, fand von Rehlin aus in Göttingen eine Maireversammlung statt, zwecks Gründung einer Gütschafft. Kollege Schulfort referierte über Zweck und Nutzen der Organisation. Kollege Bredow legte dann noch klar, wie sich die Bürgen in verschiedenen Bahnhofstellen verbessert und einen höheren Lohn erreicht hätten durch die Organisation. Redner forderte jeden Kollegen auf, sich dem Centralverbande der Maurer anzuschließen, soweit dies noch geschiehen. In demselben Sinne sprachen dann noch die Kollegen Lindemann und Schulfort. Es ließen sich fünf Kollegen aufnehmen.

Die Bahnhofstelle Köln a. Rh. hielt am Sonntag, den 14. Januar, ihre Generalversammlung ab. Kollege Beißel verlas zunächst die Abrechnung vom vierten Quartal. Es ergab sich eine Einnahme von M. 474,20 und eine Ausgabe von M. 277,24, so daß ein Kassenbestand von M. 196,96 vorhanden blieb. Die drei Neuvoten bestätigten die Mächtigkeit des Abrechnung und auf Antrag derselben wurde dem Kassier Entlastung ertheilt. Im folgenden Punkt der Tagesordnung erfolgte die Wahl der Verwaltung. Es wurden Jakob Böhm als erster Bevollmächtigter, als erster Kassier M. 2 d. M. und als Gründungsmitglied und „Grundstein“-Verwalter Albert Schreiber gewählt.

Am 14. d. M. beschäftigten sich die Mitglieder der Bahnhofstelle Leungs in ihrer Versammlung mit der Abrechnung vom vierten Quartal. Dem Kassier wurde Decharge erhebt. In die örtliche Verwaltung wurden gewählt als Bevollmächtigter J. Preudemann a. n. und C. Roemer als Kassier. Die Abrechnung vom Weihnachtsbergnügen ergab einen kleinen Überschuss, welcher als Grundstock zu einem Fahnenfonds zuständig angelegt werden soll. Zum Schluß berührte Kollege Strate noch auf die Arbeitslosenstatistik. Er ersuchte die Kollegen, in gewisser Weise die Eintrittsgelder zu machen, damit eine brauchbare Statistik zu Stande kommt, mit der man ohne Gefahr den Unternehmern den Mund stopfen könne, wenn sie immer von den hohen Löhnen der Maurer schreien.

Die Bahnhofstelle Linden hielt am Mittwoch, den 8. Januar, ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Kollege Melchner hielt einen mit großen Beifall aufgenommenen Vortrag über: „Wohnungsnot und Wohnungselend“. Redner wies zunächst auf die Wohnungsnot in dem Kulturstadt Deutschland hin. Der Elendsstock, über Wohnungsnöth in der Welt verhümmt nicht, sondern es werde heute so viel über schlechte Wohnungen gesagt, wie nie zuvor. Redner wies durch statistisches Material die Wohnungsnöth in Deutschland nach. Man kommt auch in den übrigen Ländern der Welt dieselbe Lage hören. So habe London 50 000 Menschen des Morgens aussteigen, ohne zu wissen, wo sie die nächste Nacht ihr Haupt hülen sollen. Es ist nachgewiesen, daß in Berlin im Oktober 1898 nicht weniger als 30 667 Wohnungen und 652 andere Gefäße leer standen. Am April 1894 habe sich die Zahl der leerstehender Wohnungen um 670 erhöht. Die Wohnungen hätten leer gestanden, weil der Arbeiter nicht im Stande sei, durch seinen geringen Verdienst eine derartige günstige Wohnung zu mieten. Die große Masse der Proletarier müsse in Städten hausen, welche nicht den Namen Wohnung verdienten; Arbeiterfamilien müssen oft schlummern wie das Vieh zusammengepfercht leben. Die Statistik ergibt, daß gerade in Berlin im Jahre 1880 159 639 Personen in überwältigten Wohnungen hausen mußten, die seien über anderthalb hunderttausend Menschen. In dem Wohnungselend habe der Pastor B. Göhrke, wie aus seinem bekannten Buch „Drei Monate Fabrikarbeiter“ berichtet, Studien gemacht, ebenso auch Frau Dr. Weitzen-Ardelin, welche mit Namen Wohnung verdienten; Arbeiterfamilien müssen oft schlummern wie das Vieh zusammengepfercht leben. Die Statistik ergibt, daß gerade in Berlin im Jahre 1880 159 639 Personen in überwältigten Wohnungen hausen mußten, die seien über anderthalb hunderttausend Menschen. In dem Wohnungselend habe der Pastor B. Göhrke, wie aus seinem bekannten Buch „Drei Monate Fabrikarbeiter“ berichtet, Studien gemacht, ebenso auch Frau Dr. Weitzen-Ardelin, welche mit Namen Wohnung verdienten; Arbeiterfamilien müssen oft schlummern wie das Vieh zusammengepfercht leben. Die Statistik ergibt, daß gerade in Berlin im Jahre 1880 159 639 Personen in überwältigten Wohnungen hausen mußten, die seien über anderthalb hunderttausend Menschen. In dem Wohnungselend habe der Pastor B. Göhrke, wie aus seinem bekannten Buch „Drei Monate Fabrikarbeiter“ berichtet, Studien gemacht, ebenso auch Frau Dr. Weitzen-Ardelin, welche mit Namen Wohnung verdienten; Arbeiterfamilien müssen oft schlummern wie das Vieh zusammengepfercht leben. Die Statistik ergibt, daß gerade in Berlin im Jahre 1880 159 639 Personen in überwältigten Wohnungen hausen mußten, die seien über anderthalb hunderttausend Menschen. In dem Wohnungselend habe der Pastor B. Göhrke, wie aus seinem bekannten Buch „Drei Monate Fabrikarbeiter“ berichtet, Studien gemacht, ebenso auch Frau Dr. Weitzen-Ardelin, welche mit Namen Wohnung verdienten; Arbeiterfamilien müssen oft schlummern wie das Vieh zusammengepfercht leben. Die Statistik ergibt, daß gerade in Berlin im Jahre 1880 159 639 Personen in überwältigten Wohnungen hausen mußten, die seien über anderthalb hunderttausend Menschen. In dem Wohnungselend habe der Pastor B. Göhrke, wie aus seinem bekannten Buch „Drei Monate Fabrikarbeiter“ berichtet, Studien gemacht, ebenso auch Frau Dr. Weitzen-Ardelin, welche mit Namen Wohnung verdienten; Arbeiterfamilien müssen oft schlummern wie das Vieh zusammengepfercht leben. Die Statistik ergibt, daß gerade in Berlin im Jahre 1880 159 639 Personen in überwältigten Wohnungen hausen mußten, die seien über anderthalb hunderttausend Menschen. In dem Wohnungselend habe der Pastor B. Göhrke, wie aus seinem bekannten Buch „Drei Monate Fabrikarbeiter“ berichtet, Studien gemacht, ebenso auch Frau Dr. Weitzen-Ardelin, welche mit Namen Wohnung verdienten; Arbeiterfamilien müssen oft schlummern wie das Vieh zusammengepfercht leben. Die Statistik ergibt, daß gerade in Berlin im Jahre 1880 159 639 Personen in überwältigten Wohnungen hausen mußten, die seien über anderthalb hunderttausend Menschen. In dem Wohnungselend habe der Pastor B. Göhrke, wie aus seinem bekannten Buch „Drei Monate Fabrikarbeiter“ berichtet, Studien gemacht, ebenso auch Frau Dr. Weitzen-Ardelin, welche mit Namen Wohnung verdienten; Arbeiterfamilien müssen oft schlummern wie das Vieh zusammengepfercht leben. Die Statistik ergibt, daß gerade in Berlin im Jahre 1880 159 639 Personen in überwältigten Wohnungen hausen mußten, die seien über anderthalb hunderttausend Menschen. In dem Wohnungselend habe der Pastor B. Göhrke, wie aus seinem bekannten Buch „Drei Monate Fabrikarbeiter“ berichtet, Studien gemacht, ebenso auch Frau Dr. Weitzen-Ardelin, welche mit Namen Wohnung verdienten; Arbeiterfamilien müssen oft schlummern wie das Vieh zusammengepfercht leben. Die Statistik ergibt, daß gerade in Berlin im Jahre 1880 159 639 Personen in überwältigten Wohnungen hausen mußten, die seien über anderthalb hunderttausend Menschen. In dem Wohnungselend habe der Pastor B. Göhrke, wie aus seinem bekannten Buch „Drei Monate Fabrikarbeiter“ berichtet, Studien gemacht, ebenso auch Frau Dr. Weitzen-Ardelin, welche mit Namen Wohnung verdienten; Arbeiterfamilien müssen oft schlummern wie das Vieh zusammengepfercht leben. Die Statistik ergibt, daß gerade in Berlin im Jahre 1880 159 639 Personen in überwältigten Wohnungen hausen mußten, die seien über anderthalb hunderttausend Menschen. In dem Wohnungselend habe der Pastor B. Göhrke, wie aus seinem bekannten Buch „Drei Monate Fabrikarbeiter“ berichtet, Studien gemacht, ebenso auch Frau Dr. Weitzen-Ardelin, welche mit Namen Wohnung verdienten; Arbeiterfamilien müssen oft schlummern wie das Vieh zusammengepfercht leben. Die Statistik ergibt, daß gerade in Berlin im Jahre 1880 159 639 Personen in überwältigten Wohnungen hausen mußten, die seien über anderthalb hunderttausend Menschen. In dem Wohnungselend habe der Pastor B. Göhrke, wie aus seinem bekannten Buch „Drei Monate Fabrikarbeiter“ berichtet, Studien gemacht, ebenso auch Frau Dr. Weitzen-Ardelin, welche mit Namen Wohnung verdienten; Arbeiterfamilien müssen oft schlummern wie das Vieh zusammengepfercht leben. Die Statistik ergibt, daß gerade in Berlin im Jahre 1880 159 639 Personen in überwältigten Wohnungen hausen mußten, die seien über anderthalb hunderttausend Menschen. In dem Wohnungselend habe der Pastor B. Göhrke, wie aus seinem bekannten Buch „Drei Monate Fabrikarbeiter“ berichtet, Studien gemacht, ebenso auch Frau Dr. Weitzen-Ardelin, welche mit Namen Wohnung verdienten; Arbeiterfamilien müssen oft schlummern wie das Vieh zusammengepfercht leben. Die Statistik ergibt, daß gerade in Berlin im Jahre 1880 159 639 Personen in überwältigten Wohnungen hausen mußten, die seien über anderthalb hunderttausend Menschen. In dem Wohnungselend habe der Pastor B. Göhrke, wie aus seinem bekannten Buch „Drei Monate Fabrikarbeiter“ berichtet, Studien gemacht, ebenso auch Frau Dr. Weitzen-Ardelin, welche mit Namen Wohnung verdienten; Arbeiterfamilien müssen oft schlummern wie das Vieh zusammengepfercht leben. Die Statistik ergibt, daß gerade in Berlin im Jahre 1880 159 639 Personen in überwältigten Wohnungen hausen mußten, die seien über anderthalb hunderttausend Menschen. In dem Wohnungselend habe der Pastor B. Göhrke, wie aus seinem bekannten Buch „Drei Monate Fabrikarbeiter“ berichtet, Studien gemacht, ebenso auch Frau Dr. Weitzen-Ardelin, welche mit Namen Wohnung verdienten; Arbeiterfamilien müssen oft schlummern wie das Vieh zusammengepfercht leben. Die Statistik ergibt, daß gerade in Berlin im Jahre 1880 159 639 Personen in überwältigten Wohnungen hausen mußten, die seien über anderthalb hunderttausend Menschen. In dem Wohnungselend habe der Pastor B. Göhrke, wie aus seinem bekannten Buch „Drei Monate Fabrikarbeiter“ berichtet, Studien gemacht, ebenso auch Frau Dr. Weitzen-Ardelin, welche mit Namen Wohnung verdienten; Arbeiterfamilien müssen oft schlummern wie das Vieh zusammengepfercht leben. Die Statistik ergibt, daß gerade in Berlin im Jahre 1880 159 639 Personen in überwältigten Wohnungen hausen mußten, die seien über anderthalb hunderttausend Menschen. In dem Wohnungselend habe der Pastor B. Göhrke, wie aus seinem bekannten Buch „Drei Monate Fabrikarbeiter“ berichtet, Studien gemacht, ebenso auch Frau Dr. Weitzen-Ardelin, welche mit Namen Wohnung verdienten; Arbeiterfamilien müssen oft schlummern wie das Vieh zusammengepfercht leben. Die Statistik ergibt, daß gerade in Berlin im Jahre 1880 159 639 Personen in überwältigten Wohnungen hausen mußten, die seien über anderthalb hunderttausend Menschen. In dem Wohnungselend habe der Pastor B. Göhrke, wie aus seinem bekannten Buch „Drei Monate Fabrikarbeiter“ berichtet, Studien gemacht, ebenso auch Frau Dr. Weitzen-Ardelin, welche mit Namen Wohnung verdienten; Arbeiterfamilien müssen oft schlummern wie das Vieh zusammengepfercht leben. Die Statistik ergibt, daß gerade in Berlin im Jahre 1880 159 639 Personen in überwältigten Wohnungen hausen mußten, die seien über anderthalb hunderttausend Menschen. In dem Wohnungselend habe der Pastor B. Göhrke, wie aus seinem bekannten Buch „Drei Monate Fabrikarbeiter“ berichtet, Studien gemacht, ebenso auch Frau Dr. Weitzen-Ardelin, welche mit Namen Wohnung verdienten; Arbeiterfamilien müssen oft schlummern wie das Vieh zusammengepfercht leben. Die Statistik ergibt, daß gerade in Berlin im Jahre 1880 159 639 Personen in überwältigten Wohnungen hausen mußten, die seien über anderthalb hunderttausend Menschen. In dem Wohnungselend habe der Pastor B. Göhrke, wie aus seinem bekannten Buch „Drei Monate Fabrikarbeiter“ berichtet, Studien gemacht, ebenso auch Frau Dr. Weitzen-Ardelin, welche mit Namen Wohnung verdienten; Arbeiterfamilien müssen oft schlummern wie das Vieh zusammengepfercht leben. Die Statistik ergibt, daß gerade in Berlin im Jahre 1880 159 639 Personen in überwältigten Wohnungen hausen mußten, die seien über anderthalb hunderttausend Menschen. In dem Wohnungselend habe der Pastor B. Göhrke, wie aus seinem bekannten Buch „Drei Monate Fabrikarbeiter“ berichtet, Studien gemacht, ebenso auch Frau Dr. Weitzen-Ardelin, welche mit Namen Wohnung verdienten; Arbeiterfamilien müssen oft schlummern wie das Vieh zusammengepfercht leben. Die Statistik ergibt, daß gerade in Berlin im Jahre 1880 159 639 Personen in überwältigten Wohnungen hausen mußten, die seien über anderthalb hunderttausend Menschen. In dem Wohnungselend habe der Pastor B. Göhrke, wie aus seinem bekannten Buch „Drei Monate Fabrikarbeiter“ berichtet, Studien gemacht, ebenso auch Frau Dr. Weitzen-Ardelin, welche mit Namen Wohnung verdienten; Arbeiterfamilien müssen oft schlummern wie das Vieh zusammengepfercht leben. Die Statistik ergibt, daß gerade in Berlin im Jahre 1880 159 639 Personen in überwältigten Wohnungen hausen mußten, die seien über anderthalb hunderttausend Menschen. In dem Wohnungselend habe der Pastor B. Göhrke, wie aus seinem bekannten Buch „Drei Monate Fabrikarbeiter“ berichtet, Studien gemacht, ebenso auch Frau Dr. Weitzen-Ardelin, welche mit Namen Wohnung verdienten; Arbeiterfamilien müssen oft schlummern wie das Vieh zusammengepfercht leben. Die Statistik ergibt, daß gerade in Berlin im Jahre 1880 159 639 Personen in überwältigten Wohnungen hausen mußten, die seien über anderthalb hunderttausend Menschen. In dem Wohnungselend habe der Pastor B. Göhrke, wie aus seinem bekannten Buch „Drei Monate Fabrikarbeiter“ berichtet, Studien gemacht, ebenso auch Frau Dr. Weitzen-Ardelin, welche mit Namen Wohnung verdienten; Arbeiterfamilien müssen oft schlummern wie das Vieh zusammengepfercht leben. Die Statistik ergibt, daß gerade in Berlin im Jahre 1880 159 639 Personen in überwältigten Wohnungen hausen mußten, die seien über anderthalb hunderttausend Menschen. In dem Wohnungselend habe der Pastor B. Göhrke, wie aus seinem bekannten Buch „Drei Monate Fabrikarbeiter“ berichtet, Studien gemacht, ebenso auch Frau Dr. Weitzen-Ardelin, welche mit Namen Wohnung verdienten; Arbeiterfamilien müssen oft schlummern wie das Vieh zusammengepfercht leben. Die Statistik ergibt, daß gerade in Berlin im Jahre 1880 159 639 Personen in überwältigten Wohnungen hausen mußten, die seien über anderthalb hunderttausend Menschen. In dem Wohnungselend habe der Pastor B. Göhrke, wie aus seinem bekannten Buch „Drei Monate Fabrikarbeiter“ berichtet, Studien gemacht, ebenso auch Frau Dr. Weitzen-Ardelin, welche mit Namen Wohnung verdienten; Arbeiterfamilien müssen oft schlummern wie das Vieh zusammengepfercht leben. Die Statistik ergibt, daß gerade in Berlin im Jahre 1880 159 639 Personen in überwältigten Wohnungen hausen mußten, die seien über anderthalb hunderttausend Menschen. In dem Wohnungselend habe der Pastor B. Göhrke, wie aus seinem bekannten Buch „Drei Monate Fabrikarbeiter“ berichtet, Studien gemacht, ebenso auch Frau Dr. Weitzen-Ardelin, welche mit Namen Wohnung verdienten; Arbeiterfamilien müssen oft schlummern wie das Vieh zusammengepfercht leben. Die Statistik ergibt, daß gerade in Berlin im Jahre 1880 159 639 Personen in überwältigten Wohnungen hausen mußten, die seien über anderthalb hunderttausend Menschen. In dem Wohnungselend habe der Pastor B. Göhrke, wie aus seinem bekannten Buch „Drei Monate Fabrikarbeiter“ berichtet, Studien gemacht, ebenso auch Frau Dr. Weitzen-Ardelin, welche mit Namen Wohnung verdienten; Arbeiterfamilien müssen oft schlummern wie das Vieh zusammengepfercht leben. Die Statistik ergibt, daß gerade in Berlin im Jahre 1880 159 639 Personen in überwältigten Wohnungen hausen mußten, die seien über anderthalb hunderttausend Menschen. In dem Wohnungselend habe der Pastor B. Göhrke, wie aus seinem bekannten Buch „Drei Monate Fabrikarbeiter“ berichtet, Studien gemacht, ebenso auch Frau Dr. Weitzen-Ardelin, welche mit Namen Wohnung verdienten; Arbeiterfamilien müssen oft schlummern wie das Vieh zusammengepfercht leben. Die Statistik ergibt, daß gerade in Berlin im Jahre 1880 159 639 Personen in überwältigten Wohnungen hausen mußten, die seien über anderthalb hunderttausend Menschen. In dem Wohnungselend habe der Pastor B. Göhrke, wie aus seinem bekannten Buch „Drei Monate Fabrikarbeiter“ berichtet, Studien gemacht, ebenso auch Frau Dr. Weitzen-Ardelin, welche mit Namen Wohnung verdienten; Arbeiterfamilien müssen oft schlummern wie das Vieh zusammengepfercht leben. Die Statistik ergibt, daß gerade in Berlin im Jahre 1880 159 639 Personen in überwältigten Wohnungen hausen mußten, die seien über anderthalb hunderttausend Menschen. In dem Wohnungselend habe der Pastor B. Göhrke, wie aus seinem bekannten Buch „Drei Monate Fabrikarbeiter“ berichtet, Studien gemacht, ebenso auch Frau Dr. Weitzen-Ardelin, welche mit Namen Wohnung verdienten; Arbeiterfamilien müssen oft schlummern wie das Vieh zusammengepfercht leben. Die Statistik ergibt, daß gerade in Berlin im Jahre 1880 159 639 Personen in überwältigten Wohnungen hausen mußten, die seien über anderthalb hunderttausend Menschen. In dem Wohnungselend habe der Pastor B. Göhrke, wie aus seinem bekannten Buch „Drei Monate Fabrikarbeiter“ berichtet, Studien gemacht, ebenso auch Frau Dr. Weitzen-Ardelin, welche mit Namen Wohnung verdienten; Arbeiterfamilien müssen oft schlummern wie das Vieh zusammengepfercht leben. Die Statistik ergibt, daß gerade in Berlin im Jahre 1880 159 639 Personen in überwältigten Wohnungen hausen mußten, die seien über anderthalb hunderttausend Menschen. In dem Wohnungselend habe der Pastor B. Göhrke, wie aus seinem bekannten Buch „Drei Monate Fabrikarbeiter“ berichtet, Studien gemacht, ebenso auch Frau Dr. Weitzen-Ardelin, welche mit Namen Wohnung verdienten; Arbeiterfamilien müssen oft schlummern wie das Vieh zusammengepfercht leben. Die Statistik ergibt, daß gerade in Berlin im Jahre 1880 159 639 Personen in überwältigten Wohnungen hausen mußten, die seien über anderthalb hunderttausend Menschen. In dem Wohnungselend habe der Pastor B. Göhrke, wie aus seinem bekannten Buch „Drei Monate Fabrikarbeiter“ berichtet, Studien gemacht, ebenso auch Frau Dr. Weitzen-Ardelin, welche mit Namen Wohnung verdienten; Arbeiterfamilien müssen oft schlummern wie das Vieh zusammengepfercht leben. Die Statistik ergibt, daß gerade in Berlin im Jahre 1880 159 639 Personen in überwältigten Wohnungen hausen mußten, die seien über anderthalb hunderttausend Menschen. In dem Wohnungselend habe der Pastor B. Göhrke, wie aus seinem bekannten Buch „Drei Monate Fabrikarbeiter“ berichtet, Studien gemacht, ebenso auch Frau Dr. Weitzen-Ardelin, welche mit Namen Wohnung verdienten; Arbeiterfamilien müssen oft schlummern wie das Vieh zusammengepfercht leben. Die Statistik ergibt, daß gerade in Berlin im Jahre 1880 159 639 Personen in überwältigten Wohnungen hausen mußten, die seien über anderthalb hunderttausend Menschen. In dem Wohnungselend habe der Pastor B. Göhrke, wie aus seinem bekannten Buch „Drei Monate Fabrikarbeiter“ berichtet, Studien gemacht, ebenso auch Frau Dr. Weitzen-Ardelin, welche mit Namen Wohnung verdienten; Arbeiterfamilien müssen oft schlummern wie das Vieh zusammengepfercht leben. Die Statistik ergibt, daß gerade in Berlin im Jahre 1880 159 639 Personen in überwältigten Wohnungen hausen mußten, die seien über anderthalb hunderttausend Menschen. In dem Wohnungselend habe der Pastor B. Göhrke, wie aus seinem bekannten Buch „Drei Monate Fabrikarbeiter“ berichtet, Studien gemacht, ebenso auch Frau Dr. Weitzen-Ardelin, welche mit Namen Wohnung verdienten; Arbeiterfamilien müssen oft schlummern wie das Vieh zusammengepfercht leben. Die Statistik ergibt, daß gerade in Berlin im Jahre 1880 159 639 Personen in überwältigten Wohnungen hausen mußten, die seien über anderthalb hunderttausend Menschen. In dem Wohnungselend habe der Pastor B. Göhrke, wie aus seinem bekannten Buch „Drei Monate Fabrikarbeiter“ berichtet, Studien gemacht, ebenso auch Frau Dr. Weitzen-Ardelin, welche mit Namen Wohnung verdienten; Arbeiterfamilien müssen oft schlummern wie das Vieh zusammengepfercht leben. Die Statistik ergibt, daß gerade in Berlin im Jahre 1880 159 639 Personen in überwältigten Wohnungen hausen mußten, die seien über anderthalb hunderttausend Menschen. In dem Wohnungselend habe der Pastor B. Göhrke, wie aus seinem bekannten Buch „Drei Monate Fabrikarbeiter“ berichtet, Studien gemacht, ebenso auch Frau Dr. Weitzen-Ardelin, welche mit Namen Wohnung verdienten; Arbeiterfamilien müssen oft schlummern wie das Vieh zusammengepfercht leben. Die Statistik ergibt, daß gerade in Berlin im Jahre 1880 159 639 Personen in überwältigten Wohnungen hausen mußten, die seien über anderthalb hunderttausend Menschen. In dem Wohnungselend habe der Pastor B. Göhrke, wie aus seinem bekannten Buch „Drei Monate Fabrikarbeiter“ berichtet, Studien gemacht, ebenso auch Frau Dr. Weitzen-Ardelin, welche mit Namen Wohnung verdienten; Arbeiterfamilien müssen oft schlummern wie das Vieh zusammengepfercht leben. Die Statistik ergibt, daß gerade in Berlin im Jahre 1880 159 639 Personen in überwältigten Wohnungen hausen mußten, die seien über anderthalb hunderttausend Menschen. In dem Wohnungselend habe der Pastor B. Göhrke, wie aus seinem bekannten Buch „Drei Monate Fabrikarbeiter“ berichtet, Studien gemacht, ebenso auch Frau Dr. Weitzen-Ardelin, welche mit Namen Wohnung verdienten; Arbeiterfamilien müssen oft schlummern wie das Vieh zusammengepfercht leben. Die Statistik ergibt, daß gerade in Berlin im Jahre 1880 159 639 Personen in überwältigten Wohnungen hausen mußten, die seien über anderthalb hunderttausend Menschen. In dem Wohnungselend habe der Pastor B. Göhrke, wie aus seinem bekannten Buch „Drei Monate Fabrikarbeiter“ berichtet, Studien gemacht, ebenso auch Frau Dr. Weitzen-Ardelin, welche mit Namen Wohnung verdienten; Arbeiterfamilien müssen oft schlummern wie das Vieh zusammengepfercht leben. Die Statistik ergibt, daß gerade in Berlin im Jahre 1880 159 639 Personen in überwältigten Wohnungen hausen mußten, die seien über anderthalb hunderttausend Menschen. In dem Wohnungselend habe der Pastor B.

haben. Der Bevollmächtigte ermahnte die Kollegen, zu agitieren und fest und treu zu ihrer Organisation zu halten, damit wir den Prozess des Unternehmens entsagen können.

den Drogierungen des Unternehmensverbands entgegentreten können.
Am Sonntag, den 14. Januar, fand im Lokale „Zur Volksstimme“ die Generalversammlung der Bahnhofstelle Mannheim statt. Der Vorsitzende fragte über die Versammlung an, ob der heim Sommerfeste erzielte Überdauh von M. 91 der Altalasse überwiesen oder an die Zentralalasse abgeführt werden sollte.

Es wurde das Eisfeste beschlossen. Sobann erstattete der Bevollmächtigte, Kollege Kräus, in klarer Weise den Jahresbericht, woraus herborzging, daß sich die Verhältnisse sowohl betreffs des Mitgliederzahls als auch der Beitragszahlung sehr wesentlich geändert haben. Die Versammlung sprach dann auch der Auswaltung für ihre Aufsichtserfolgen und läßtstreitigen Themen Danks aus, und die anwesenden Kollegien erhoben sich zum Theilenden Anerkennung auf Antrag des Kollegen Bub von ihren Sigen. Außerdem wurden dem Bevollmächtigten, Kollegen Kräus, und dem Kassirer, Kollegen Niedeweyer, für ihre Mühe je 12 Entschädigung bewilligt. Auf Antrag des Kollegen Bub wurde der Kollege Heinrich Schäfer zum Ehrenmitglied ernannt, weil derselbe 65 Jahre alt und dem Verbande angehört, seitdem in Mannheim eine Zohnschule besteht. Bei der darauf folgenden Wahl der örtlichen Verwaltung wurden gewählt: Zum Bevollmächtigten Kollege Thiel, Sauer, zum Kassirer Franz Niedeweyer. Die Delegirten der Kreislässe wurden gewählt die Kollegen Beckler, Franz, Konrad, Heinrich Schäfer, Sauer, Böck, Ruhé, Eppinger, Steinmeier und Model; zu Vertretern Ortsmeister und Hänne.

In Wilgen bei Pirna lagte am 14. d. M. eine öffentliche Mauterversammlung, welche von fast allen Mitgliedern des Verbundes besucht war. Der Vertrauensmann J. Burschke gab zunächst den Kassenbericht für das vierjährige Quartal und dann den Jahresbericht. Er konstatierte, daß trotz der schlechten Kaufoumlaufsintensität ein Fortschritt in der Organisation zu verzeichnen ist. Eine Diskussion fand hierüber nicht statt. Als Vertrauensmann für das nächste Jahr wurde dem Vorstande der Kollegie Pirna wieder in Vorschlag gebracht. Die Kollegen Oskar von Wolf aus Dohna bei Görlitz-Meissen und Leopold Ochs im aus Mitglied wurden aus dem Verbunde ausgeschlossen; letzter soll auch der Staatsanwaltschaft überwirken werden, weil er vereinimachte Verbandsbeiträge in seinem Namen verwendet hat. Auf Grund eines ihm aufgenommenen Staatsurtheils schiedete Kollegie Pirna die dann bis auf den Bauten vorgefundene Missstände. In der Debatte wurde hauptsächlich auf die Notwendigkeit der Errichtung eines Gewerbegebiets bestont, indem darauf hingewiesen wurde, daß die Arbeiter des Sonnabends oft um ihren Wohnsitz gereist werden und eine Einflugung desselben vor dem Zivilgericht zu lange dauert und mit erheblichen Kosten verknüpft ist. Schluss appellierte der Vorsitzende noch einmal an die Kollegen, auf daß sie die Arbeitslosenhilfsanstalt pünktlich und gewissenhaft ausführen.

ausführte.
Am 14. d. M. fand in Mühlhausen i. Th. die regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Nachdem die Abrechnung von der 4. Quartal verlesen und die Befürworter Bericht erststellt hatten, wurde dem Kässler Decharge ertheilt. In die Verwaltung wurden gewählt: Kollege Herrn Gossel als Vorsitzender und Kollege Friedt. Herrmann als Kassier. Nunmehr erfolgte die Wahl einer Lohnkommission. Dieselbe erhielt den Auftrag, bezüglich der an die Meister zu stellenden Forderungen ein Schema auszuarbeiten und es der in den nächsten Tagen stattfindenden außerordentlichen Mitgliederversammlung vorzulegen, um dann die nöthigen Beschlüsse zu fassen. Nachdem der Vorsitzende die Kollegen ermahnt hatte die Verhandlungen zahlsreicher zu beenden, erfolgte Schluss.

Am Sonntag, den 14. Januar, fand in Neustrelitz eine wichtige beschränkte Mitgliederversammlung statt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung wurde die Wahl der örtlichen Verwaltungsvorstände vorgenommen. Als erster Bevollmächtigter wurde der Kolleg Heinrich Wittmann, als Kassirer Hermann Küch gewählt. Alsdann folgte die Wahl einer Lohnkommission, bei welcher die Meister über die diesjährigen Lohnordnungen in Unterhandlungen treten soll. Im zweiten Punkt der Tagesordnung verließ der Kassirer, Hermann Küch, die Abrechnung vom vierten Quartal und auch die Einnahmen und Ausgaben vom ganzen Jahre. Darauf wurde dem Kassirer Debargerechtigkeit. Der Bevollmächtigte, Herrmann Schulz, erinnerte die Kollegen, ihre Arbeitslohnentitätigkeit gewissenhaft auszuüben und auch für die nicht anwesenden auswärtigen Kollegen diese Erinnerung gemeint. Sodann wurden für einen mehrmaligen durch Unglückseligkeit erkrankten Kollegen M. 10 aus der Lobsal bewilligt. Der Bevollmächtigte brachte den Bericht von der Bauarbeiterbeschaffungskommission aus Lübeck. Dieser Punkt wurde vertagt auf den 18. Januar. Hierauf folgt Schluss der Versammlung.

Verhältniss.
Die Bischöfliche Norberti hieß am 14. b. M. ihre regelmäßige Mitgliedsversammlung ab, die seitens der Mitglieder sehr gut besucht war. Bei der Neuwahl der britischen Verwaltung wurde der bisherige Provinzialrichter Wiedergewählt. An Stelle des Präfektur, Kollegen, Dieringa, der einer Wiederwahl aus derchsigten und von der Versammlung anerkannten Gründen ablebte, wurde Paul Willig gewählt. Seine Beschlüsse wurden in der nächsten Versammlung als Strafskarten eingezammelt. Da die Beiträge für das als gelaujene Jahr obligatorisch eingeholt waren, wurden die Mitglieder aufgefordert, ihre Karten in Ordnung zu machen und an den Präfekten abzugeben. Die Abrechnung vom vierdeutigen Quartal wurde gut geheissen und dem Präfekten beim Scheidetag seinem Posten der Dank der Versammlung für getreue Dienste ausgesprochen.

Pflichtstellung ausgeschrieben.
Am 14. Januar fand in Regensburg im „Thomaskeller am Nölling“ eine Generalversammlung der Männer statt. Von dem Präsi-
dium vorgetragene Kassenbericht wurde - vom Veto befehligen und der Befreiungen bestätigt und von der Versammlung
anerkannt. Inzwischen war College Meyer aus Nürnberg eingetroffen, und hielt derselbe einen Vortrag über die Notwendigkeit
vermehrten Bauarbeiter schutzes und über die so sehr ver-
drosselungsbefürchtete Lebenshaltung der Arbeiter. Wer bestimmen
sich um die Männer im Winter? Etwa der Bauunternehmer?
Nein, kein Teufel scheint sich um uns! Der Unternehmer
wirft uns einfach auf das Strakenbrett, und zum herzlichen
Weihnachtsfest seien bei uns Ruh und Friede zur Thür bereit.
Nach Gleichgang dieses Punktes wurden Neuwahlen zur örtlichen
Verwaltung vorgenommen. Schließlich wurde noch
ein erster Vortrag darüber gehalten, daß die Versammlung
heiter besucht werden müsste. Die Organisation müsse, so

usammen halten wie Stahl und Eisen. Dann wurde die Generalversammlung mit einem Hoch auf die Maurer Deutschlands geschlossen.

Eine außerordentliche Mitgliederversammlung fand am 15. d. M. in Steinbeck statt. zunächst erfolgte die Neuwahl der Verwaltung; sämtliche bisherigen Mitglieder derselben wurden wiedergewählt. Bei der Beratung über den Sozialtarif wurde ein Antrag, die 9½ stündige Arbeitszeit und 55 4 Stundenlohn zu fordern, abgelehnt. Dasselbe Schidat erlitte einen Antrag, der auf 55 4 Stundenlohn und 10 stündige Arbeitszeit lautete. Beschlossen wurde endlich, 50 4 Stundenlohn bei 10 stündiger Arbeitszeit zu fordern. Die neu gewählte Lohnkommission wurde beauftragt, diese Forderung den Unternehmen bis zum 1. Februar zu unterbreiten. In "Verchiedenes" kam die Angelegenheit mit der Bahnhofstelle Bergedorf zur Sprache. Es wurde konstatiert, daß der Kollege Heinr. Künter noch kein Mitglied des Verbandes war, der Kollege C. Bindert mit seinen Beiträgen im Rückstand ist. Dieser soll aufgefordert werden, seine Schulbills bis zum 1. Februar zu begleichen, während falls er ausgeschlossen werden soll. Das erste Stiftungsfest soll am 2. Februar stattfinden. Nachdem der Vorsitzende die Kollegen ermahnt hatte, alle Versammlungen so zu besuchen wie die heutigen und freu und seizt der Organisation zu halten, erfolgte Schluss der Versammlung um 10 Uhr.

Schluss der Versammlung um 10 Uhr.
Die Zahlstelle Schmöller hielt am 14. Januar ihre Generalversammlung ab, welche von Amtskollegen sehr befürchtet war. Viele Kollegen lehnen sich in den Verband aufzunehmen. Die Abrechnung für das vierte Quartal, vom Kassierer verlesen, wurde von den Revisorin als richtig bestätigt. Nachdem beschlossen, dem berünglichten Kollegen Schulz eine kleine Unterstützung zutunnen zu lassen, legte der Bevollmächtigte den Kollegen aus Herz, von den Streitfeldern mehr als im beschlossenen Jahre Gebrauch zu machen, sowie die Arbeitsstellenstatistik gewissenhaft auszufüllen. Zur diesbezüglichen Kontrolle wurden vier Kollegen gewählt. Dann erhielten die Lohnkommission Bericht über die Verhandlungen mit dem „Arbeitsgeberbunde“. Nach langer Debatte wurde dieser Punkt bis auf Weiteres verlegt. In die Verwaltung wurden kein gewählt; die Kollegen Baumgärtner als Bevollmächtigter und Fabian als Kassiführer. Die Versammlung wurde mit einem dreifachen Hoch auf unsere Organisation geschlossen.

Am Sonntag, den 7. Januar, fand im Kaltenbach'schen Lokale die regelmässige Mitgliederversammlung der Bahnhofse-Seddin statt, welche zuletzt bestreitig behandelt war. Im ersten Punkt der Tagesordnung verlas der Vorsteher das Schreiben betreffs des am 26. November 1899 stattfindenden Kongresses. Die Abrechnung vom 4. Quartal wurde für richtig befunden. Zu die örtliche Verwaltung wurden gewählt: als erster Bevollmächtigter Ferdinand Wissak und als zweiter Kaisser-Friedrich Keller. Sodann wurden die Mitglieder vor ihrer vierjährigen Lohnüberstufungen in Kenntnis gesetzt, welche am 16. März in Kraft treten sollen. Den ersten Bevollmächtigten und dem ersten Kaisser wurde eine Vergütung gewährt und

zwar dem Ersten H. 5, dem Letzten H. 7 jährlich.
Am 13. d. M. fand die regelmäßige Mitgliederversammlung der Zahnstiel Stargard (Pommern) statt. Die Abrechnung von vierter Quartal wurde von der Verhandlung mit gebeugt und dem Kassenarbeiter eröffnet. Ein unpassendes, ohne Verlegung des Schangeleis nicht wiederzugebende Anfeuerung des Maurerpfersches und Vorstehenden des Fachvereins Friedr. Erdmann in Bezug auf die Förderung der Gesellen betraf der Aborte, zu einer lebhaften Diskussion. Das Verhalten dieses sauberen Patron - wurde allgemein verurtheilt. Unvergeistlich ist es aber, daß der Fachverein, dem doch auch noch ein Aushalt Gesellen angehören, einen solchen Menschen noch als seinen Leiter duldet. Der Kollege W. i. h. F. u. d hat sich gegen die Interessen des Verbandes vergangen. Es wurde deshalb beschlossen, ihn zur nächsten Verhandlung freitlich einzuladen, um sich wegen seines Verhaltens zu rechtfertigen.
Am 7. d. M. hielt die Zahnstiel Steinbach (Lanau) ihre

am 7. v. M. hielt die Zentralische Steinhef (Zentralische Generalversammlung d. Baudienstes) verlief der Kaiser die Abrechnung von 4. Quartal und gleich darauf die Bevölkmächtige die Kontrolle über die Verträge zum Streitfonds. Das Rejulstal kann als ein günstiges bezeichnet werden, denn es wurde im Ganzen für den Streitfonds aufgebracht M. 256,25. Die Kollegen, die mit ihren Beiträgen im Rücklauf geleistet sind (dieselben waren obligatorisch), wurden erneut in das Jahre das Berüümte nachzuholen. Auch wurden die Kollegen aufgefordert, die Versammlungen in diesem Jahre besser zu besuchen. Da die örtliche Verwaltung wurde Kolleg Osiel IV als Bevölkmächtiger und Kollege Matthes als Kaiser gewählt. Nach einem kräftigen Schlusswort des Bevölkmächtigen, worin er die Kollegen zum treuen Festhalten an der Organisation ermahnte, wurde die Versammlung mit einem dreimaligen Hoch auf das Gedächtnis des Verbands geschlossen.

Die Fachstelle Steinbeck hielt am 7. Januar ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Im ersten Punkt der Tagesordnung erfolgte die Wahl der örtlichen Verwaltung. Gewählt wurden: Kollege Bäsch in als Vorstandsmitglieder und Kollege Röntgen als Kassier. Sodann wurde beschlossen, auf die Unternehmer die Forderung auf Bewilligung von 60 %

Die Anhängerin die Forderung am Sonntag, den 15. 11. 1919, auf 12 Stundenlohn und neunstundentägliche tägliche Arbeitszeit zu richten. Die Forderungen den Unternehmern zu übermitteln und eventuell mit ihnen zu unterhandeln, wurde der Lohnkommission überlassen. Im Punkt „Verschiedenes“ wurde noch bekanntgegeben, daß im vergangenen Jahre für den Streikfonds A. 429 eingegangen sind.

Die Zahlstelle Stettin hält am 10. b. M. eine Generalverhandlung im „Wittorergarten“ ab. Bünckel, verlas der Käffter die Abrechnung vom vierten Quartal, die Nebenbeschäftigte die Nichtigkeit derer selben und wurde dem Käffter Entlastung ertheilt. Sobann erfolgte die Neuwahl der örtlichen Verwaltung. Gewählt wurden als erster Bevölkerungsältester Jakob Marks als erster Käffter Franz Moses und als Kreisstreikfondskäffter Franz Pahl. Als Verkehrs- und Versammlungslokalen wurden die Lokale der Herren Petri und Mahsler beibehalten. Nachdem noch beschlossen worden war, an jedem Mittwoch nach dem 15. und 1. eines jeden Monats eine Mitgliedsversammlung abzuhalten und daß um 15. b. M. die Sammlungen zum Streikfonds beisteuert, erfolgte Schluß der nunmehr

Am 7. Januar fand eine Extraversammlung der Zahlstellen statt, in welcher im ersten Punkt vom Kaiser die Wiederaufnahme sowie auch die Jahresabrechnung verlesen wurde. Der Kaiser wurde Deßarge erhebt. Im zweiten Punkt der Tagesordnung wurde die Belehrungsabsicherung der Kinder der Mitglieder durch den Vorsitzenden besprochen.

Wiederholte dies ein Ansporn für die Bevölkerung der Mitglieder am 1. Februar 1919 in Verband seines. Im dritten Punkt wurde die Wahl der Verwaltung vorgenommen. Gewählt wurde als erster Bevollmächtigter C. Oldenau, als erster Kassier W. Leh und Paul K. zur Verbreitung des „Grundstein“ übernommen vor Leit u. Paul K. Ebenso wurde beschlossen, die Beiträge von den Mitgliedern durch den Kassier aus der Wohnung abzuholen. Es wurde noch die Bevölkerung am Streifkondens erwidert durch den Kassier festgestellt, daß einige Kollegen durchweg Marken im Jahre gelaufen haben. Dann wurden die Bestan- delseien und Ihnen bedeutet, in der nächsten Versammlung Ihren Verpflichtungen nachzukommen. Hierauf wurde die gutbesuchte Versammlung geschlossen.

Die Zahlreiche Tempelhof hält am 16. Januar ihre regelmäßige Mitgliederberatung ab. Über die Verhandlungen der Probabilikalkonferenz erstattet der Delegierte Bericht; dieselbe ist befriedigend aus. Gleichfalls für richtig befunden wurde der Kassenbericht und wurde dem Kassirer Decharge erteilt. In der Verwaltung wurde als erster Beobachtungsrichter Kollege August Deubelth, Berlinerstraße 41, und als erster Kassierer Paul Sonnich, Berlinerstraße 4, gewählt. Der Kollege Wilhelm Kahl, der aus dem Verbande ausgeschlossen war, wurde mit der Verpflichtung, seine Streitkasse vom vorigen Jahre in Ordnung zu bringen und nicht mehr im Amt zu belassen, einstimmig wieder in den Verband aufgenommen.

Die Jahrestagssitzung der Wittenberger Kriegervereine am 14. Januar ihre Mitgliederversammlung ab. Fünf Mitglieder, drei Männer, ein junger und ein Dachdecker, wurden aufgenommen. „In die Verwaltung“ wurden Männer W. Ulrich als Bevölkerungsleiter und Zimmerer Fritz Spreer als Kassier gewählt. Die regelmäßigen Mitgliederversammlungen sollen an jedem zweiten Sonntag im Monat stattfinden. Zur Sprache kam die Frage, ob es den Kriegervereinen gestattet sei, ihre Mitglieder, die auch kein Kriegerverband angehören, auszuholen. (Anmerkung: Es handelt sich um die Kriegervereine, die weder über einen eigenen Statut noch über einen Passus im Statut verfügen, der besagt, dass Sozialdemokraten nicht Mitglieder des Kriegervereins werden können, und welche Mitglied ist und behält sozialdemokratische Gesinnung, wird ausgeschlossen.) Als sozialdemokratische Vereine werden wir auch von den meisten Kriegervereinen unserer Gewerkschaften aus dem Kriegerverein bislang ausgeschlossen. Ob dies Vorschriften der Kriegervereine rechtlich haltbar ist, darüber müsste man vornehmen. Fasse das Gericht entscheiden. Wir haben wiederholt unsere Kollegen von dem Eintritt in Kriegervereine gewarnt und raten auch den dortigen Kollegen, wenn sie nicht, recht fühlbare Ansprüche (Gronen- und Sterbegeld) erfordern, dem Kriegerverein schlemigst den Rücken zu lehnen. Das der Kriegervereine derartige Beihilfesachen und haben einige unserer Kollegen erhebliche Beiträge dazu geleistet, dann müssen sie es zweitens ruhig auf einen Auskunftsantrag kommen lassen und dann den Kriegerverein auf Herausgabe der von ihnen geleisteten Beihilfesachen bei dem ordentlichen Gericht verklagen.“

Eine öffentliche Bauhaußwerkerversammlung lagte am Sonntag, den 14. Januar, im Gasthofe „Zur Turnhalle“ in Bielefeld, in welcher der Bimmerer Carl Freitag aus Charlottenburg über das Thema: „Welche Aufgaben erwachsen den Arbeitern in dem Kampfe um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen“ referierte. Der Redner suchte den Zuhörern in sozi eingehender und verständlicher Weise ihre Klopfenlage miteinander zu segeln, daß seine Ausführungen vielfach mit laufendem Beifall unterbrochen und aufgenommen wurden. Eindeutig fand im Sinne des Referats die Diskussion statt, wobei gleichzeitig bedauert wurde, daß nicht mal die größte Mehrheit der Organisanten — trotzdem keine Mühe und Zeit gespart wurde und jeder persönlich eingeladen worden ist — für ihre Wicht hielten, in der Verfassung zu erscheinen, welche in ihrer Verblendung anzunehmen scheinen, in der zur selbstigen Zeit abgehaltenen Generalversammlung des Kriegevereins in ihrem Soldatenklatschfest bei Freiburg einer Genüge geleistet zu haben. Jedoch, wie schon Osthalde vor mehr als 25 Jahren den deutschen Arbeitern sagen mußte, wie folglich es einzustehen gehe, so wird auch die heilige Arbeiterschaft sich mit der Zeit zur besseren Entwicklung, und zwar durch sich selbst, durchzubringen und nicht einfach den Unternehmern, trotz aller patriotischen Erührung, um den bilden Baugrund herumzuwindein.

Stoffateure.

Die Fällvorstände, welche für die Wintermonate zu viel Exemplare "Grundstein"-erhalten, wollen bei der Expedition die Abstellung selbst bewirken.

Der Hauptvorstand.

Königsberg i. Pr. Am 2. Januar hielt die hiesige Filiale ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab mit der Tagesordnung: 1. Wahl von Werstufenbeleigten zum Vertreter der Streitkräfte. 2. Kassenbericht. 3. Berichtsdeutung. Der Vorsthende, Kollege Günther, gab zunächst einen kurzen Überblick über das verflossene Jahr. Die hiesige Filiale wurde am 1. Oktober v. J. gegründet und besteht gegenwärtig aus 21 Mitgliedern. Es wurden in dieser Zeit sieben Verhandlungen abgehalten, welche der Mitgliederzahl entsprechend gebrochen waren. Zum ersten Punkt der Tagesordnung wurden rechts Roslagen als Vertrauensberörtern zum Vertreter der Streitkräfte gewählt. Den Kassenbericht gab der Kassierer Kollege Fromm I. Die Geläufigkeitsprüfung im 4. Quartal 1899 betrug A. 46,50, davon sind an die Hauptpasse zu senden 21 Eintrittsgebär. & 50 & = A. 10,50, 65 vpt. für den übrigen Einnahme M. 28,40, zusammen M. 33,90, davon Mantelgebühr M. 93 45, mitfin. für die Hauptpasse M. 32,97. Kassenbestand der Filiale A. 12,60. Die Debitoren haben die Kasse für richtig befunden, und wird dem klassif. Decharge ertheilt. Nachher noch ein Antrag angenommen war, in der nächsten Verhandlung eine Kommission zur Ausarbeitung eines Dokumentars zu wählen, und kleinere interne Angelegenheiten erledigt wurde, wurde die Versammlung nach 11 Uhr geschlossen.

Nürnberg, am 6. Januar hielt die zweite Sitzung der ersten Versammlung ab, welche sehr schwach besucht war. Am ersten Punkt wurde die Generalversammlung besprochen und nach kurzer Debatte auf den 17. Februar festgelegt, da bisher dahin die auswärtigen Kollegen hier "sein werden, wenn das Weiter günstig ist. In Punkt "Gewerkschaftliches" wickelte Kollege Schneider auf die im "Grundstein" und "Fränkischen Tagesschiff" enthaltenen Artikel "Komplott der Unternehmer auf d-

"Bauhandwerker" hin und schüberte die Lage als nicht gesäßlich, da es sehr viele Meister gebe, welche selbst in größter Noth sind, wenn sie nicht arbeiten lassen. Aber gerade auf diesen Artikel hin wäre es jetzt recht notwendig, sobald wie möglich eine große allgemeine Versammlung abzuhalten, um den nicht organisierten Kollegen klar zu machen, was die Unternehmer mit dieser Maßregelung bezeichnen wollen, dadurch könnten wir unsere Organisation nur stärken und weiter ausbauen. Unter Punkt "Beschiedenes" brachte Kollege Heck einen Antrag ein, es möchte in nächster Zeit ein Schreiben an die Sitzung gerichtet werden, da die meisten Kollegen 1—1½ Stunden zu laufen haben und im Sommer schon um 4 Uhr aufzustehen haben. Auch wurde von mehreren Kollegen die Absicht der Meister dargebracht, diesen Sommer den besten Arbeitgeber nur 60 % bezahlen zu wollen, die Firma Süddörfer & Schöberwalder hat es schon durchgeführt, was ja bei dieser nichts Neues ist, denn diese ist ja die ersten, wenn es sich um Abzugshonorar handelt. Es ist nur traurig, wenn solche Kollegen dort sind, die sich solches gefallen lassen. Es werden dann die Kollegen ernstlich aufgefordert, recht energisch für unsere Sache zu kämpfen und den Meistern zu zeigen, daß wir noch leben. Die uns noch fernstehenden Kollegen müssen aufgelistet werden, damit wir durch vereinigtes Zusammenwirken diese Abzugshonorar zurückweisen können. Auch haben wir seit einigen Jahren sehr starken Zuwachs von auswärtigen Kollegen. Es ist deshalb ratsam, daß die wertvollen Kollegen die Bahnhöfe überall meiden, nur durch dieses können wir unser Erreungen noch erhalten.

Stettin. Am Sonnabend, den 18. d. M., tagte im Lokale des Herrn Kreisslow, Kronprinzenstr. 22, die regelmäßige Mitgliederversammlung, welche gut besucht war. Als wichtigster Punkt stand auf der Tagesordnung: "Der Bau eines Gewerkschaftshauses". Die Versammlung gab hierzu ihre Zustimmung, da das Herbergswohn, sowie die Verhandlungen hierzu hierzu zu wünschen übrig ließen. Die Abrechnung vom vierten Quartal ergab einen Mittelstand von M. 66,79, inkl. Streifonds. Zahl der Mitglieder 22. Eine Angelegenheit des früheren Vorständigen, Kollegen Wilh. Nakow, jetzt in Hannover beschäftigt, wurde sehr gerichtet. Derselbe hat die Einnahme für die Hauptfeste vom ersten Quartal 1899 nicht abgeschöpft, sondern einfach in seine Tasche gesteckt. Die Kollegen in Hannover werden gebeten, diesem wertvollen Kollegen ein wenig auf die Finger zu legen und ihn zu gleicher Zeit um seine privaten Verpflichtungen einem hiesigen Kollegen gegenüber zu erinnern. Zum Schluss wurden die Kollegen noch erläutert, ihre Beiträge vorsichtiger zu zahlen, und wurde auf § 6 des Statuts hingewiesen.

Krankenkasse.

Am 7. Januar tagte in Mariendorf, im Lokale des Herrn Schling, die Mitgliederversammlung der Zentral-Krankenkasse der Maurer, "Grundstein zur Einigkeit", mit der Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal; 2. Vorstandswahl; 3. Beschiedenes. zunächst verlas der Kassier die Abrechnung vom 4. Quartal. Nachdem die Neuwahlen deren Nichtigkeit bestätigt hatten, wurde auf Vortrag der Mitglieder dem Kassier Decharge ertheilt. Abzahn wurde in den Vorstand gewählt: Wilhelm Wohlmann, Bevollmächtigter, Gustav Thämer, Kassier. Unter "Beschiedenes" ermahnte der Bevollmächtigte die Mitglieder, sich bei Kassenversammlungen reger beteiligen zu wollen. Die nächste Mitgliederversammlung findet am Sonntag nach dem 1. Februar im selben Lokale statt, wogegen sämtliche Mitglieder ertheilen müssen.

Literarisches.

Die Nr. 2 des "L'Operario Italiano", welche mit Nr. 4 des "Grundstein" zum Verband kommt, hat folgenden Inhalt: Ein wütiger Krieger! — Was uns befreit! (die vor den Kapitänunternehmern gewonne Ausweitung). — Entwicklung und Tätigkeit der Gewerkschaften im Inn- und Auslande. — Gespräch zw. hen einem Organisierten und Unorganisierten. — Die Organisation in den Werkstätten in Berlin. — Anmiette und Zwangsdomizil. — Verbandsblatt der Dachdecker Deutschlands. — Lohn- und Streitbewegung. — Unglücksfälle auf Bauten. — Verschiedenes vom Inn- und Auslande.

Bon das 16. Heft des 18. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Im Kaledostop. — Bilanz des italienischen Sozialismus. Von Alessandro Schiati. — Die Vereinigungen Italiens im Jahre 1899. Von Dr. Beer-Newmeyer. (Schluß) — Der Arbeitserfolg im Handelsgebiet. Von Emil Kloster. — Die Christenberatung der Katholiken. Von Dr. Kraft, f. hoher. Welt. a. D. — Neuigkeiten der Neuen. — Literarische Rundschau: Heinrich Schmidt, Die deutschen Flüchtlinge in der Schweiz und die erste deutsche Arbeiterbewegung 1833 bis 1836. Ernst Böltor Bentele, Die Wiener Revolution 1848. — Notizen: Eine neue Verbesserung der Dampfmaschine. Von Robert Hofe. Deutschland Handel mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Die Handelsflotten der Welt. — Zeitschriften: Das Erfrieren der Pflanzen. Von Herm. Holm.

Der Arbeitsmarkt, Halbmonatsschrift der Zentralstelle für Arbeitsmarkt-Berichte (Herausgeber Dr. J. Jaffrow), Berlin, Verlag von Georg Reimer. Die als Organ des "Verbandes deutscher Arbeitsmarkts" erscheinende Zeitschrift enthält in Nr. 8 des 2. Jahrganges unter Anderem: Der Reichsgesetzentwurf über den Arbeitsmarktsatz im Seemannsgewerbe. — Allgemeines. — Situationsberichte aus einzelnen Gewerben. — Statistisches Monatsmaterial. — Mitteilungen aus deutschen Arbeitsmarktsverbänden.

Briefstätten.

Wolfsblatt, S. Ihr Bericht ist so unklar, daß aus demselben wirklich nicht zu ersehen ist, was bezüglich der Lohnfrage beschlossen wurde. Wir legen ihn deshalb zurück.

Leipzig, G. A. Es sind in der Versammlung so viele haftfähige Unrichtigkeiten beobachtet worden, daß wir, wie wir den Bericht veröffentlichten, den Berliner Kollegen Gelegenheit geben müssen, sich darüber zu äußern. Wir werden, sobald dies geliegen, Bericht und die Nichtigstellung der Berliner Kollegen gemeinsam zum Abdruck bringen.

Abrechnung über den Maurerstreit in Garz a. d. Oder.		
Einnahme.		
Aus der Lokalkasse der am Ort befindlichen Verbands-	M. 25,50	
zahltelle	Summa ..	M. 25,50
Ausgabe.		
Für Unterstüzung der Streitenden	M. 20,	
Drucksachen, Porto und Schreibmaterialien	5,50	
	Summa ..	M. 25,50
Bilanz.		
Einnahme	M. 25,50	
Ausgabe	25,50	
Vielstand	M. —	

Garz a. d. Oder, den 10. Dezember 1899.
Für die Nichtigkeit der vorstehenden Abrechnung:
Die Streikkommission:
Ernst Maack. August Kolbe:

Abrechnung über den Maurerstreit in Blankenburg a. S.		
(Der Streit wurde von dem örtlichen Fachverein und den Mitgliedern des Verbands gemeinsam geführt. Die Kosten wurden von jeder Partei zu Hälfte getragen.)		
Aus der Lokalkasse der am Ort befindlichen Verbands-	M. 5500,25	
zahltelle	50,—	
Weitträge der zu den neuen Bedingungen arbeitenden Kollegen	110,40	
Von der Geldrätselkommission der Verbrauensmänner-Beratung	1310,—	
Von den Maurern Berlins (Fofal)	2800,—	
Vom Fachverein der Maurer Blankenburgs	1013,—	
Auf Kosten getilgt	137,10	
Sonstige Einnahmen	97,10	
	Summa ..	M. 11017,85
Ausgabe.		
Für Unterstüzung der Streitenden	M. 5680,30	
Weittrüstung an steuerliche Kollegen, die den Ort verlassen haben	288,25	
Fernholung des Zuganges	516,37	
Wirtschaftung zugezogener Kollegen	3573,18	
Drucksachen, Porto und Schreibmaterialien	558,98	
Sonstige Ausgaben	5,07	
Ermittelung von Arbeitsgelegenheit	230,95	
	Summa ..	M. 11017,85
Bilanz.		
Einnahme	M. 11017,85	
Ausgabe	11017,85	
Vielstand	M. —	

Blankenburg, den 2. Januar 1900.
Für die Nichtigkeit der vorstehenden Abrechnung:
Die Revisoren:
Hermann Gärtnemann, Oswald Adam, Herm. Winnig.
Für die Streikkommission:
August Winnig, Gottlieb Reitig, M. Gieseke.

Zentral-Krankenkasse

der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“ (c. H. M. 7).

In der Woche vom 14. bis 20. Januar sind folgende Beiträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Hamburg-Eppendorf M. 250, Kiel 200, Prenden 183,91, Minden 1. Westf. 150, Görlitz 150, Altona 121,40, Siegen (Oder) 132,88, Bergedorf 100, Geesthacht 100, Münster 1. Westf. 100, Elberfeld 100, Wöbbel 100, Hollenau 100, Erdstadt 100, Stammheim 100, Krebs 80, Mandelsdorf 80, Altenbrunnen 80, Niedelbeck 80, Uhlenkrug 70, Nauen 60, Werneuchen 50, Egelsberg 50, Eichsfeld 35, Lengerich 30, Summa M. 2831,75.

Auflösungen erhielten: Meine M. 300, Mainz 100, Mostow 200, Stettin 200, Dresden 200, Gütersloh 100, Alt-Marienfelde 100, Dortmund 100, Hainspach 100, Sieboldbrunn 100, Gassel 100, Königsberg i. Pr. 100, Gütersloh 100, Gosen 50, Mölln 1. Lauen 50, Neu-Langsdorf 50, Frauenthal 20, Summa M. 2180.

Altona, den 20. Januar 1900.
Karl Reiss, Hauptkassier, Friedrichsstraße 28.

Zentral-Verband

der Maurer und verw. Berufsgenossen Deutschlands.
Sitz Hamburg.

Verkannung in achtung.

Zur Beachtung!
Auf Grund einer mit Beginn des Jahres hier vorgenommenen Strafen- und Nummernveränderung ist unsere Abreise eine andere geworden. Dieselbe ist nicht mehr Neu-Bremervörstr. 16, 1. Et., sondern

Bremervörstr. 11, 1. Et.

Die Abrechnung für das vierte Quartal ist sofort einzuhenden. Ebenfalls sind einzuhenden alle der Hauptkasse gehörenden Gelder und der mit den Abrechnungs-Formularen überstandene statistische Fragebogen.

Die Revisoren erinnern wir an ihre Aufgabe; auch die Verwaltung ist für die Kasse mit verantwortlich.

Reiseunterstützung

darf nur in denjenigen Bahnhöfen gezahlt werden, welche im Bahnhof- und Abreiseterminschein weber mit einem † noch mit einem * bezeichnet sind, und dann aber auch nur an Mitglieder, die sich im Besitz einer vom Vorstand ausgestellten, mit der Jahreszahl 1899/1900 versehenen Legitimationskarte befinden. Mitglieder, die sich ohne Legitimationskarte Unterstützungen auszahlen lassen, werden wir auskönnen, und die Bahnhöfe haben in dem Falle die ausgezählten Gelder aus der Lokalkasse zu decken.

Vom Vorstande bestätigt sind alle bisher neu gewählten Verwaltungsbeamten.

Neuwahl der örtlichen Verwaltungsbeamten.

§ 17 letzter Absatz des Statuts bestimmt für die Neuwahlen der örtlichen Verwaltungen, daß dieselben alljährlich, nachdem für das vierte Quartal abgerechnet ist, statzustinden haben, aber spätestens bis zum 1. März erfolgt sein müssen. Wir eruchen die Verwaltungen, falls es noch nicht geschahen, baldmöglichst die Neuwahlen veranlassen zu wollen. Sollte in dem in letzter Zeit begründeten Bahnhöfen eine Neuwahl nicht für zweckdienlich gehalten werden, dann muß aber doch das Anmeldeformular ausgefüllt eingesandt werden, weil es zur Anerkennung eines neuen Bahnhof- und Abreiseterminscheines gebraucht wird.

Ausgeschlossen

wurden auf Grund § 16 a resp. b des Statuts von den Bahnhöfen: Sangerhausen: Otto Weiler (Buch-Nr. 035062); Viehfeld: Christian Möller (Buch-Nr. 27754); Langendiebach: Franz Flecke, Berg (Buch-Nr. 05506), Karl Peter Clement (Buch-Nr. 055018), Konrad Köller (Buch-Nr. 055027), Johannes Löbler (Buch-Nr. 055028), Philipp Bieg (Buch-Nr. 056851), Philipp Ali (Buch-Nr. 056863), Johannes Müller (Buch-Nr. 056864), Johannes Klein (Buch-Nr. 056882), Anton Fischer (Buch-Nr. 056804); Breckenheim: Georg Stempeler (Buch-Nr. 93655).

Als verloren gemeldet

sind die Mitgliedsbücher der Kollegen Paul Hering (Buch-Nr. 03746), Rudolf Schröder (Buch-Nr. 055104), Rudolf Kübel (Buch-Nr. 16049). Dieselben werden hiermit für ungültig erklärt.

An die Kassirer und Reiseunterstützungsauszahler.

Das schwere Mitglied Johann Hirschmann aus Untersteinbach eingetreten in Leipzig (Buch-Nr. 118157), dorfbewegen rückständiger Verträge getrieben, hat versucht, sich Reiseunterstützung zu erschwinden. Es wird hiermit vor demselben gewarnt.

Aufforderung.

Der Kollege Welsch aus Welschdorf b. Wiesbaden (Buch-Nr. 78508) wird aufgefordert, seine Verpflichtungen in der Bahnhöfe Mannheim nachzutunnen.

Der Vorstand.

S. A.: F. Efftinge, 2. Vorsitzender.

Sir der Zeit vom 16. bis 22. Januar 1900 sind folgende Beiträge bei mir eingegangen:

Hauptkasse.

Von der örtlichen Verwaltung in Berlin II M. 10801,65, Rostock 382,65, Weißensee 829,98, Friedrichsberg 5, Berlin 99, Eberswalde 253,80, Mahlendorf 231,19, Ranftow 181,93, Calbe a. d. S. 157,89, Wittenber 162,74, Bitterfeld 159,80, Annaburg 158,94, Trebels a. d. E. 147,10, Al-Schwalbach 144,20, Mühlhausen i. Th. 142,92, Bisperg 138,12, Belsen i. d. Markt 132,95, Mühlweide 130,98, Stadt 130,53, Böhlitz 124,28, Steinbeck 104,32, Wittelsborn 122, Belsen i. M. 112, Hergersberg 105,48, Schadenschen 101,60, Kupferschmied 100,38, Lüdenscheid 99, Ohlau i. Sch. 91,52, Neuzelle 91,48, Neuburg 90,96, Norden 76,42, Osnabrück 76,35, Beyendorf 71,36, Melle 66,54, Gr. Modern 62, Schönbeg 1. M. 63,60, Böhlen 62,50, Detern 48,40, Dahlemarsleben 59,40, Dubenhoefen 56,56, Slabenhagen 58,48, Apolda 57,86, Priwall 56,77, St. Joachim 56,74, Borgart 54,16, Sangerhausen 52,05, Bünster i. W. 51,36, Gr. Neuenhof 50,80, Bepe a. d. Oder 49,84, Pfungstadt 48,48, Neuenkirchen 42,16, Burgdann 39,92, Steinfischbach 38,41, Gardelegen 38,20, Bitterfeld 23,55, Mülln 23,55, Lünen 1. H. 22,50, Glasbüttel 31,20, Ober-Ramstadt 30, Northeim 28,64, Großens 23,36, Landkreis 21,46, Dühringsdorf 20, Oberjelendorf 19,36, Biederitz 17,92, Thurnau 2. Glashaus 16,80, Lage 1. Lippe 8,16, Wiesbaden 8, Kraichtal 2. Thür. 6,40, Harburg 256,85, Danzig 100, Dobrheim 124,20, Münzenberg 280,20, Wilmersdorf 287,80, Stuttgart 247,47, Düsseldorf 232,51, Wallendorf 1. H. 17,20, Wittstock 137,76, Düben 130,75, Gr. Salze 119,32, Langendiebach 102,98, Sonnenberg i. Thür. 86,95, Kultmünd 84,81, Gr. Fels 77,35, Delitzsch 70,70, Mühl 69,88, Hessen 69,88, Osterholz-Scharmbeck 68,07, Feuerstein 68,02, Neustadt in der Obersch. 67,92, Geesthacht 62,80, Ehrenböde 60,79, Meiderode 60,64, Mülau 56,88, Brieg 1. Schleife 56,60, Elgershausen 50, Arnsburg 48,80, Großwig 47,28, Mülheim a. Rh. 45,50, Arneburg 41,60, Königsladen 39,27, Trebitz 1. S. 39,21, Prenden 36,48,

Mörsch 84, 80, Mannolsheim 84, 20, Höchheim 22, 40, Schifferstadt 18, 08, Stolp i. B. 15, 20, Bremerförde 15, 02, Colmar in Elsass 14, 55, Freising 18, 92, Neustadt 9, 44, Krefeld i. W. 8, 24, Seehausen 7, 68, Lahr i. W. 6, 96, Trennenberg 6, 21, Lüdinghausen 20, 20, Bergens a. Rhine 27, 12, Eschweiler 18, 28, Hanau b. Jagst 121, 86, Oppeln 100, 45, Spern 88, 55, Uelzen 80, 48, Schlesien 72, 40, Saalfeld 69, 20, Zahna 68, 56, Höchstädt a. d. Nidder 62, Bredenbeck 59, 69, Ederesdorf 52, 40, Babenhausen 40, Frankenberg i. S. 40, Alzen 34, 04, Milow 32, 40, Siegenhausen 38, 88, Klüsingen 25, Clingen b. Greifswald 24, 28, Freiberg in Sachsen 20, 70, Aueleben 20, 08, Niendorf 20, 08, Alzen 14, 80, Mensfelden 14, 79, Kirchenwärder 13, 72, Heidebach 18, 60, Mittweida 12, 59, Neuendorf 9, 76, Hohenstein-Ernstthal 7, 80, Schwäbisch-Gmünd von Stuttgart eingeladen 6, Beckum 3, 18, Eberfeld 65, 51, Nowawes 332, 70, Nördlingen 184, 62, Wittenberge 106, 18, Hohenstrahlen 103, 20, Nordhausen 6, Tafel 71, 76, Freudenheim 65, Haidschusheim 53, 56, Böblingen 54, 94, Burgkunstadt 50, 60, Heidelberg 37, Gr. Würzburg 34, 88, Wusterhausen 31, 65, Marzheim 29, 28, Ingolstadt b. Wiesbaden 25, 72, Kreuznach 21, 55, Teitow 186, 88, Waltersdorf-Schulendorf 84, Größen 77, 80, Kassel b. Mainz 57, 60, Hainewalde 57, 80, Günsheim 55, 20, Langenberg i. Meiss 49, 44, Holstein 32, 40, Werder i. Sach 29, 51, Lemgo 27, 09, Greifswald 1. Bonn 18, 99, Voigtsdorf 124, 52, Grünberg i. Schlesien 84, 09, Lubinsgarten 80, 20, Westerland 68, 80, Hemelingen 66, 40, Svinemünde 56, 38, Überholz 48, 21, Cuxhaven 16, 40, Steinendorf 45, 05, Baaren 40, 16, Singen b. Konstanz 6, 48, Thalein i. Erzgebirge 8, 65, Berlin 5, 28, Geigermühle 90, 90.

Streifsonds.

Großensee M. 9/1, 18, 44, Molod 127, 52, Weissenfels 229, 14, Oberwalde 262, 24, Rathenow 77, 92, Calbe a. d. Saale 48, Bitter-

feld 24, Annaburg 1, 50, Trebbis (Elbe) 32, 15, Mühlhausen i. Thüringen 48, 84, Witten 1. d. Markt 21, 55, Mühlendorf 16, 88, Stade 11, 76, Böhl 4, 22, Steinbeck 63, 20, Velbert i. Rhld. 44, 16, Burgstädt 18, Erkner 72, 12, Leobsdorf 1, 60, Schadensleben 26, Neuhelle 6, 60, Norden 13, 92, Oschatz 55, 75, Beendorf 59, 84, Wollen 13, 92, Gr. Waders 5, 36, Schönberg i. Meiss 9, 60, Teterow 25, 60, Anhaltshausen 88, 80, Stavenhagen 1, 68, Prignitz 64, 64, St. Johann 14, 72, Gorgatz 4, Sangerhausen 1, 96, Gr. Nellenburg 1, 90, Liepe a. d. Oder 18, 48, Neubrandenburg 22, 25, Betschau 1, 12, Bitteritz 22, 89, Mühlendamm 1. Hamm 8, 85, Oberseifersdorf 5, 24, Biekeritz 7, 60, Harburg 18, 84, Schwerin i. Meiss 44, 88, Alten 40, Dargow 10, Burgdorf i. Hamm 8, 52, Doberan 16, 16, Münster 62, 67, Stuttgart 30, 82, Querfurt 41, 68, Wittstock 62, 56, Düben 3, 70, Gr. Salza 31, 04, Külnau 10, 65, Krebs 15, 60, Münster i. S. 3, 20, Osterholz-Scharmbeck 6, 80, Neustadt i. Oderval 36, 38, Greifswald 40, Ahrensburg 18, 92, Weichersdorf 6, 80, Milau 6, 96, Vrig i. S. 34, 75, Großburg 1, 50, Mühlheim a. Main 12, Altenburg 1, 04, Prenden 11, 92, Schaffertstadt 2, 17, Stolp i. B. 5, 28, Neutingen 2, 84, Krefeld i. Meiss 2, 46, Lahr i. Wabern 1, 80, Bergen a. Rhine 1, 05, Nelsen 1, 64, Saalfeld 5, 70, Zahna 2, 56, Breitenbach 12, 12, Ederesdorf 12, 40, Milow 23, 20, Clingen b. Greifswald 1, 68, Kirchenwärder 4, 71, Mittweida 25, 37, Neuendorf 1, 20, Blegnit 250, Nowawes 15, 02, Nördlingen 21, 92, Wittenberge 24, 45, Bürgel 11, 03, Hohenkirchen 20, 50, Gr. Würzburg 3, 04, Wusterhausen 9, 57, Lübben bei Wiesbaden 3, 15, Kreuznach 6, 30, Teitow 13, 65, Waltersdorf-Schulendorf 79, 86, Hainewalde 1, Günsheim 9, 60, Langenberg i. Meiss 8, Holzen 8, 64, Lemgo 4, 16, Voigtsdorf 101, 78, Grünberg i. Schlesien 18, 72, Westerland 6, 88, Hemelingen 23, 52, Eberfeld 12, 04, Cuxhaven 10, Baaren 4, Singen bei Konstanz 1, 20, Meerane 22, 86, Lödden 1, 97, Berlin 1, 48.

Anzeigen

(Annonsen-Ausgabe im Dienstag-Morgen 8 Uhr.)

Sterbetafel.

Unter dieser Rubrik veröffentlichten wir alle Sterbefälle der Verbandskollegen, soweit wir innerhalb des Reichsreichs und dem Deutschen Reichsland erhalten. Die Zeit ist 18, 45.

Berlin II. Am 14. Januar verstarb unser langjähriges, treuer Mitglied **Otto Wolf** im Alter von 52 Jahren.

Am 16. Januar verstarb unser Verbandskollege **Karl Böhme** im Alter von 57 Jahren.

Breitenheim. Am 8. Januar wurde unser treuer Verbandskollege **Georg Gelbel** im Alter von 24 Jahren durch einen Hauseinbruch getötet.

Wittlich. Am 10. Januar starb nach langem Leben an Hirnmarktschwund unser Verbandskollege **Karl Konschack** im Alter von 24 Jahren.

Dippau. Am 12. Januar verstarb plötzlich infolge Unfalls (derjelche fiel in Ludwigshafen vom Dach eines vierstöckigen Neubaus auf's Straßenpflaster) unser treuer und ehrgeiziger Verbandsmitglied **Peter Sauvage** im Alter von 28 Jahren, nadem er erst sechs Wochen verheirathet war. Die hiesige Zahlstelle wird ihm ein letztes Andenken bewahren.

Bielenzig. Am 17. d. M. starb nach langem, schwerem Leben unser Verbandskollege **Adolf Rothenburg** im Alter von 63 Jahren an Magenkrebs.

Ehre ihrem Andenken!

Greiz.

Der Vertrauensmann **H. Gneupel** wohnt Neu-Caselwitz Nr. 44. [M. 1,20]

Achtung, reisende Mitglieder!

Die Reiseunterführung wird in Bautzen beim Kollegen **W. Warnatsch**, Karlstraße 4, 1. Et., Abends von 5—8 Uhr, ausbezahlt. [M. 1,80]

An die [M. 6] Mitglieder des Maurerverbandes!

Mitgliedende Maurer haben Streifsondsmarken noch nicht abgeliefert, und ersuchen wir die Mitglieder, falls ihnen die Adressen der selben bekannt sind, an untenstehende Adressen Nachricht zu senden. Es sind dies die Maurer: **Heinrich Dähn**, Liste 613, 10 Marken a. 30 & von 28, 9, 99.

August Bikowsky, Liste 261, 40 Marken a. 30 & von 17, 8, 99.

Albert Kalsow, Liste 424, 8 Marken a. 20 & von 10, 6, 99.

Wir fordern hiermit diese drei Maurer auf, unverzüglich ihren Verpflichtungen gegen die Zahlstelle Stettin nachzukommen, andernfalls andere Maßnahmen getroffen werden.

Die 6. R. Verwaltung der Zahlstelle Stettin, S. A. Richard Marks, Kaiser Wilhelmstr. 19.

Aufforderung.

Der Maurer Aug. Stellmacher (Buch-Nr. 089/201) wird aufgefordert, seinen Verpflichtungen in der Zahlstelle Bessina a. d. nachzukommen.

[M. 2,10] **Franz Benz**, Käffner.

Bezirk Darmstadt.

Die Kollegen, welche Streifsondsmarken im Vertrieb haben, werden hiermit aufgefordert, Marken und Gelb umgehend, spätestens aber bis zum 15. Februar d. J., an mich abzuliefern, wodurch folgen die Neuanfertigung veröffentlicht werden. [2,40] **Fr. Bickhardt**, Zannenstr. 12.

Zahlstelle Saarmund

feiert am Sonnabend, den 3. Februar, im Saale des Herrn A. Hildebrandt ihr

Zweites Stiftungsfest.

Kollegen und die nächsten Zahlstellen werden hiermit freundlich eingeladen.

[M. 2] Das Vergnügungscomité.

Ketzin.

Am Sonnabend, 10. Februar, findet im Lokale des Herrn Gaufrichter **Wolf** unser

Erstes Stiftungsfest

statt, wozu sämtliche Mitglieder hiesiger Zahlstelle eingeladen sind. [M. 8]

Meine bewährten

engl. Lederhosen in Double

praktisch für Handwerker und Arbeiter des Baugewerbes, in silbergrau, schneeweiß und dunkelflamm, in schönem Schnitt und gutem Stil, bei Anprobe der Schnittlinie und Bündigkeit in sie liefern nach Maß frei in 8 Haus.

W. A. Langer, Leubsdorf i. S. 1 Stück I, 200 Schuf pro Zoll mit dreibräsigem Kette M. 5.

1 Stück II, 157 Schuf pro Zoll mit zweibräsigem Kette M. 4,50.

Bielefeld. Karl Eilers. Bielefeld.

— Gehrenberg 32. —

Versandhaus für die Kollegen des Maurerverbandes.

Spezialität:

Englische Lederhosen, Blousen, Wasserwagen, Kellen,

sowie sämliches Maurerwerkzeug.

Anträge nach Maß in jeder Preisstufe.

Verstand nach auswärts portofrei geg. Nachn.

J. Blume & Co., Hamburg.

EINGETRAGENE

SCHUTZ-MARKE

Muster und Preislisten gratis.

J. Blume & Co., Hamburg.

Genossen! Kauf nur den Bleistift

von Jean Blos, Stein bei Nürnberg.

J. Blume & Co., Hamburg.

Quittungsmarken

und Kautschukstempel

liefer seit 20 Jahren

f. Laien und Stoffen u. Vereine

Arbeits-

Artikel

u. Isländer

Taschen.

Quittungsmarken

Lokalsondmarken, Streifsondsmarken,

Quittings-, Kontrollkarten, Sammlisten

sowie alle Druckarbeiten

liefer sauber und preiswert

Conrad Müller,

Schleißig-Letzig.

Illustrative Preislisten gratis.

Quittungsmarken

Lokalsondmarken, Streifsondsmarken,

Quittings-, Kontrollkarten, Sammlisten

sowie alle Druckarbeiten

liefer sauber und preiswert

Conrad Müller,

Schleißig-Letzig.

Illustrative Preislisten gratis.

Quittungsmarken

Lokalsondmarken, Streifsondsmarken,

Quittings-, Kontrollkarten, Sammlisten

sowie alle Druckarbeiten

liefer sauber und preiswert

Conrad Müller,

Schleißig-Letzig.

Illustrative Preislisten gratis.

Quittungsmarken

Lokalsondmarken, Streifsondsmarken,

Quittings-, Kontrollkarten, Sammlisten

sowie alle Druckarbeiten

liefer sauber und preiswert

Conrad Müller,

Schleißig-Letzig.

Illustrative Preislisten gratis.

Quittungsmarken

Lokalsondmarken, Streifsondsmarken,

Quittings-, Kontrollkarten, Sammlisten

sowie alle Druckarbeiten

liefer sauber und preiswert

Conrad Müller,

Schleißig-Letzig.

Illustrative Preislisten gratis.

Quittungsmarken

Lokalsondmarken, Streifsondsmarken,

Quittings-, Kontrollkarten, Sammlisten

sowie alle Druckarbeiten

liefer sauber und preiswert

Conrad Müller,

Schleißig-Letzig.

Illustrative Preislisten gratis.

Quittungsmarken

Lokalsondmarken, Streifsondsmarken,

Quittings-, Kontrollkarten, Sammlisten

sowie alle Druckarbeiten

liefer sauber und preiswert

Conrad Müller,

Schleißig-Letzig.

Illustrative Preislisten gratis.

Quittungsmarken

Lokalsondmarken, Streifsondsmarken,

Quittings-, Kontrollkarten, Sammlisten

sowie alle Druckarbeiten

liefer sauber und preiswert

Conrad Müller,

Schleißig-Letzig.

Illustrative Preislisten gratis.

Quittungsmarken

Lokalsondmarken, Streifsondsmarken,

Quittings-, Kontrollkarten, Sammlisten

sowie alle Druckarbeiten

liefer sauber und preiswert

Conrad Müller,

Schleißig-Letzig.

Illustrative Preislisten gratis.

Quittungsmarken

Lokalsondmarken, Streifsondsmarken,

Quittings-, Kontrollkarten, Sammlisten

sowie alle Druckarbeiten

liefer sauber und preiswert

Conrad Müller,

Schleißig-Letzig.

Illustrative Preislisten gratis.

Quittungsmarken

Lokalsondmarken, Streifsondsmarken,

Quittings-, Kontrollkarten, Sammlisten

sowie alle Druckarbeiten

liefer sauber und preiswert

Conrad Müller,

Schleißig-Letzig.

Illustrative Preislisten gratis.

Quittungsmarken

Lokalsondmarken, Streifsondsmarken,

Quittings-, Kontrollkarten, Sammlisten

sowie alle Druckarbeiten

liefer sauber und preiswert

Conrad Müller,

Schleißig-Letzig.

Illustrative Preislisten gratis.

Quittungsmarken

Lokalsondmarken, Streifsondsmarken,

Quittings-, Kontrollkarten, Sammlisten

sowie alle Druckarbeiten

liefer sauber und preiswert

Conrad Müller,

Schleißig-Letzig.

Illustrative Preislisten gratis.

Quittungsmarken

Lokalsondmarken, Streifsondsmarken,

Quittings-, Kontrollkarten, Sammlisten

sowie alle Druckarbeiten

liefer sauber und preiswert

Conrad Müller,

Schleißig-Letzig.

Illustrative Preislisten gratis.

Quittungsmarken

Lokalsondmarken, Streifsondsmarken,

Quittings-, Kontrollkarten, Sammlisten